

PROTOKOLL

über die 6. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

**am Donnerstag, 6. Mai 2004, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatssitzungssaal.**

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Rudolf Schröder, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal, SR Dr. Franz Starzengruber, OAR Karoline Schartmüller

ENTSCHULDIGT: Vzbgm. Friederike Mach, GR Engelbert Lengauer

PROTOKOLLFÜHRER: MD-Stv. Präs Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE
- 6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) Schu-28/97 EuroStudienCentrum Steyr; Weiterleitung einer Landessubvention.
- 2) FW-9/04 Ankauf eines Notstrom-Dieselaggregates 30 kVA für die Freiwillige Feuerwehr Steyr.
- 3) FW-10/04 Ausbau der Dokumentationsanlage und des Alarmtisches (Bezirkswarnstelle Sierninger Straße 53) der Freiwilligen Feuerwehr Steyr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

- 1) Fin-68/04 Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.

2) Fin-114/04 Stadtmarketing Steyr GmbH – Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2004; Subvention.

3) Fin-115/04 Mittelfristige Finanzplanung 2003 – 2006.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

4) Fin-62/04 „Pro mente“ – Atrium Steyr; Subvention 2004.

5) Fin-316/96 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS); Subventionsansuchen 2004.

6) Kdg-3/04 Städtische Kindergärten und Horte; Änderung der Tarifordnung.

7) Präs-208/04 Antrag der GAL-Gemeinderatsfraktion betreffend Zivildienere und „angemessene Verpflegung“; notwendige Schritte zur Anhebung des Verpflegungsgeldes.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

8) GHJ2-26/04 Anpassung der Tarife über die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

9) Fin-64/04 Kulturzentrum AKKU Steyr; Jahressubvention 2004.

10) Fin-211/03 Kulturverein Röd@ Steyr; Jahressubvention 2004.

11) Fin-123/03 Club Chor Steyr; Förderung für die Erneuerung der Chorkleidung anlässlich des 20jährigen Bestehens 2004.

12) VH-10/04 Tarifordnung der Volkshochschule der Stadt Steyr; Kursleiterhonorare und Kursgebühren.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

13) Stw-24/04 Änderung des Organisationsstatutes für die Unternehmung „Stadtwerke Steyr“.

14) Stw-26/04 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Hallenbad und Sauna per September 2004.

15) Stw-27/04 Städt. Kunsteisbahn (Eislaufplatz); Wertanpassung per Oktober 2004.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

16) BauT-20/03 Kanalisation Steyr 2004; BA 13; Kanalbauarbeiten NK Damberggasse; Vorbereitung Kanalisierung Damberggasse.

17) BauGru-16/03 Bebauungsplan Nr. 39 „Stadlmayrgründe“; Änderung Nr. 4.1 Teilaufhebung.

18) BauBrü-2/01 Schönauerbrücke; Randbalkenerneuerung 2. Teil.

19) Präs-166/04 Grabungsordnung der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

20) Fin-204/02 Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subvention 2004.

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

21) Agrar-10/04 Jagdausschuss; Entsendung von Mitgliedern der Gemeinde.

22) Fin-32/04 OÖ. Tierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Subvention 2004.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die heutige GR-Sitzung eröffnen und darf feststellen, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Protokollprüfer für heute sind die GR Ute Fanta und GR Erwin Schuster. Entschuldigt sind für heute die Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach und der GR Engelbert Lengauer. GR Dr. Michael Schodermayr kommt etwas später.

Ich komme zu Pkt. 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Das Bürgerforum Steyr richtete mit Schreiben vom 28. April 2004 folgende Anfrage an mich:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Vor wenigen Tagen teilte der Magistrat der Stadt Steyr offiziell mit, dass der neue Leiter des Geschäftsbereiches VI (Kultur, Bildung und Sport) nunmehr feststünde.

In diesem Zusammenhang stellt das Bürgerforum Steyr folgende Fragen:

1. Gab es im Vorfeld der Personalauswahl ein Assessment Center? Wenn nein, warum nicht?
2. Laut Presseberichten gab es drei Fragen, die den Kandidaten gestellt wurden. Wie war der exakte Wortlaut dieser Fragen?
3. Wie viele Kandidaten haben sich um diesen Posten beworben? Wie viele davon wurden zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen?
4. Als Qualifikationsvoraussetzung war bei der Bewerbung eine bereits abgelegte Dienstprüfung im Sinne des § 15 StGBG 2002 erforderlich. Diese Dienstprüfung überprüft Kenntnisse aus den Gegenständen österreichisches Verfassungsrecht, Behördenorganisation sowie Dienst- und Besoldungsrecht der Bediensteten der Stadt, einschließlich des Personalvertretungs- bzw. Betriebsverfassungsrechts. Dadurch wurden Bewerber, die bisher nicht beim Magistrat einer Statutarstadt beschäftigt waren, de facto von vornherein ausgeschlossen. Warum wählte man diese Vorgehensweise, die einen wesentlichen potentiellen Bewerberkreis ausschließt und damit diskriminiert?

Um Beantwortung dieser Anfrage durch den zuständigen Referenten in der nächsten Gemeinderatssitzung am 6. Mai 2004 wird höflichst gebeten.

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Zu Frage 1:

Im Vorfeld der Personalauswahl gab es kein Assessment Center. Wir richten uns bei diesen Vorgängen nach dem OÖ Objektivierungsgesetz, so wie das Land OÖ es ebenfalls praktiziert. Da die eingereichten Bewerbungsunterlagen in den Punkten „Ausbildung“, „Erfolg der bisherigen Verwendung“ sowie „besondere Umstände, die mit der leitenden Funktion zusammenhängen“, deutliche Unterschiede zwischen den 21 Bewerberinnen und Bewerbern zeigten, haben wir diese Vorgangsweise so wie immer auch gewählt und wir wenden die Methode der multimodalen Interviews an. Jeder der beim Frühjahrsymposium im Museum Arbeitswelt anwesend war, der hat ja gesehen, wie eine Personalauswahl von Profifirmen durchgeführt wird. Da hat es auch Vergleiche gegeben der unterschiedlichen Auswahlverfahren und die Wahrscheinlichkeit, wie man eine hohe Trefferquote erzielt. Da ist diese Methode, wie sie bei uns angewendet wird, gleichzusetzen mit der wesentlich aufwendigeren Methode des Assessment Centers, wo man speziell auch Leute noch einschulen und ausbilden müsste. Also deswegen ist diese Methode bei uns so gewählt, weil es ein entsprechendes Gesetz ebenfalls gibt.

Zu Frage 2:

Dazu möchte ich den § 14 OÖ Objektivierungsgesetz 1994 wortwörtlich zitieren:

§ 14 lautet „Vertraulichkeit“

Die Bewerbungsgesuche und deren Auswertung sind vertraulich zu behandeln. Über sie ist gegen jedermann, dem gegenüber keine Verpflichtung zu einer amtlichen Mitteilung besteht, strengstens Stillschweigen zu gewahren. Bewerbern ist auf ihr Verlangen Auskunft über ihre Beurteilung im

Auswahlverfahren zu erteilen.

Aus diesem Grunde und auch aus dem Grunde, dass ich persönlich bei der Sitzung der Begutachtungskommission nicht anwesend war, kann ich ihnen dazu keine Antwort geben.

Zu Frage 3:

Es haben sich insgesamt 21 Damen und Herren verschiedenster Qualifikation um den Posten einer Leiterin oder eines Leiters des Geschäftsbereiches VI beworben. Davon wurden 11 Damen und Herren zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen. Eine Bewerberin ist dieser Einladung nicht gefolgt.

Zu Frage 4:

Es ist nicht richtig, dass auf Grund der geforderten Qualifikationsvoraussetzung - abgelegte Dienstprüfung im Sinne des § 15 StGBG 2002 - ein wesentlicher potentieller Bewerberkreis ausgeschlossen und diskriminiert wurde. Diese Vorgangsweise wurde auf Grund der Geschäftsordnung des Magistrates der Stadt Steyr und der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Steyr gewählt, da die Aufgabenerledigung des Geschäftsbereiches VI gesetzeskonform und sparsam im Sinne eines Dienstleistungsbetriebes für die Steyrer kultur- und sportschaffenden Vereine sowie kultur- und sportinteressierten Bürger geschehen soll. Nicht nur die eigenständige Gestaltung der sportlichen und kulturellen Angebote der Stadt, sondern die bestmögliche Unterstützung der Steyrer Kulturschaffenden und der Steyrer Sportler steht nunmehr mit der Person des Herrn Mag. Zineder im Einvernehmen mit dem Kulturreferenten im Vordergrund. Ich bin überzeugt, dass innerhalb kürzester Zeit sich auch die wenigen kritischen Stimmen vom Gegenteil überzeugen lassen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Unter Pkt. 2) sagen sie, dass sie sich auf die Vertraulichkeit berufen, dass diese drei Fragen nicht öffentlich gemacht werden dürfen. Wenn ich richtig informiert bin, dann waren es für alle Bewerber die drei selben Fragen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das weiß ich nicht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn es dieselben Fragen waren, dann kann man sich nicht auf die Vertraulichkeit zurückziehen, weil die Vertraulichkeit die Person schützt. Wenn aber alle dieselben Fragen bekommen, dann hat es mit Vertraulichkeit nichts zu tun. Deshalb meine Frage an sie: „Stimmt es, dass diese drei Fragen für alle Bewerber gleich waren?“

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau Gemeinderätin, das ist mir nicht bekannt. Ich war in dieser Bewertungskommission, in dieser Beurteilungskommission nicht dabei und ich habe mich auch nicht informiert, welche Fragen und welche Zusatzfragen oder welche sonstigen Fragen gestellt wurden, sondern ich halte mich da an die Vertraulichkeit.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

D. h., sie können auch nicht verifizieren ob eine der Fragen war, wer das Steyrer Rathaus erbaut hat?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, das kann ich nicht. Das ist mir auch von niemandem in dieser Form geschildert worden. So, wir kommen zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Schutz gegen Lärm: „In Steyr wird gut gearbeitet“

Bei einer Pressekonferenz, die anlässlich des internationalen Tages gegen den Lärm am 26. April im Steyrer Kommunalzentrum an der Ennser Straße stattfand wurde bemerkt, dass in Steyr auf dem Gebiet Lärmschutz sehr gut gearbeitet wird. Bei dieser Pressekonferenz waren auch Landesrat Rudi Anschober und Fachleute der Landesregierung sowie des Steyrer Magistrates anwesend.

Ich präsentierte dabei Zahlen, die dokumentieren, dass die Bemühungen der Stadt, ihre Bewohner so weit wie möglich vor Lärm zu schützen, erfolgreich sind: Seit 1984 können Steyrer Bürger bei der Stadt um Förderungen für Lärmschutz-Maßnahmen ansuchen. Von 1985 bis 1992 sind 28 Anträge für Lärmschutz-Maßnahmen gestellt worden, von 1993 bis 2004 nur noch neun. Die sinkende Zahl der

Anträge zeigt, dass unsere Maßnahmen gegriffen haben, wir werden natürlich weiterhin versuchen, die Wünsche unserer Bürgerinnen und Bürger nach Lärmschutz-Maßnahmen zu berücksichtigen. Insgesamt hat die Stadt von 1985 bis Ende des Vorjahres 47.000 Euro für Lärmschutz-Maßnahmen in Privathaushalten zugesprochen. Die höchste Summe ist im Jahr 1990 bereitgestellt worden nämlich 266.000 Schilling.

Speziell bei den neuen Brückenbauten haben wir ebenfalls einen bedeutenden Beitrag zum Lärmschutz geleistet. Für Lärmschutz-Vorrichtungen an der Rederbrücke und an der Nordspangenbrücke hat die Stadt insgesamt 120.000 Euro bezahlt. Beim geplanten Kreisverkehr im Bereich der Nordspangen-Anbindung wird gerade ein Lärmschutz-Wall geplant, für den die Stadt etwa 35.000 Euro budgetiert. Dieses Projekt wird gemeinsam mit dem Land Oberösterreich durchgeführt.

Auch für den Bau der Lärmschutz-Einrichtungen an der Ennser Straße, im Bereich der Kleingärten in Münchenholz und an der Katzenwaldgasse hat die Stadt logistische und materielle Hilfe beigesteuert. Vielleicht noch ein Wort zu dieser Veranstaltung im Kommunalzentrum. Die Stadt Steyr wurde deshalb für diese Präsentation gewählt, weil wir in Steyr ausgezeichnete Daten vorweisen können, weil wir ausgezeichnete Daten für die einzelnen Straßen und für die Lärmbelastung in den einzelnen Straßen vorweisen können. Wir sind in dieser Hinsicht Vorbild in OÖ, vielleicht sogar in Österreich, das habe ich aber nicht überprüft.

Ausstellung im Kommunal-Zentrum

Der internationale Tag gegen den Lärm ist der 28. April. Zum Thema Lärm fand in Steyr von 27. bis 29. April eine Ausstellung im Kommunalzentrum statt. Veranstaltet wurden diese Lärminformationstage von der Abteilung Umwelt- und Anlagentechnik des Amtes der Landesregierung gemeinsam mit der Stadt Steyr.

Verkehrskonzept: Stadt befragt Bürger

Die Stadt Steyr startet am 15. Mai eine Umfrage-Aktion zum Thema Verkehr. Anhand der Ergebnisse wird dann ein neues Verkehrskonzept für Steyr erstellt. 1000 ausgewählte Steyrer Haushalte werden bis 31. Mai von geschulten Interviewern um ihre Meinung zu Steyrer Verkehrs-Themen befragt, wobei die Befragten auch eigene Vorschläge einbringen können. Grundsätzlich können aber alle interessierten Bürger und auch Bewohner der Umlandgemeinden an der Befragungs-Aktion mitmachen: Die Fragebögen im Umfang von etwa zehn Seiten bekommt man im Stadtservice-Büro und in der Fachabteilung für Stadtplanung (Rathaus, 3. Stock). Man kann sie aber auch von der Internet-Seite der Stadt Steyr herunterladen. Der letzte Abgabetermin ist der 1. Juni 2004. Auf der Basis der Antworten, Wünsche und Anregung der Bürger werden die Ziele und Maßnahmen für das neue Steyrer Verkehrskonzept definiert. Ausgearbeitet wird das Verkehrskonzept von der Technischen Universität Graz, wobei die Situation aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt wird. Ein Schwerpunkt-Thema wird die Verkehrssituation im Wehrgraben sein.

Das Konzept wird bis Mitte 2005 fertig gestellt, anschließend beginnt die Umsetzungs-Phase. Die Kosten für das neue Verkehrskonzept: etwa 160.000 Euro.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im April 2004 betrug 5,8 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,8 % Prozentpunkte geringer. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,1 %. Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im April 2004 2.383. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 12,2 % (d. s. 332 Personen) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 1,3 % (d.s. 30 Personen).

Im April 2004 sind 438 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 35 Stellen mehr und gegenüber dem Vorjahr um 130 Stellen mehr. Also durchaus keine schlechte wirtschaftliche Entwicklung.

Ich komme nun zu Punkt 4), und bitte um die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates. Anschließend komme ich gleich zu Punkt 5), Verhandlungsgegenstände. Es gibt hier einen dringlichen Antrag zum Projekt AMS. Ist das Vorlesen dieses Dringlichkeitsantrages gewünscht?

Zwischenrufe: Ja!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Gestaltungsbeirat der Stadt Steyr hat in seiner Sitzung vom 20. April 2004 das „Projekt AMS“ behandelt und der Einreichplanung eine negative Beurteilung ausgestellt. Die Gründe dafür sind:

- nur geringfügige Änderungen zum vorgelegten Projekt der 40. Sitzung; die Empfehlungen wurden nicht berücksichtigt
- die mit den politischen Entscheidungsträgern vereinbarte Vorgangsweise wurde nicht eingehalten
- es wurden keine städtebaulichen Analysen und Studien durchgeführt
- die eingereichte Objektplanung stellt keine adäquate Lösung dar, insbesondere im Bezug auf das stadträumliche Gefüge am Übergang von Grünräumen zum Verkehrsknoten
- ungenügende Gestaltung des Vorplatzes

Der Gestaltungsbeirat hat den Bürgermeister der Stadt Steyr mehrmals auf die Problematik des Projektes, des Grundstücks, der städtebaulichen Situation und auf die kritische Verkehrssituation hingewiesen.

Trotzdem wurden diese Empfehlungen nicht umgesetzt und im Rahmen einer Presseinformation die Entscheidung, das Urteil des Gestaltungsbeirates nicht berücksichtigten, der Öffentlichkeit und so auch den Mitgliedern des Gemeinderates mitgeteilt.

Die unterzeichneten GemeinderätInnen stellen folgenden Antrag:

- die Stadt Steyr beauftragt in Abstimmung mit dem Gestaltungsbeirat eine städtebauliche Analyse über das Areal Rudigierpark/Bezirksbauernkammer. Diese Analyse hat zum Ziel Parameter für eine zukünftige Nutzung der Grundstücke festzulegen.
 - bis zur Vorlage dieser Analyse wird das Genehmigungsverfahren für das Projekt AMS ruhend gestellt.
 - alle weiteren Planungsschritte werden in Zusammenarbeit mit dem Gestaltungsbeirat erarbeitet.
- Diese haben auf alle Fälle die Vorlage eines umfassenden Verkehrskonzeptes, einen Bebauungsplan, eine Grünraumplanung und die Grundlage für einen städtebaulichen Wettbewerb zum Inhalt.

Ich komme nun zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages. Wer der Dringlichkeit zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Zustimmung. Wir werden diesen Dringlichkeitsantrag am Ende dieser Tagesordnung dann behandeln.

Ich komme nun zu den Verhandlungsgegenständen und übergebe den Vorsitz an meinen Kollegen Vzbgm. Gerhard Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um die Berichterstattung seiner Anträge.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei meinem ersten Antrag geht es um den Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr, um ein Subventionsansuchen. Der Verein beabsichtigt ja die Steyrer Schwimmschule für die Bevölkerung zu erhalten und entsprechende Neugestaltungs- und Umbaumaßnahmen vorzunehmen. Dazu ist es natürlich notwendig, dass der Betrieb bis dorthin, also bis zum endgültigen Ausbau, sichergestellt werden kann. Wir haben im Budget auch entsprechende Summen vorgesehen. Ich bitte dieser Summe, zum einen geht es um 109.000,- Euro für Investitionen und zum anderen um 21.800,- Euro, der voraussichtliche Verlust, als lebende Subvention zu beschließen. Weiters wird auch die Lohnabrechnung als lebende Subvention durch den Magistrat durchgeführt. Ich bitte diesem Antrag zuzustimmen.

1) Fin-68/04 Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr; Subventionsansuchen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 19. Februar 2004 wird beschlossen, dem Verein der Freunde der Schwimmschule in Steyr

1. eine „lebende Subvention“ in der Form zu gewähren, dass die Lohnabrechnung für das Personal der Schwimmschule vom Magistrat durchgeführt werden kann,
2. ebenfalls in Form einer „lebenden Subvention“ für das Betriebsjahr 2004 die operative Führung des

Schwimmschulbetriebes durch die Stadtwerke kostenfrei erfolgen zu lassen,
3. für den voraussichtlichen Verlust im Betrieb der Schwimmschule 2004 die Bereitstellung von Geldmitteln aus der Position lfd. Transfz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. – Schwimmschule in Höhe von Euro 21.800,-- zu genehmigen,
4. für Planung und Investitionen im Jahr 2004 eine Förderung in Höhe von Euro 109.000,-- von der hierfür vorgesehenen Voranschlagstelle (kap. Transfz. an private Organisationen ohne Erwerbszweck – Schwimmschule) zu gewähren.

Zum genannten Zweck wird bei VSt. 5/831000/757000 ein Betrag von Euro 21.800,-- und bei VSt. 5/831000/777000 ein Betrag von Euro 109.000,-- freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 130.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich möchte diesen Tagesordnungspunkt zum Anlass nehmen einmal als Gemeinderat und Mitglied unserer Fraktion, aber ich glaube auch im Namen aller Funktionäre und Gemeinderäte sprechen zu können, die von Beginn an dieses Objekt unterstützt haben, mich einmal zu bedanken bei jenen, die von Anfang an für die Schwimmschule gekämpft haben. Ich glaube, das sollte man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen. Es war nämlich nicht selbstverständlich und es war nicht von Haus aus klar, dass dieses Projekt, diese Kultstätte erhalten bleibt nach den ganzen Turbulenzen im Verkauf der Steyrer-Werke und im Zusammenhang mit den Aktivitäten vom Herrn Stronach, der sich ja letzten Endes aus Steyr vollkommen zurückgezogen hat. Ich stehe auch nicht an, mich beim Altbürgermeister Hermann Leithenmayr von dieser Stelle aus einmal sehr herzlich zu bedanken, der auch von Anfang an hinter diesem Projekt gestanden ist. Ich glaube es wäre nicht möglich gewesen, dass man die Schwimmschule auf diesen Kurs bringt, dass dort viel investiert wird unter Einbeziehung des Landes und vielleicht auch der EU. Ich hoffe, dass diese Mittel auch in Zukunft, in diesem Ausmaß wie wir uns das vorstellen, fließen und die Schwimmschule noch lange Zeit den Steyrern und vor allem der Arbeiterschaft erhalten bleibt. Das war mir eigentlich nur ein Anliegen und das sollte man von dieser Stelle auch einmal gesagt haben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Danke, wir werden diesen Dank und die Anerkennung an den Altbürgermeister weiterleiten. Ich glaube, dass wirklich sehr viel Engagement dabei ist.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der lässt mir nicht einmal ein Schlusswort, das ist wirklich eine Gemeinheit.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Okay, du hast das wirklich sehr gut gemacht und eigentlich gibt es dem nichts mehr hinzuzufügen. Es ist ja auch eine äußerst positive Aktion.

Gut, ich komme gleich zu meinem zweiten Antrag. Da geht es um das Stadtmarketing, Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2004. Sie wissen ja alle, dass wir eine Stadtmarketing Steyr GmbH gegründet haben, dass es umfangreiche Tätigkeitsberichte bereits gibt und auch Berichte in allen Zeitungen. Ich hoffe, dass sich die Investition für die Stadt Steyr auch dahingehend lohnt, dass speziell der Innenstadtbereich wieder mehr belebt wird und dass es auch eine positive Entwicklung im gesamten Stadtmarketing geben wird. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

2) Fin-114/04 Stadtmarketing Steyr GmbH – Ersatz des Personal- und Sachaufwandes für das Finanzjahr 2004; Subvention.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 29. April 2004 wird der Stadtmarketing GmbH eine Subvention in Höhe von € 218.000,-- genehmigt.

Zur Zahlung wird bei der VA-Stelle 5/015000/757000 (Ifd. Transferzahlungen) eine Mittelfreigabe in Höhe von € 218.000,-- (Euro zweihundertachtzehntausend) bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von Euro 218.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort erübrigt sich.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich komme zur Abstimmung. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den ersuche ich ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich komme zum Punkt 3), mittelfristige Finanzplanung der Stadt Steyr. Ich nehme an, sie haben dieses Konvolut schon einigermaßen studiert. Ich möchte trotzdem auf einige Themen eingehen. Also die mittelfristige Finanzplanung war ja ein Thema das sowohl vom Rechnungshof also auch von verschiedenen Persönlichkeiten des Gemeinderates gefordert wurde. Wir haben es jetzt geschafft, ein mittelfristiges Finanzkonzept vorzulegen. Ich möchte auf einige Themen speziell eingehen und zwar auf die Rahmenbedingungen. Wir haben selbstverständlich, was die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen betreffen, ähnlicher oder beinahe die gleichen Rahmenbedingungen wie das übliche Österreich. D. h., die Lebenserwartung wird immer höher. Im Bereich der Gesundheits- und Altersversorgung steigen die Kosten immer mehr. In der Kinder- und Jugendversorgung gibt es ebenfalls eine Steigerung. Es gibt auch, was die Motorisierung betrifft, immer wieder, und im Verkehrsbereich, spezielle Anstiege, die immer wieder Berücksichtigung in den Budgets finden müssen.

Es gibt dann noch genaue Darstellungen, was für uns in Steyr spezifisch ist und da geht es unter anderem auch um den Bereich der Mülldeponie. D. h., wir müssen mehr Geld ausgeben für die Restmüllentsorgung, weil der Restmüll in Zukunft thermisch zu verwerten ist und das kostet natürlich auch mehr Geld.

Dann gibt es auch noch eine Darstellung der Planungsprämissen für die unmittelbare Prognoseerstellung. Hier wird im Speziellen darauf hingewiesen, dass die Transferzahlungen an das Land natürlich eine Dimension annehmen, die für unser Budget immer bedrohlicher erscheint. Wir sind aufgefordert, dass wir speziell auf politischer Ebene dafür sorgen sollten, und zwar gemeinsam sorgen sollten, dass die Transferzahlungen an das Land weniger werden. Die Ertragsanteile des Bundes können wir nicht beeinflussen oder wenig beeinflussen, weil ja diese Ertragsanteile in erster Linie von der wirtschaftlichen Entwicklung in Gesamtösterreich abhängen. Natürlich auch von der Steuerreform und von fiskalischen Maßnahmen, die von der Bundesregierung getroffen werden.

Es ist dann in dieser mittelfristigen Finanzplanung auch dargestellt, wie sich die Einnahmen in den vergangenen Jahren – von 1998 bis 2006 – entwickelt haben bzw. entwickeln werden. Es ist dieselbe Darstellung über die Ausgaben.

Vielleicht gehen wir gleich auf das Thema der in Punkt 8) dargestellten Bilanz mit dem Land OÖ über erhaltene und gegebene Transferzahlungen ein. Hier sieht man in Zahlen sehr genau, dass 1998 Transferzahlungen vom Land in der Höhe von 2,8 Mio. Euro gekommen sind und wir 2006 bei 3 Mio. Euro angelangen. Transferzahlungen an das Land OÖ aber von 10,4 Mio. Euro auf 16 Mio. Euro steigen werden. D. h., die Differenz zwischen den Transfers an das Land zu Transfers vom Land nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Wir haben hier eine Steigerung von 1998 7,6 Mio. auf 2006 12,9 Mio., also fast 13 Mio. Euro. Diese Prognose ist natürlich eine für uns nicht angenehme

Prognose, das ist für uns eine Bedrohung für unser Budget. Es gibt auch im Anhang noch eine Darstellung der Investitionen in den Jahren 2005, 2006, wo eine Übersicht gegeben ist, welche Investitionen in diesem Zeitraum, 2005 und 2006, geplant sind. Hier sind alle Vorhaben der Stadt angeführt, die wir nach diesen Besprechungen vor haben.

Es ergibt sich daher eine Finanzierung, die auf der letzten Seite dargestellt ist, die einen Darlehensstand von 2003 47.135,893 Euro einen Anstieg auf 2006 von 73.262.918,- Euro bedeutet. Das war in groben Zügen jetzt der mittelfristige Finanzplan der Stadt Steyr. Ich bitte dieser Finanzplanung die Zustimmung zu geben bzw. darüber zu diskutieren.

3) Fin-115/04 Mittelfristige Finanzplanung 2003 – 2006.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die vorliegende mittelfristige Finanzplanung 2003 – 2006 wird beschlossen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Danke für den Bericht. Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Jahrelang hat man uns auf diese mittelfristige Finanzplanung vertröstet, sie ist verzögert worden, der Rechnungshof hat es x-mal kritisiert, hat gefragt, wann kommt denn jetzt endlich Steyr zu einer mittelfristigen Finanzplanung. So, und nach all diesen Jahren wo wir jetzt warten mussten, bekommen wir vor wenigen Tagen dieses tolle Werk, das eigentlich nicht einmal den Namen verdient der oben steht nämlich, mittelfristiger Finanzplan der Stadt Steyr 2003 bis 2006. Wir haben heute fast Mitte 2004, d. h., der Finanzplan ist wenn man ihn nennen will kurzfristig, aber mittelfristig ist er unter Garantie nicht. Wie soll man eigentlich was Mitte 2004 beschließen, was über einen Zeitraum geht von 2003 weg. Das ist mir irgendwie etwas unverständlich.

Was auch ganz interessant war ist, dass diese mittelfristige Finanzplanung erst zwei Tage vor dieser GR-Sitzung das erste Mal tatsächlich diskutiert worden ist. D. h., diskutiert wurde eigentlich nicht mehr, sondern so wie es beim Budget meistens ist, es wird vorgelegt, so ist es, und ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

... entweder stimmt ihr zu oder stimmt ihr nicht zu. Soweit ich weiß war es den Fraktionen nicht möglich, mit Ausnahme der Mehrheitsfraktion, darüber zu diskutieren und einzubringen, was wirklich an mittelfristigen Investitionen für die Stadt sinnvoll wäre. Zu den einzelnen Punkten gäbe es viel zu sagen, ich möchte jetzt nicht im Detail darauf eingehen, ich nehme an das werden andere Redner auch noch machen, dem möchte ich nicht vorgreifen, aber es gibt eine Reihe von Investitionen von denen man bisher davon ausgegangen ist, dass sie in den nächsten Jahren stattfinden werden, die aber aufgrund dieses mittelfristigen Finanzplanes nicht stattfinden werden. Das Einzige was sicher steigen wird, und das haben sie schon anklingen lassen Herr Bürgermeister, ist die Darlehenssumme. Aber dieser Finanzplan, so wie er da liegt, kann ich nur sagen, der Berg kreiste und gebar eine Maus, aber sehr viel mehr war es nicht.

STADTRAT WALTER OPPL:

Sie wiederholen sich.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Danke. Wie man es macht, macht man es falsch. Hätten wir es nicht im Finanz- und Rechtsausschuss gemacht, hätten sie das auch kritisiert, jetzt haben wir es dort hineingebracht, jetzt kritisieren sie es auch.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wie bei der Steuerreform im Parlament.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Vertreter der öffentlichen Medien, geschätzte Gäste. Nun liegt er also vor, der sogenannte mittelfristige Finanzplan der Stadt Steyr für die Jahre 2003 bis 2006, den ja tatsächlich mehrere Fraktionen in den letzten Jahren hier in diesem Gemeinderat immer wieder mit Vehement gefordert haben. Auch der Rechnungshof hat ja diese Thematik mehrmals angesprochen und diese Finanzplanung urgiert. Natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man eine finanzielle Vorschau über mehrere Jahre nur nach den tatsächlichen vorhandenen jetzigen Gegebenheiten und nach gewissen Parametern erstellen und kann das auch nur als Prognose werten, denn viele Einflüsse können ja die Situation völlig verändern und unter Umständen auch Nachteile für die Städte und damit auch für die Stadt Steyr bringen. Ich erinnere nur an die Finanzausgleichsverhandlungen. Zu Recht hat ja der Kollege Oppl auch im Finanz- und Rechtsausschuss darauf hingewiesen, dass es noch nicht abgeklärt ist, wie in Zukunft die Zuwendungen des Bundes verteilt werden, nämlich nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel oder aber nach der Fläche von Gemeinden und Städten und das wäre natürlich eine Dramatik für die Stadt Steyr, denn da würde die Finanzkraft ja eher in Richtung der Landgemeinden und die Städte, kann man durchaus behaupten, ausgehungert werden. Natürlich könnte man auch jetzt über diese Vorlage, die über mehrere Jahre ja bekanntlich geht, eine Stunde und mehr darüber referieren. Ich kann mir das aber ersparen, denn eine negative Entwicklung, die wir bereits seit einiger Zeit kennen, zieht sich auch durch dieses Finanzkonzept wie ein roter Faden und ist deutlich erkennbar. Nämlich zum einen die stagnierenden Ertragsanteile, die unter Umständen wie ich gesagt habe, noch schlechter werden könnten, und zum anderen die immer höher werdenden Transferzahlungen an das Land, wobei die Stadt bereits heuer um 12 Mio. Euro an das Land bezahlt als sie vom Land tatsächlich bekommt. Dieser Unterschiedsbetrag wird sich bis 2006 um eine weitere Million Euro zu Ungunsten der Stadt erhöhen. Auch die Müllgebühren wurden bereits vom Referenten, Herrn Bürgermeister David Forstenlechner, angesprochen. Natürlich hat diese Entwicklung entsprechend negative Auswirkungen auf die Budgetstellungen der nächsten Jahre. Wir haben ja bereits diese Probleme, wie ich vorhin bereits angeführt habe, bei der Erstellung von Budgets gehabt. Wir sind darauf gekommen, dass verschiedene Vorhaben nicht mehr durchgeführt werden können und diese Situation wird sich in Zukunft auch noch verschärfen. Es ist eindeutig feststellbar, dass sich der Schuldenstand erhöht, die Rücklagen nahezu völlig aufgezehrt werden und diese Entwicklung scheint nicht aufzuhalten zu sein, wenn man nicht vor Ort entsprechende Maßnahmen setzt und darauf reagiert. Und da, Herr Bürgermeister, setze ich meine Kritik an. Ich habe nicht umsonst bei der Finanz- und Rechtsausschusssitzung vor einigen Tagen nachgefragt, was denn die Stadt aufgrund dieser absehbaren massiven negativen Finanzentwicklung gedenkt zu unternehmen. Der Bürgermeister hat gemeint, dass man massiv an das Land herantreten wird, um eben diese Schere die zu Ungunsten für die Stadt auseinander geht etwas zu verändern. Daran glaube ich eher weniger, denn auch das Land wird von verschiedenen Maßnahmen des Bundes in Abhängigkeit sein und muss sich entsprechend darauf einstellen. Auch die Stadt sollte sich darauf einstellen, denn es gibt ja Beispiele wie z. B. in Linz, der Herr Bürgermeister einen entsprechenden Sparkurs haben muss, weil er die Entwicklung erkennt. Ich erkenne aber in dieser Unterlage keinerlei Bestrebungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass sich die Stadt auf die zukommende veränderte und massive Verschlechterung der Finanzsituation einstellt. Daher werden wir heute diesem Finanzplan, der bis in das Jahr 2006 reicht, die Zustimmung nicht geben. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, jetzt liegt er vor, der lang verlangte mittelfristige Finanzplan, aber wenn man sich sozusagen eine Seite nach der anderen gibt, muss ich feststellen, dass da nicht irgendwas sonderlich Neues drinnen steht, bzw. ohnehin Zahlen drinnen stehen, die wir im Laufe der Jahre und Jahrzehnte ohnehin behandelt haben. Also, es ist zwar eine Vorschau bis ins Jahr 2006, aber trotzdem finde ich nicht was sonderlich Neues drinnen. Die Entwicklung der Transferzahlungen vom Land und an das Land kennen wir auch. Ich habe mich einmal bemüht festzustellen, wie denn das Land dazu steht, nachdem ja die Begehrlichkeiten da nicht gering sind, und habe dann eine Liste vom Land OÖ bekommen, die sozusagen dokumentieren soll, dass auch das Land OÖ, jetzt abgesehen von den Transferzahlungen, selbstverständlich auch subventioniert wie z. B. BMW. Das ist als riesiger Brocken drinnen und wird auch seitens des Landes als Subvention in Richtung der Stadt betrachtet, ist aber natürlich in den Transferzahlungen nicht beinhaltet, wird aber seitens des Landes auch so gesehen, dass sehr wohl ein Bemühen des Landes OÖ vorhanden ist z. B. gegenüber anderen Gemeinden. Aber natürlich lässt sich über das trefflich streiten, ob man das in ein Budget miteinbeziehen kann. Wahrscheinlich wird es im Budget seinen Niederschlag

finden, aber als Zahlenwerk nicht.

Was interessant ist, dass eigentlich im Investitionsbereich, das Einzige was steigt, ist im Kultur- und Freizeitbereich. Wenn man sich das dann anschaut, kommt man letztendlich darauf, dass ich einmal annehme, dass die Musikschule mit zu diesen Steigerungen im Kultur- und Freizeitbereich gehört. Was mich aber ein bisschen traurig stimmt ist der Umstand, dass erst im Jahr 2006 daran gedacht wird, diese Summe auszugeben und bei meinen Erkundigungen auf Landesebene mir gesagt worden ist, dass das Land OÖ sehr wohl bereit wäre für das Jahr 2004 hier die notwendigen Investitionen, natürlich schrittweise, durchzuführen, dass aber die Bereitschaft seitens der Stadt sich da ziemlich in Grenzen hält. Jetzt verstehe ich das eh vollkommen, weil unser Budget ein ziemlich angespanntes Budget ist, aber vielleicht gelingt es und trotzdem das eine oder andere vermehrt für das Jahr 2005 schon vorzubereiten, weil wir wissen alle, dass die Musikschule in einem äußerst erbärmlichen Zustand ist und ich kann es nicht einmal in der Öffentlichkeit genauer detailliert sagen, weil sonst müsste man manche Räumlichkeiten sperren. Somit ist er jetzt da und er möge uns die nächsten vier Jahre begleiten.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Danke. Frau GR Braunsberger.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Es wäre schön Herr Kollege Apfelthaler, wenn es vier Jahre wären. Ich glaube, es sind keine vier Jahre, 2 ½ Jahre zur Richtigestellung.

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wir hatten die Möglichkeit Vorinformationen zu bekommen, aber leider haben die Vorinformationen nichts gebracht. Das was herausgekommen ist, ist eine bloße Darstellung von Zahlen, Prognosen, aber mit einem Wort die Suppe wurde verlängert, aber von einer mittelfristigen Finanzplanung kann man glaube ich diesbezüglich nicht sprechen. Es ist kein kreativer Spielraum drinnen. Trotz dieser prekären budgetären Situation, dieser, wie der Herr Bürgermeister gesagt hat, bedrohlichen Situation, habe ich kein Einsparungspotential, das hier drinnen erarbeitet worden wäre, entdeckt. Wichtige Projekte sind teilweise überhaupt nicht berücksichtigt worden bzw. teilweise mit extrem geringen Beträgen. Ich möchte diese wichtigen Projekte kurz anführen: Resthofschule, Taborknotenvorplanung, ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist alles drinnen.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Ich habe gesagt mit geringen Beträgen, mit sehr, sehr geringen Beträgen. Und um das geht es ja. Ich mache es ja nicht, dass der Name drinnen steht, sondern ich soll mir was überlegen, wenn das ein dringendes Projekt ist, wie finanziere ich es. Für das gibt es eine mittelfristige Finanzplanung.

Vorplanung Westspange, Stadtsaal, Musikschule usw. Es kommt einem vor, das ist eine Daumenmagierechnung die da stattgefunden hat und das ist eigentlich schade. Weil im Grunde genommen ist eine mittelfristige Finanzplanung ein sehr wichtiges Instrument. Jeder Betrieb muss in die Zukunft schauen, jeder Betrieb muss längerfristig agieren mit seinen Finanzen und ich glaube sehr wohl auch eine Stadt. Gerade eine Stadt wie die Stadt Steyr, die in dieser Situation ist. Die Gemeinden sind schon seit einiger Zeit verpflichtet eine mittelfristige Finanzplanung zu erstellen und die Stadt Steyr ist quasi, nachdem der Rechnungshof dem zuständigen Referenten auf die Finger geklopft hat, dann halt der Alibihandlung nachgekommen ein Papier zu beschmieren.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Ich muss schon ganz ehrlich sagen, dass es irgendwie schon auch verständlich ist, dass da nichts Gescheites heraus kommen soll oder kann, weil wenn man den Finanzdirektor fragt, was halten denn sie so von einer mittelfristigen Finanzplanung und man bekommt zur Antwort, na, eigentlich halte ich gar nichts davon, denn kurzfristig bringt sie nichts, weil sie längerfristig nicht stimmt. Also, meine Damen und Herren des Gemeinderates, mit so einer Einstellung kann ja nichts Gescheites herauskommen. Mit dieser kurzsichtigen Einstellung werden wir längerfristig sicher nicht mit unserer, wie der Herr Bürgermeister so schön gesagt hat, bedrohlichen Situation fertig werden.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Vorwürfen vom Bürgerforum Frech, dass das nicht mittelfristig ist. Die Mittelfristigkeit einer Finanzplanung ist ja entsprechend definiert und die Stadt Steyr hat sich selbstverständlich an diese Vorgaben gehalten. Dass es keine Beratungsmöglichkeit im Vorfeld gegeben hat, wie sie das behauptet haben, hat ja gerade die Vorrednerin bewiesen, dass das nicht so war. Es hat auf Wunsch eine Darstellung gegeben. Natürlich muss man da aktiv werden und natürlich muss man auch mit dem Finanzdirektor einmal reden und fragen, bitte könntest du einmal zu uns kommen, wir wollen da ein bisschen was Genaueres wissen.

Dass die Finanzausgleichsverhandlungen natürlich wichtig werden, ist auch für mich eine ganz klare Sache und ich hoffe, dass nicht nur von uns, von Steyr, Linz und Wels, da entsprechende Vorschläge da sind, sondern ich hoffe auch, dass die ÖVP und die Grünen mithelfen, sich bei diesen zukünftigen Verhandlungen entsprechend einzubringen und für die Städte entsprechend einzutreten, weil es ja auch um das geht, dass natürlich immer mehr verlangt wird von den Ländern und dass es durchaus nicht so ist, dass in jedem Bundesland in Österreich die gleichen Transferzahlungen an das Land gemacht werden. Da gibt es sehr wohl Unterschiede, wie hoch die jeweiligen Beiträge der einzelnen Gemeinden sein müssen. Ich möchte nur auf ein Faktum hinweisen, ich war erst vor kurzem beim Gemeindetag, wo verlautbart worden ist, dass von den 445 Gemeinden die es in OÖ gibt, bereits die Hälfte ihr ordentliches Budget nicht ausgleichen können. Also das liegt nicht nur an der Stadt Steyr, sondern das ist ein eindeutiger Hinweis darauf, dass das ein Strukturproblem ist, das gemeinsam mit der Landespolitik, aber auch mit der Bundespolitik, gelöst gehört. Man kann nicht einfach den Bürgermeistern das Amt geben und den hohen Gemeinderat immer wieder bestimmen lassen über irgendwelche Budgets und auf der anderen Seite nimmt man ihnen die Mittel weg. Also aus meiner Sicht ist das ja eine Frotzelei die man da auf dieser Ebene durchführt. Das ist für mich das erste richtige frustrierende Erlebnis gewesen, dass ich mit großer Mehrheit als Bürgermeister gewählt wurde und eigentlich jetzt die Mittel für eine positive Weiterentwicklung nicht habe. Wir haben versucht, dass wir in diesem mittelfristigen Finanzplan möglichst alle Projekte, die wir eh in der Vergangenheit schon einmal diskutiert haben, hineinzubringen. Nicht einmal das ist uns gelungen, weil solche Themen wie z. B. Aufstiegshilfe auf den Tabor mussten wir streichen. Das ist für mich ein Streichprojekt, weil es einfach nicht drinnen ist.

Dann möchte ich natürlich auch darauf hinweisen, dass ein mittelfristiger Finanzplan natürlich auch immer unter dem Hinweis der Vorsichtigkeit erstellt wird. D. h., ich hoffe natürlich auch, dass die Entwicklungen, die wir bereits eingeleitet haben, dazu führen, dass diese großen Abgänge, die wir jetzt budgetiert haben, in dieser Form nicht eintreten, sondern dass wir besser aussteigen, so wie es voriges Jahr war und auch die Jahre vorher immer war. Aber nichtsdestotrotz müsste uns bei der Gesamtsituation das Land einen Schritt entgegen kommen.

Vielleicht Frau GR Braunsberger zu ihren Ausführungen betreffend Westspange. Da möchte ich nur darauf hinweisen, dass ...

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Ich habe eh von der Planung gesprochen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

... die Planung der Westspange Sache des Landes ist. Der Vorhalt für die Westspange ist in unser Stadtentwicklungskonzept eingearbeitet. Selbstverständlich.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Und der Taborknoten?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Taborknoten, das ist alles drinnen. Diese Projekte sind alle in unserem Finanzkonzept drinnen. Allerdings wann sie kommen, ich möchte nur darauf hinweisen, dass das Land OÖ mir versprochen hat, ...

Diskussion zwischen StR Walter Oppl und GR Dr. Braunsberger-Lechner

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Der Bürgermeister ist immer noch am Wort.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass ich wegen dem Posthofknoten, Taborknoten beim LH Hiesl ja schon voriges Jahr vorsprechen war und er mir gesagt hat, dass er uns unterstützen wird mit entsprechenden Summen. Nur ein paar Wochen später hat er mir ein „Brieferl“ geschrieben wo drinnen gestanden ist frühestens 2007, 2008 kann ich mit diesen Mitteln rechnen, aber ich kann sofort zu bauen anfangen. Das ist schön, aber da geht es um ein 100-Millionen-Schilling-Projekt. Das sollte man auch einmal im Hintergrund sehen, dass wir vom Land in dieser Beziehung nicht besonders bevorzugt werden, sondern eher benachteiligt werden. So schaut es im Klartext aus. Für alle anderen Projekte haben wir jeweils Posten drinnen, wenn es zum Teil auch nur Planungskosten sind wie z. B. für die Musikschule. Das ist so. Wir müssen uns zur Zeit nach der Decke strecken und das ist das Ergebnis. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Danke. Also, das ist wirklich Träumerei eine bössartige Darstellung wie das gemacht wird. Alle Projekt sind da drinnen in der Mittelfristplanung. Natürlich nicht in der gesamten Ausfinanzierung, weil sollten sie das vielleicht bisher gesehen haben, wird in den nächsten zwei Jahren nicht die Musikschule, die Resthofschule, der Taborknoten und, und, und, die Projekte die alle drinnen sind, realisiert werden. Da müssten sie sagen, wir müssen das Magistrat zur Gänze verkaufen, damit die Mittel zur Verfügung wären. Das ist nicht möglich. Wir haben aber die Projekte alle drinnen, dass sie nicht irgendwo unter den Tisch fallen und auch die Finanzierung wird ja über einen längeren Zeitraum sein, nicht nur über ein Budgetjahr. Also in den Budgets können sie das noch stärker kritisieren. In der Mittelfristplanung ist das nicht ganz korrekt, wie sie das machen. Das muss ich ihnen auch schon sagen. Sie tun ja so, als ob wir alle Projekte vernachlässigen. Wir haben z. B. die Resthofschule in Schule und Sport diskutiert und wir haben dort auch einstimmig festgehalten, dass die Resthofschule auch Priorität in den zukünftigen Projekten haben soll. Die Entscheidung werden wir schon noch herbeiführen, was wirklich das Wichtigste ist und was das Zweitwichtigste ist. Wenn uns immer die Projekte vom Land oder das Land in hohem Ausmaß zuständig wäre z. B. Posthofknoten und Taborknoten, dann hätten wir am Taborknoten als Stadt überhaupt nichts zu finanzieren, normalerweise, weil das eine ausschließliche Bundesstraße ist und keine Gemeindestraße.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die ganzen Fußgängerbeziehungen und alles.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nur Fußgängerbeziehungen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Aber dort geht es ja um weit mehr als wie nur um Fußgängerübergänge. Wenn uns da vom Land immer eine auf das Auge gedrückt wird, weil die natürlich auch mit ihren Budgets kämpfen, was ja nicht ganz unbekannt ist, das lesen wir ja auch täglich in der Zeitung, dann wird es für uns auch immer schwieriger, dass wir da Projekte realisieren und fertig stellen können. Das wollte ich noch dazu gesagt haben.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, 1 Grüne (GR Apfelthaler). Gegenstimmen? 8 (ÖVP und FPÖ). Stimmenthaltungen? 3 (1 Bürgerforum Frech, 2 Grüne – GR Kupfer und GR Fanta). Der Antrag ist mit Mehrheit so beschlossen.

Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Gerhard Bremm, der die Punkte von der Frau Vizebürgermeisterin vorträgt, um die Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann meine Stimme nicht so verstellen, dass sie so freundlich und nett wie von der Frau Vizebürgermeisterin klingt, aber ich hoffe die Anträge gewissenhaft bringen zu können. Ich möchte da auch erwähnen, dass sich die Frau Vizebürgermeisterin Mach auf Kur befindet und aus diesem Grund nicht bei der Sitzung teilnehmen kann.

Im ersten Antrag geht es um eine Subvention für das Jahr 2004 für Pro mente – Atrium Steyr.

4) Fin-62/04 „Pro mente“ – Atrium Steyr; Subvention 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 12. März 2004 wird dem Verein „Pro mente“ im Zusammenhang mit der Führung des „ATRIUM Steyr“ für das laufende Haushaltsjahr zur Deckung des Mietaufwandes bzw. 50 Prozent der Betriebskosten eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von € 30.000,-- (dreißigtausend Euro) gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von € 30.000,-- werden bei der VSt. 1/431000/757000 freigegeben.

Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um ein Subventionsansuchen für das Jahr 2004 vom Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS). Es ist ja im Amtsbericht ausdrücklich erläutert und auch auf die immer größer werdende Bedeutung dieser Einrichtung darauf hingewiesen. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen. Es geht hier um eine Subvention von 96.000,-- Euro.

5) Fin-316/96 Gesundheits- und Sozialservice Steyr (GSS), Subventionsansuchen 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 20. April 2004 wird dem Verein „Gesundheits- und Sozialservice Steyr“, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Dr. Michael Schodermayr, Harrerstraße 5, 4400 Steyr, eine einmalige, außerordentliche Subvention für das Jahr 2004 in Höhe von € 96.000,-- (Euro sechshundneunzigtausend) gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/429000/757100 freigegeben.

GR Dr. Michael Schodermayr kommt um 15.00 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um eine Änderung der Tarifordnung für unsere städtischen Kindergärten und Horte. Es ist ja mehrmals darüber diskutiert worden. Es liegt hier ein Antrag vor. Ich möchte bei diesem Antrag nur auch festhalten, dass es beim Angebot der städtischen Kindergärten eine Erweiterung gibt, nämlich die Tagesstätte 2, die jetzt einen Zeitrahmen von 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr abdecken wird. Ich glaube, dass damit auch den Wünschen und den Anforderungen an unsere Kindergärten entsprochen wird. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

6) Kdg-3/04 Städtische Kindergärten und Horte; Änderung der Tarifordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB V, Geschäftsbereich für Soziale Angelegenheiten, vom 7. 4. 2004 werden die Änderungen der Tarifordnung für die Kindergärten und Horte der Stadt Steyr beschlossen und die beiliegende Fassung der Tarifordnung der städtischen Kindergärten und Horte genehmigt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Werte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben dem zugestimmt, weil uns irgendwie klar war, dass nach Jahren ohne Indexanpassung und Erhöhung das einmal notwendig ist. Es gibt jedoch eine Prämisse. Die Frage ist: - die Kinder werden weniger, das ist absehbar, wir haben diese wunderbare Sozialstudie, die geht rasant nach unten- „Was geschieht mit den Kindergärtnerinnen die jetzt und auch in den nächsten Jahren an und für sich ja noch im Beschäftigungsverhältnis wären? Gibt es so etwas wie einen Personalplan? Was geschieht mit den Kindergärtnerinnen die definitiv ja in den nächsten Jahren zu viel sein werden, weil die Kinder werden weniger, die Kindergärtnerinnen können nicht gleich bleiben? Gibt es einen Plan? Wenn ja, wie schaut der aus?“ Das würde mich interessieren. Ich denke mir, dass das ein wichtiger Punkt ist und da hätte ich gerne Bescheid gewusst.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wäre es so, wie die Kollegin Fanta gesagt hat, dass man im Prinzip nur erhöht um eine gewisse Inflationsrate abzugelten, dann wäre es nicht das Problem. Nur Faktum ist, dass Steyr bereits jetzt die teuersten Kindergärten hat, für die Eltern, was die Beiträge anbelangt, von allen Statutarstädten. Es sind die Linzer Kindergärten billiger, es sind die Welser Kindergärten billiger als die Steyrer. Das hängt mit der Tarifordnung zusammen, mit dem was hineingerechnet wird in die Bezüge und das hängt auch damit zusammen, was die absoluten Beiträge dieser Tarifordnung sind. D. h., wir haben die höchsten Tarife im Vergleich zu Linz und Wels. Das sollte man vielleicht auch bedenken.

Der zweite Punkt ist, dass ich hier schon sehr interessant finde, wie man sich da gewisse Modelle zusammenbastelt. Auf den ersten Blick klingt das ja ganz gut, wenn man sagt, wir machen eine neue Betreuungsform, machen eine Tagesstätte die von 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr geöffnet hat, und sagen dann, das ist eigentlich unser Maßstab und die Tagesstätte, die wir bisher schon hatten von 6.30 Uhr bis 18.00 Uhr, das ist jetzt unsere Tagesstätte 1 und die hat einen Zuschlag von 10 %, weil ja mehr Leistung erbracht wird, weil ja mehr Stunden für die Betreuung zur Verfügung stehen. Nur es ist dasselbe was bisher war. Nur bisher hatte man den Vergleich eben nicht mit dieser Tagesstätte bis 16.00 Uhr. D. h., ich kann mir nicht vorstellen, dass die Eltern das als große Leistungsverbesserung verstehen, die ihr Kind in dieser Tagesstätte bis 18.00 Uhr bisher gehabt haben und jetzt auf einmal 10 % Zuschlag zahlen müssen, mit dem Argument, ihr habt ja eine bessere Leistung. Die Leistung verändert sich nicht. Sie ist nur größer gegenüber dem Kindergarten der bis 16.00 Uhr offen hat. Sich so etwas auszudenken und dann als Leistungsverbesserung hinzustellen, das finde ich schon sehr spannend. Es ist eine Leistungsverbesserung für jene die sagen, es reicht, dass ich mein Kind um 16.00 Uhr abhole. Aber jene die berufstätig sind und länger arbeiten müssen, und das ist ein großer Teil, der nicht diese Möglichkeit hat sein Kind um 16.00 Uhr abzuholen, der braucht diese Tagesstätte bis 18.00 Uhr. Und der soll auf einmal 10 % mehr bezahlen? Zusätzlich zu dem, was man ohnedies erhöht aufgrund der Preisanpassung. Also, das als sozial zu verkaufen, halte ich also für sehr gewagt. Wenn sie sich dann die Tarife im Detail anschauen, es klingt ja immer ganz schön, auch die Frau Vizebürgermeisterin hat das betont, mit den Gratiskinderplätzen usw. Nur wenn man sich anschaut, dass der Gratisplatz ja nur bis zu einem monatlichen Brutto-Haushaltseinkommen von 872,- Euro geht, d. h., de facto habe ich wohl kaum jemanden, der tatsächlich unter dieser Grenze von 872,- Euro ist.

Zwischenrufe: Da haben wir genug!

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Informieren sie sich bitte besser.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie sollten mich schon ausreden lassen, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen. Und zwar wenn ich davon ausgehe, dass jemand berufstätig ist, Vollzeitbeschäftigt ist, dann wird er im Regelfall über diese 872,- Euro liegen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann zahlt er das auch gerne.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, er zahlt es gerne, vor allem dann, wenn sie sich anschauen, dass sie jetzt bei einem monatlichen Haushaltseinkommen – brutto – von 1.560,-- Euro, und ich glaube nicht, dass man da von einem Spitzenverdiener reden kann, im Endeffekt für den Kindergarten bereits 127,-- Euro inkl. Verpflegung zahlt, in der alten Währung Schilling 1.750,--, dann ist das kein Klacks. Also, hier zu sagen, das ist ohnedies so billig, dann stimmt das nicht. Auf der anderen Seite frage ich mich eigentlich schon die ganze Zeit, wie kann es sein, dass auf der einen Seite die Elternbeiträge dermaßen hoch sind, auch im Vergleich zu anderen Städten, wir aber trotzdem einen so enorm hohen Abgang haben von den Kindergärten her. Also irgendwo ist mir diese Diskrepanz nicht besonders klar.

Aber was ich, wie gesagt, für einen wesentlichen Punkt halte, sind genau diese 10 %, die jetzt die Eltern mehr zahlen müssen, die ihr Kind in diesem Kindergarten haben in dem sie es bisher bereits hatten, nämlich bis 18.00 Uhr, und zu sagen, jetzt habt ihr eine Leistungsverbesserung und jetzt müsst ihr auch 10 % mehr zahlen.

Was ich besonders interessant finde ist, dass es einem Mandatar der Stadt Steyr nicht einmal möglich ist, im Vorfeld von einer neuen Tarifordnung Einsicht in die Kostenrechnung nehmen zu dürfen. Man soll zwar eine Stellungnahme abgeben, man soll zwar darüber entscheiden ob es sinnvoll ist oder nicht, man darf aber nicht Einsicht nehmen in eine Kostenrechnung. Mit dem Argument, damit würde ich meine Vertraulichkeit brechen, was ja absurd ist, weil dann gäbe es ja überhaupt kein Akteneinsichtsrecht mehr, das wäre wahrscheinlich manchen da herinnen ohnedies am liebsten, aber zu verlangen, dass man als Mandatar seriös über was entscheidet und dann darf man nicht einmal eine Kostenrechnung sehen, die es aber im Hause gibt, weil es ist mir versichert worden es gibt diese Kostenrechnung, nur der zuständige Beamte darf ihnen dazu halt nichts sagen, dann halte ich das für extrem bedenklich Herr Bürgermeister. Ich würde sie wirklich dringend bitten, ihre Beamten dahingehend zu informieren, dass es ein Akteneinsichtsrecht gibt, es gibt ein gültiges Stadtstatut, es gibt eine Gemeinderatsordnung dazu, und jeder Mandatar sollte das Recht haben, hier Einsicht zu nehmen. Laut Statut hat es jeder Fraktionsvorsitzende und das müsste zumindest das Minimum sein, dass man Einsicht bekommt in diese Kostenrechnung bevor man über neue Tarife entscheidet. Da würde ich wirklich an dich appellieren Herr Bürgermeister, dich da ein bisschen mehr für Transparenz und Akteneinsicht einzusetzen.

Wie gesagt, von dieser Tarifordnung her, schauen sie sich das bitte einmal an, es verdient nicht jeder so viel, dass er sich das wirklich leisten kann und diese 10 % sind also gerade für berufstätige Alleinerzieherinnen wirklich ein absolut unsozialer Aspekt da hinaufzugehen. Wobei, eines bin ich froh, das muss ich auch dazu sagen, dass zumindest das nicht passiert ist was ja im Vorfeld zu befürchten war, dass man noch viel mehr mit den Tarifen hinaufgeht. Es ist jetzt Gott sei Dank nur, unter Anführungszeichen, diese Preisanpassung in Richtung Inflationsrate, aber eben diese 10 %. Diese 10 % halte ich für sozial nicht gerechtfertigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Presse. Ich kann den Ausführungen nicht ganz folgen. Wir haben im Vorfeld zweimal den Dr. Starzengruber bei uns in der Fraktion gehabt und haben nicht das Gefühl gehabt, dass uns irgendeine Einsicht verwehrt wird. D. h., wir haben jede Auskunft bekommen, die wir gewollt haben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Auch Einsicht in die Kostenrechnung?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es wurde uns alles gewährt, was wir verlangt haben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie wollten gar keine Kostenrechnung sehen?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein, weil ins Detail einer Kostenrechnung sich einzuarbeiten, liebe Michaela Frech, dazu vertraue ich wirklich den Beamten, aber wir haben über die Kostenrechnung Fragen gestellt und haben erschöpfende Erklärungen bekommen. Die Gespräche waren sehr lang. Ich glaube, das Entscheidende ist eines, und ich glaube das ist gut, dass die Staffelung nach wie vor beibehalten wird. Für uns war zwar auch eine Überlegung ob man nicht generell bei Null anfängt, ob man nicht

dann wirklich diesen Sprung machen soll, weil ab ein bisschen mehr Einkommen auf einmal bekommt man einen Kindergartenbeitrag vorgeschrieben. Aber der soziale Aspekt von der Betroffenheit jener Leute die sehr wenig verdienen, und da kann ich mich dir nicht anschließen, es gibt sehr viele Leute die mit weniger als 860,-- Euro auskommen müssen, leider, und die Tendenz ist nicht so, dass das zurückgeht. Das muss man auch einmal dazu sagen. D. h., ich glaube also, dass sozial schwache Schichten durchaus Unterstützung brauchen. Ich bekenne mich aber auch dazu, dass es eine Staffelung geben muss und soll für den Bedarf. D. h., dass es gestaffelt wird von der Länge, wie lange ein Kind betreut wird. Das kann nicht gleich sein, ob ich es um 15 Uhr schon abhole oder um 18 Uhr abhole oder womöglich um 12 Uhr eben herausnehme, dass hier eine vernünftige, in dem Fall dreigestaffelt, die Betriebszeiten berücksichtigt werden, finde ich in Ordnung und auch gut. Ich glaube, dass wir trotz allem überlegen müssen, wie tun wir mit den Kindergärten weiter. Es reicht mit Sicherheit nicht, dass ich die Tarife anhebe, weil wir wissen alle, dass dieser Bereich natürlich nicht kostendeckend geführt werden kann. Von niemanden. Weder von einer öffentlichen Einrichtung noch von einer privaten Einrichtung. Wir sollten uns aber schon überlegen, und das fehlt mir auch ein bisschen bei der mittelfristigen Finanzplanung, wie soll es in diesem Bereich weiter gehen. Wenn die Kollegin Fanta zuerst gefragt hat, wie schaut es aus mit den Kindergärten. Gibt es sie in voller Anzahl in einigen Jahren noch? Da möchte ich ein bisschen auf eine Aussage vom Kollegen Bremm verweisen, bei der Diskussion oben im RTV, wo er gesagt hat, in 10 Jahren wird es nur noch öffentliche Kindergärten geben. Ich glaube, das wäre der falsche Weg. Ich glaube auch, dass das vielleicht nur in der Hitze des Gefechtes entstanden ist, weil das ist eine Aussage, die wir so mit Sicherheit nicht im Raum stehen lassen können. Ich glaube, dass die Privatk Kindergärten einen ganz wichtigen Anteil in der Versorgung in der Stadt haben und das schlägt sich ja nicht nur zahlenmäßig wider. Fast ein Drittel, 28 % ungefähr laut Sozialplan, sind in Privatk Kindergärten und sind dort zur vollsten Zufriedenheit der Eltern untergebracht. Wenn diese 28 % auch noch von der Stadt versorgt werden müssen, und ich sage das in dieser Deutlichkeit, dann würde der Abgang, den die Kindergärten in der Stadt produzieren, noch höher sein. Der Zuschussbedarf bei Privatk Kindergärten ist um einiges geringer als im städtischen Bereich. Darum glaube ich, dass wir wirklich, mit vollem Bewusstsein, Privatk Kindergärten auch unterstützen sollen und das auch in Zukunft machen. Ein Horrorvorstellung für mich wäre ein reines Monopol, dass nur noch städtische Kindergärten Kinderbetreuung anbieten können. Das ist der falsche Weg, und davor warne ich wirklich. Ich finde es auch nicht unbedingt notwendig und richtig, dass der Bürgermeister der Stadt an unsere geistlichen Herren ein Schreiben richtet, wenn man sehr weit interpretiert, könnte man sagen, der Versuch eines Maulkorbes, wo er darauf hinweist, dass die Stadt sehr viel für die Pfarren tut und die angeschlossenen Kindergärten und er nicht möchte, dass man dann seine Mitglieder auffordert bei einer Unterschriftenliste mit zu tun. Sehr vereinfacht, aber ich glaube durchaus richtig so wiedergegeben. Ich glaube, dass ein Pfarrer, der verantwortlich ist für die Geschicke eine Kindergartens, und der auch für den Abgang aufkommen muss, durchaus legitimiert ist, die Mitglieder seiner Pfarrgemeinde aufzurufen ihn zu unterstützen, damit er die notwendige Unterstützung der Stadt auch weiterhin erhält. Wenn es noch dazu, wie hier in dem Fall des Schreibens das ich hier habe, vom Mag. Bachleitner der Stadtpfarre ergangen ist, da kann ich ihnen aus persönlichem Erlebnis sagen, dass das nicht in der Kirche passiert ist und auf gar keinen Fall von der Kanzel herunter oder vom Altar heraus, sondern dass die Pfarrgemeinderatsmitglieder vor der Pfarre draußen mit der Unterschriftenliste gestanden sind. Das sollte man schon ein bisschen unterscheiden. Aber noch einmal. Ich finde es legitim, es ist die Aufgabe des Pfarrers zu schauen, dass sein Kindergarten durchkommt. Es ist auch die Aufgabe des Bürgermeisters der Stadt Steyr, dass er für alle Kinder der Stadt Steyr verantwortlich ist und nicht nur für die, die im städtischen Bereich sind. Darum ersuche ich wirklich die Vorgangsweise zu überdenken. Sie ist, das ist nicht nur meine, sondern die Meinung der gesamten Fraktion, falsch. Wir fordern a) zu berücksichtigen, welche Einsparungspotentiale gibt es bei den öffentlichen Kindergärten. Auch hier wissen wir ganz genau, dass die Auslastung bei Gott nicht dort ist wo sie sein soll. Überraschenderweise bei den Privatk Kindergärten haben wir fast eine volle Auslastung. D. h., wir sollten auch andenken, ist es notwendig alle Gruppen in den öffentlichen Kindergärten aufrecht zu erhalten. Es ist sogar zu überlegen, wenn ich zwei oder drei Kindergarteneinrichtungen in einem Stadtteil habe, ob wirklich alle drei notwendig sind. Innerhalb eines Stadtteiles ist es durchaus zumutbar, dass man nicht den nächstgelegenen Kindergarten hat. Das ist durchaus zu diskutieren. Vor allem auch in Hinsicht, wie es der Kollege Bremm gesagt hat, auf die Angespanntheit auch unseres Budgets.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster Redner ist Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Die Diskussion die in den letzten Wochen geführt worden ist bezüglich private Kindergärten und städt. Kindergärten, hat jetzt auch Einzug gehalten in die GR-Debatte obwohl es eigentlich nicht auf der Tagesordnung steht. Aber ich finde es nicht schlecht, dass wir darüber reden, weil ich ehrlich gesagt irrsinnig unglücklich bin über diese Diskussion wie sie geführt worden ist und wie sie nach wie vor geführt wird. Dass es Anlass gibt diese Diskussion zu führen, zeigt auch die Diskussion die wir heute führen. D. h., auch die Argumente welche die Kollegin Fanta bereits am Beginn angesprochen hat, das Thema Kindergärten, Kinderbetreuung, das ist auch in Zukunft und in den nächsten Jahren ein Thema, das diskutiert werden soll. Ich denke, der Gemeinderat ist sicher der falsche Ort eine erste gemeinsame Diskussion diesbezüglich zu führen. Ich halte es aber auch falsch und denke, dass irrsinnig viel Porzellan auch zerschlagen wurde in den letzten Wochen, einerseits mit Unterschriftenlisten und Gründungen von Bürgerinitiativen auf der einen Seite zu arbeiten, andererseits sich von städtischer Seite auch auf Justamentstandpunkte zurückzuziehen, die irgendwie so klingen, wir sind für unsere zuständig aber für die anderen nicht zuständig. Da ist sehr viel Polemik passiert, von allen Seiten. Wer es bemerkt hat, die Grünen haben sich da relativ zurückgehalten, auch bei dieser Diskussion, weil wir natürlich auch intern darüber gesprochen haben und wir uns immer gedacht haben, das kann doch nicht war sein, dass da jetzt zwei Einrichtungen oder zwei Einrichtungsformen gegeneinander ausgespielt werden. Das ist derzeit der Fall und darum bin ich auch sehr unglücklich. Ich möchte auch im Namen meiner Fraktion noch einmal den Appell an alle Beteiligten richten, begonnen vom Bürgermeister und der Sozialreferentin, doch bitte alle an einen Tisch zu versammeln und gemeinsam zu diskutieren, wie Betreuungsformen in Steyr in der Zukunft ausschauen. Wir wissen alle, dass private Einrichtungen ganz wichtig sind, dass sie zum Teil Betreuungsformen anbieten, die die Stadt nicht hat, aber es soll da keine Wertungen geben wer besser und wer schlechter ist. Ich denke, es bemühen sich wirklich alle in dieser Stadt. Wir haben uns auch gemeinsam in den letzten Jahren bemüht, die Finanzierungen sicherzustellen. In diesem Sinne vielleicht doch der Aufruf nicht mit Unterschriftenlisten und gegenseitigen Anschuldigungen zu arbeiten, sondern das Gemeinsame zu suchen. Das klingt ein bisschen jetzt wie der Pfarrer von der Kanzel.

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das würde gut zu mir passen, meine Großmutter wollte es eh.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Dornenvogel!

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Zurück zur Sache. Ich denke mir, es ist nach wie vor möglich, vielleicht kann man doch eine Initiative starten, weil es ist derzeit der Fall, dass diese Unterschriftenlisten überall aufliegen und es kennt sich keiner aus. Es steht kein Impressum oben, man weiß ja nicht wirklich was da gefordert wird und was Sache ist. Die Aussagen der Kollegin Mach haben auch nicht zur Beruhigung der Situation beigetragen. Also vielleicht an dich, Herr Bürgermeister, spiele deine Vermittlerrolle aus. Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Okay. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich glaube vollständigkeithalber muss man schon sagen, dass sowohl die Kindergartenbetreiber wie auch die Eltern seit mehr als zwei Jahren versucht habe wirklich immer im Gespräch hier einen Konsens zu erreichen, es wirklich im Guten, unter Anführungszeichen, probiert haben, durch zahlreiche Gespräche, nie durch irgendwelches Ausspielen, das haben sie auch jetzt nicht gemacht, dass man die Qualität der einzelnen Kindergärten gegeneinander ausspielt, aber es war ganz einfach keine Bereitschaft der Stadt da, etwas zu tun. Es gab eben nur Versprechen, so vor der Wahl, man wird das Problem lösen, aber es ist nichts weitergegangen. Und dass die Eltern sich jetzt ganz einfach auf die Füße gestellt haben, war letztlich ein Akt der Notwehr, letztlich wenn man sonst nichts mehr erreicht. Ich habe gerade das Schreiben gesehen, dass der Kollege Mayrhofer zuerst zitiert hat, ich halte es auch für sehr bedenklich mit solchen Methoden zu arbeiten, weil dieses Schreiben an den

Pfarrer Bachleitner ist wortident auch ergangen, ich kenne es auch, ich kenne es nur nicht vom Herrn Bachleitner, sondern vom Pfarrer aus Münchenholz, also anscheinend ist das an alle Pfarren wortident so hinausgegangen. Ich denke mir, in einer Demokratie hat jedermann das Recht sich an einer Unterschriftenaktion zu beteiligen und da kann es nicht sein, dass man von irgendeiner Seite Druck ausübt. Das ist eine ganz normale demokratische Möglichkeit, seine Meinung auszudrücken. Da also so mit Untertönen zu arbeiten und Druck auszuüben, halte ich also für absolut verkehrt. Es gab ja bereits auch Vorschläge, lieber Andy Kupfer, z. B. das liegt schon seit einiger Zeit am Tisch, ich hoffe der Kollege Bremm, der ja auch vor laufender Kamera gesagt hat, er würde dem auch durchaus nähertreten oder er kann sich vorstellen, dass es da jetzt weitere Gespräche gibt. Es gibt ganz einfach den Wunsch der Kindergartenbetreiber es so zu handhaben wie in Linz und Wels, wo man diesen Weg ja auch gegangen ist, dass man sich mit der Stadt gemeinsam Rahmenbedingungen ausmacht und dann auch die Abgänge in einer Art und Weise übernommen werden von diesen Nichtmagistratskindergärten, die im Endeffekt für den Steuerzahler besser sind, weil sie eben zum Teil günstiger arbeiten können, die aber zugleich das flexible Angebot für die Eltern offen halten. Was in Linz und Wels möglich ist, müsste ja auch in Steyr gehen. Ich denke mir, jetzt ist wirklich die Stadt am Zug, Herr Bürgermeister bzw. die Frau Vizebürgermeisterin, hier eine Lösung zu finden, weil eines kann es wirklich nicht sein, dass man irgendwann einmal ein Kindergartenmonopol hat, und die Wahlfreiheit nicht mehr gegeben ist. Ich denke mir, jeder Steyrer sollte sich aussuchen können ob er sein Kind in einen Magistrats-Kindergarten gibt oder in einen Nichtmagistrats-Kindergarten. Das hat nichts mit Qualität zu tun, das hat was mit Auswahl zu tun, mit Wahlfreiheit und die sollte gewährt sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Roswitha bitte.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, ich wollte mich ursprünglich nicht melden, weil es jetzt eh schon sehr ruhig gelaufen ist und mit dem Kupfer Andy, denke ich mir, das war für mich so ein ruhiger Abschluss. Die Frau Frech hat mich wieder ein Stückchen aufgewühlt, weil ich mir denke, der Vorschlag ist sicher sehr gut, dass man sich mit allen zusammensetzt, die in Steyr einen Kindergarten betreiben und alle leisten wirklich gute Arbeit. Ich glaube, da sind wir uns alle einer Meinung. Aber ich könnte, aufgrund meiner Ausbildung, selbstverständlich einen Kindergarten aufmachen. Dann gehe ich zur Stadt und stelle mich hin und sage okay, jetzt kann ich es nicht mehr bezahlen, am Anfang geht es, weil ich halt irgendwo ein Geld habe, und dann bezahlt mir ihr den ganzen Abgang. Das ist denke ich mir nicht legitim und auch nicht möglich. Man müsste sich auch glaube ich dann auf einheitliche Tarife einigen, dann kann es nicht so sein, dass die Besserverdienenden aufgrund der günstigeren Tarife der Privatkindergärten, dass die dort die Kinder hingeben und alle die, die ein sehr niedriges Einkommen haben, und wir bekennen uns alle dazu, denke ich mir, dass wir für die da sind, aber dann kann es nicht so sein, dass die in der Stadt bleiben, und wir haben sehr hohe Zahlen, ich habe alle dort liegen, die wirklich ein sehr niedriges Einkommen haben, für die wir auch da sein müssen, dann müsste man wenigstens einheitliche Tarife haben. Aber das will man natürlich wahrscheinlich auch nicht, denn wenn ich einen Privatkindergarten habe, dann will ich auch meine Tarife bestimmen, nehme ich jetzt einmal an. Man soll nicht immer Äpfel und Zwetschken vergleichen. Ich denke mir, das passt einfach auch nicht. Jeder Betrieb bietet andere Sachen an, andere Öffnungszeiten und auf das gehört es natürlich auch abgestimmt. Da sind wir uns auch einig. Die städtischen Kindergärten, weil es immer wieder kritisiert wird, dass die Abgänge sehr viel höher sind als bei den Privaten, ich denke mir, das hat natürlich auch seine Gründe. Wir müssen selbst eine Logopädin bezahlen oder die Stadt macht das. Die Privatkindergärten bekommen die Logopädin vom Land zur Verfügung gestellt. Das nur als Beispiel. Wir haben auch zwei Sonderkindergärten für Kinder mit Rückständen, mit Defiziten, die auch sehr notwendig sind, gerade in unserer Gesellschaft. Wir haben einen Sommerbetrieb, der für die Kinder durchgehend geöffnet ist. Ich denke mir, auch das ist notwendig. Wir haben in den Ferien offen, außer diese vier Tage zwischen Weihnachten und Silvester, aber sonst besteht das ganze Jahr die Möglichkeit, die Kinder in den städtischen Kindergärten unterzubringen. Das kostet natürlich und das ersuche ich alle auch zu bedenken. Man soll nicht immer Äpfel und Zwetschken miteinander vergleichen. Ich mache jetzt auch einen Kindergarten auf und dann komme ich zu euch.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke Roswitha. Vielleicht noch eine kleine Ergänzung, weil die Roswitha gerade noch einmal den Vergleich gebracht hat, was das Land OÖ bezahlt und was die Stadt Steyr zahlt. Jetzt sage ich

einmal, die umliegenden Gemeinden von Steyr, da hat es vor kurzem einen Bericht gegeben, in Aussendung von LR Siegl, dass für die Kinder der Landgemeinden 16 % an Elternbeiträgen eingenommen werden, die restlichen 84 % teilen sich Land und Gemeinde. In der Stadt Steyr schaut das so aus, wenn man alle Kindergärten zusammen nimmt, da haben wir ungefähr 12 % Elterneinnahmen, 29,6 %, also nicht ganz 30 %, bezahlt das Land und nicht ganz 60 % bezahlt die Stadt Steyr. Also nur das einmal zur Ungleichbehandlung von Stadt- und Landgemeinden. Da ist schon ein wesentlicher Unterschied. Zusätzlich haben wir noch Leistungen, die nur wir in Steyr anbieten. Das sollte man schon immer wieder auch im Auge haben. Ich glaube, dass das sehr wenig wissen, was das alles kostet, dass das ein sehr erheblicher Aufwand ist, den die Stadt Steyr für die Kinder der städtischen Kindergärten betreibt.

GR Hackl bitte.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte mich eigentlich auch nicht mehr zu dem Thema melden, weil es schon sehr amikal abgelaufen ist und gerade der Andy Kupfer so eine Brücke geschlagen hätte. Auch der Gunther Mayrhofer hat an und für sich sehr freundlich und nicht besonders kritisch gesprochen, ganz anders wie man eigentlich die Diskussion in den letzten Tagen und Wochen in den Medien verfolgt hat. Die Frau Frech hat wieder Öl ins Feuer gegossen, eigentlich wie immer, darum sage ich jetzt doch was dazu, weil die Diskussion, wie sie da jetzt in den letzten Tagen und Wochen gelaufen ist, eigentlich wirklich sagenhaft war. Und wie immer darf bei einem medialen Spektakel, was da aufgezogen wurde, auch die Kollegin Mag. Frech nicht fehlen, die ja nach verschiedenen Versuchen offensichtlich in der Rolle der Schutzmantelmadonna für Steyr jetzt wirklich eine Paraderolle für sich selbst gefunden hat.

Gelächter

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Aber leider gefällt sich auch die Fraktionsvorsitzende der ÖVP, die Frau Dr. Braunsberger, jetzt neuerdings darin, ihre Unkenntnis von kommunistischer Planwirtschaft in Verbindung mit den städtischen Kindergärten zu bringen. Da kann ich ihnen nur sagen, ich kann ihnen gerne einen Buchtipp geben, vielleicht können sie noch ein bisschen was Einlesen über Wesen oder Unwesen der Planwirtschaft und dann werden sie sehen, dass dieser Vergleich völlig absurd ist.

Aber zurück zum Thema, denn was wir in dieser veröffentlichten Meinung eigentlich da erkennen bei dieser Diskussion ist in Kurzform etwa so: Die böse Stadt, der böse Bürgermeister oder noch besser die böse Frau Vizebürgermeisterin, die alle geben den Kindergartenbetreibern, den Privaten, tatsächlich nicht mehr Subvention als wir im Budget festgeschrieben haben. In einem Budget wohlgermerkt der Stadt Steyr, dass wir hier mit großer, breiter Mehrheit auf Punkt und Beistrich so beschlossen haben. Das ist also wirklich eigentlich ein kühnes Unterfangen von diesen unverantwortlichen Mandataren, dass sie da nicht wirklich der Forderung nachgeben, die klar am Tisch liegt, und die Kohle herausrücken. Das ist wirklich ein starkes Stück könnte man sagen. Natürlich ist da ein bisschen eine Polemik meinerseits dabei, weil die Forderung, wie sie wirklich gestellt wird, ja argumentiert wird, weil es hier ja um Kinder geht und wirklich, und das meine ich ehrlich, um wichtige Betreuungseinrichtungen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wissen sie was Polemik ist?

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Aber daher befassen wir uns ja seit Wochen und Monaten im Endeffekt in der Stadt mit diesem Thema. Es wird versucht ganz seriös auch bei den privaten Kindergartenbetreibern um das Erkennen zu ringen, dass eine Subventionserhöhung in diesem Ausmaß einfach nicht möglich ist, aber, das muss man halt auch zur Kenntnis nehmen, die Betreiber eigentlich diesen Argumenten nicht zugänglich sind. Überhaupt nicht, ganz im Gegenteil. So wird in Milchmädchenmanier eine Rechnung aufgestellt, was den Kostenaufwand der städtischen Kindergärten betrifft, die Anzahl der betreuten Kinder wird herangezogen, was ja nicht falsch ist, das dividiert man durch den Subventionsanteil, dann hat man eine Summe, klar. Bewusst wird aber nicht dazu gesagt, dass wir rund 200 Kinder in den städtischen Kindergärten haben mit Nulltarif. D. h., die bezahlen gar nichts. Kinder, da sind wir uns ja alle einig, wo wir wollen, dass die nichts zahlen müssen, weil sie sonst nämlich keine Kindergartenbetreuung hätten, das wird nicht dazu gesagt, das wird völlig ausgeklammert. Ebenso wie die Tatsache, dass wir ein sozialgestaffeltes Tarifsystem haben, wie wir es jetzt ja gerade wieder mit leichten Erhöhungen beschlossen haben.

Noch einen völlig grotesken Punkt möchte ich schon auch ansprechen. Die größte Kritik kommt von einem privaten Kindergartenbetreiber, der in den nächsten Tagen Millionenbeträge aus einem Grundverkauf Erlösen wird. Das ist eigentlich der, der am lautesten schreit und am lautesten kritisiert. Diese Millionenbeträge, die in die Kassa fließen werden, wird man für den Kindergarten nicht verwenden können, da hat man sicherlich für andere gute Zwecke eine Verwendung. Faktum bleibt, die Stadt soll zahlen und damit basta. Somit wären wir eigentlich wieder in der Realität angelangt. In der Realität trägt der Betreiber eines privaten Kindergartens genauso wie der Betreiber jedes privaten Unternehmens und jeder privaten Einrichtung dafür auch die Verantwortung. Und zwar die alleinige Verantwortung. Ob man das jetzt zur Kenntnis nehmen will oder nicht, das ist so. Es ist auch so, dass die Stadt oder auch die Frau Vizebürgermeisterin nicht für alle Kindergärten und alle Kindergartenkinder in Steyr zuständig ist. Sie, oder besser gesagt wir, also der ganze Gemeinderat, wir als Mandatäre, wir sind zuständig, dass für jedes Kind in dieser Stadt ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Aber doch nicht verantwortlich, wie es in den privaten Kindergärten zugeht, weil der Umkehrschluss wäre, wenn dort etwas passiert, aus irgendeinem Grund, also bewusst passieren würde, Konjunktiv, dann wären auch wir verantwortlich. Das ist aber nicht so. Das muss jedem einleuchten. Wir sind für die privaten Kindergärten, für diese Führung und Betreuung, nicht verantwortlich. Absolut nicht. Nicht als Person, weder der Bürgermeister, Vizebürgermeister noch alle die da verantwortlich sind. Das ist klar, das leuchtet jedem ein denke ich, der es auch wirklich wissen und verstehen will. Wenn wir als Stadt daher über Jahre hindurch die privaten Kindergärten großzügig gefördert haben, im Rahmen unserer Möglichkeiten, uns auch dazu bekennen, dass diese Einrichtungen wichtig und wertvoll sind, dann haben wir das freiwillig getan und tun das auch in Zukunft freiwillig. Kinderbetreuungseinrichtungen zu finanzieren in privaten Einrichtungen sind freiwillig, das ist und bleibt so. Daran werden weder Milchmädchenrechnungen noch das Zuordnen von nicht vorhandenen Verantwortlichkeiten etwas ändern oder frei nach Erich Fried „es ist wie es ist.“

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Meine sehr geehrten Herrn Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Von der Tarifdiskussion zur Grundsatzdiskussion, uns soll es recht sein, wir werden hier auch unsere Meinung kund tun. Wir sind selbstverständlich schon der Meinung und auch der Ansicht, dass es eine Kernaufgabe der Stadt ist, sich dafür einzusetzen, dass jene, die es sich nicht so leisten können, für ihre Kinder natürlich auch einen Kindergartenplatz finden. Wir haben das, nicht nur wir, viele haben das jahrelang vehement gefordert und zu dem soll man dann auch heute noch stehen. Der Kollege Kupfer hat heute gesagt, wir sollten das auch vielleicht in den zuständigen Gremien besprechen, wenn es andere Ansinnen noch gibt. Das finde ich auch einen guten Vorschlag. Es wird sicherlich etwas unfair diskutiert, man sollte das auch einmal ganz offen sagen. Ich bin nicht der Verteidiger vom Herrn Dr. Starzengruber oder von der Frau Vizebürgermeisterin Mach, die heute nicht anwesend ist, aber es ist noch nicht allzu lange her, wie auch die privaten Kindergärten z. B. der Caritaskindergarten zur Stadt gegangen ist, wie er da mit dem Umbau nicht fertig geworden ist und die Kosten explodiert sind, und wir dann weit über das was ursprünglich geplant war in Millionenhöhe dort hineingesteckt haben. Das sollte man vielleicht bei dieser Diskussion auch einmal sagen. Ich bin damals vom Pfarrer geprügelt worden, ich habe mich inzwischen wieder mit ihm vertragen, weil er sich an alle Vereinbarungen nämlich nicht gehalten hat und es nachher das Doppelte gekostet hat. Das hat letzten Endes auch der Steuerzahler und die Stadt dazugeschossen. Ganz so ist es wieder nicht, dass die Stadt die privaten Kindergärten total stiefmütterlich behandelt und nur die eigenen Kindergärten sozusagen in den Vordergrund stellt. Es soll diese städtischen Einrichtungen auch in Zukunft geben. Dazu bekennt sich unsere Fraktion ganz klar. Und die Tarife, um die es ja heute in erster Linie geht, sind im Großen und Ganzen sozial ausgewogen. Ich glaube gerade die unteren Einkommensgrenzen können sich einen Kindergarten für ihre Kinder leisten und ich glaube das ist letzten Endes das Wichtigste.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Herr Eichhübl ist der Nächste.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Der Grund warum wir jetzt so massiv im Gemeinderat auftreten ist der, dass wir nicht in den Verdacht geraten, dass uns Kindergartentarife oder der Bereich Kindergarten und die Betreuung die dort passiert nicht interessiert. Aber wir haben uns sehr bewusst aus dieser öffentlichen Diskussion herausgehalten, weil es ja erkennbar war, dass hier Gruppen gegeneinander ausgespielt werden und vor allen Dingen wird es ja dann problematisch, wenn die Frau Kollegin Frech sich massiv auf ein Thema setzt, dann kommt meistens dann ganz was anderes heraus, siehe in Gleink.

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das war so in groben Zügen der Grund, warum wir uns da eher herausgehalten haben. Wir haben aber selbstverständlich die Gelegenheit wahr genommen, im Gegensatz zu ihnen, Frau Kollegin Frech, und sind der Einladung nachgekommen Gespräche zu führen. Nicht nur mit dem Dr. Starzengruber sondern auch mit den Fraktionsobleuten der anderen Fraktionen und haben dort klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass wir natürlich unsere Grundsätze nicht verlassen werden und feststellen, dass wir, und das unterstelle ich niemandem hier im Gemeinderat, nicht mit Freude einer Tarifierhebung die Zustimmung geben, aber die Notwendigkeit erkennen, Tarife eben anzupassen. Es gibt ja heute noch Gelegenheit dazu, das in anderen Bereichen zu begründen. Der Kollege Payrleithner hat ja darauf hingewiesen, welche Grundsätze wir weiters haben. Ich bin jetzt glaube ich das 25. Jahr hier in diesem GR und ich kann mich erinnern, dass mit Sicherheit in dieser Zeit, und wahrscheinlich schon vorher, von allen Seiten und aus allen politischen Lagern, immer wieder massive Forderungen an die öffentliche Hand herangetragen wurden, mehr Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen. An die öffentliche Hand. Das ist natürlich erfreulich, wenn sich auch auf privater Ebene Menschen finden, die Betreuungsaufgaben, so auch Kinderbetreuungen, übernehmen. Das ist keine Frage. Aber man kann jetzt doch nicht den Spieß umdrehen und dann, nachdem die öffentliche Hand den Anforderungen nachgekommen ist, sich plötzlich weniger um seinen eigenen Bereich zu kümmern. So kann das ja bitte tatsächlich nicht sein. Wenn ich hier feststelle, und das habe ich ja nicht nur auch im Amtsbericht nachgelesen, sondern es wurde auch bestätigt vom Herrn Dr. Starzengruber, dass man natürlich auch reagiert darauf, dass die Betreuungszahlen weniger werden, dass Einsparungsmaßnahmen ausgearbeitet werden, dass es auch möglich ist, für die Mitarbeiter, die künftighin ihrer bisherigen Beschäftigung nicht nachgehen können, andere Arbeitsplätze zu finden und die sind auch bereit dazu. Auch das ist kein Geheimnis und wurde sehr deutlich bei diesen Besprechungen zum Ausdruck gebracht. Das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Wesentlichen der Grund, warum wir heute auch diesem Antrag die Zustimmung geben werden, weil eben auch hier in diesem Bereich eine Anpassung notwendig ist und weil man auch bereit ist, gewisse Einsparungsmaßnahmen umzusetzen. Davon gehen wir aus. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja, ich darf vielleicht zuerst kurz eingehen auf den Kollegen Eichhübl. Irgendwie ist jetzt der Eindruck entstanden, da waren zuerst die städtischen Kindergärten und dann sind die privaten Kindergärten gekommen. Ich glaube, das muss man schon einmal ins richtige Licht rücken. Wenn man sich anschaut, der Kreuzschwesterkindergarten z. B. in den ich selbst auch schon gegangen bin und der schon davor x-Jahre existiert hat. Das ist nicht so, dass nur zuerst die städtischen Kindergärten waren und dann sind auf einmal, weil es schön ist oder aus Jux und Tollerei, die Privatkindergärten dazu gekommen. Ich glaube wir sollten uns eher auf ein Niveau begeben, dass wir sagen, alle diese Einrichtungen sind wichtig und sind gut. Die Korrektur, die ich beim Kollegen Hackl anbringen möchte ist nur eine. Es sind nicht unsere Mittel, es sind Steuermittel. Das sind Mittel der Bürger der Stadt Steyr die wir verteilen. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass ein Bürger von Steyr sagt, für mich sind die Kinder unterschiedlich wert. Ich bin bereit für ein Kind in dem Kindergarten das zu bezahlen und in dem Kindergarten nur das zu bezahlen. Das gehört korrigiert und richtiggestellt. D. h., wenn es dein Geld ist oder wenn es das Geld der SPÖ ist, keine Diskussion. Wenn es öffentliche Mittel sind glaube ich gehört ein Gleichheitsgrundsatz einfach her.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Es gibt keine Wortmeldung mehr. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war fast eine vorgezogene Budgetdebatte, die jetzt stattgefunden hat, weil wir doch etwas abweichend zum Tagesordnungspunkt sehr tief in die Materie eingestiegen sind. Aber es zeigt doch auch das Demokratieverständnis, Frau Kollegin Frech, was da von unserer Seite gebracht wird, dass man wirklich auch, wenn es notwendig ist, abweichen kann vom Statut und Debatten führen kann.

Ich möchte zu dem einen Punkt, „für welche Kinder ist die Stadt zuständig“, schon festhalten, wir sind für alle Kinder zuständig. Wir sind für alle Kinder in der Stadt zuständig. Ich habe das auch bei dieser RTV-Diskussion gesagt, wir fühlen uns auch dazu verpflichtet. Es ist der Auftrag an die öffentliche Hand – irgendein Debattenredner hat es ja gesagt – für jedes Kind einen Kinderbetreuungsplatz zur Verfügung zu stellen. Wir haben in Steyr da glaube ich in den vergangenen Jahrzehnten, in den vergangenen Jahren, die letzten 10, 15 Jahre, sehr gut gearbeitet. Wir haben wirklich große Investitionen im Bereich der Kindergärten getätigt. Ich habe auch dort gesagt, wir wollen und wir stellen auch die privaten Kindergärten in keinster Weise infrage. Aber man kann daraus nicht den Schluss ziehen, wenn wir den als öffentliche Hand, als Gemeinderat nicht infrage stellen, dass dann der Private kommen kann und sagt, aber jetzt möchte ich dafür das Geld haben das was ich brauche. Das unterscheidet dann schon. Es muss dem Gemeinderat vorbehalten sein, wie viel Zuschuss, Förderung wir den privaten Vereinen zugestehen, so wie in jedem Sportverein, Kulturverein, Sozialverein und auch in den Kindergärten die als Vereine geführt werden. Also das muss schon dem Gremium da vorbehalten werden. Aber unser Auftrag, und von dem sind wir nicht enthoben, von dieser Verantwortung, dass für jedes Kind ein Kindergartenplatz zur Verfügung gestellt werden soll. Das habe ich auch so gesagt.

Gunther, ich habe bei der RTV-Diskussion, du warst ja selbst nicht dabei und es ist ja noch nicht ausgestrahlt worden, du bist nur nicht ganz richtig informiert worden wie wir schon ein paar Mal festgestellt haben, wo du nicht dabei warst, dass du nicht ganz richtig informiert worden bist. Ich lege nämlich wirklich besonderen Wert darauf. Wissen sie, wir können streiten, wir können unterschiedlicher Meinung sein, aber ich gehe immer davon aus, dass man richtig informiert. Oder man weiß es nicht, dann soll man es sich aufschreiben. Ich habe nämlich nicht gesagt, dass es in 10 Jahren nur öffentliche Kindergärten geben wird, das habe ich nicht gesagt. Ich bin gefragt worden vom Moderator „wie wird es aus der Sicht der Stadt in 10 Jahren ausschauen“. Da habe ich gesagt, Frau Dr. Braunsberger und Frau Frech, wenn sie sich noch erinnern können, sie beide waren dabei, es wird in 10 Jahren auf alle Fälle die städtischen Kindergärten geben. Das habe ich gesagt. Die Garantie kann ich da als Vertreter der Stadt abgeben, dass es in 10 Jahren auf alle Fälle die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen geben wird. Nicht mit dem Unterton, dass der Bremm gesagt hat es wird nur mehr öffentliche Kindergärten geben. Das ist unrichtig, wenn man das so weitergegeben hat. Das habe ich nicht gesagt, weil ich nämlich die Auffassung vertrete, die Privaten sollen auch ihr Betätigungsfeld haben, die sollen Kindergärten und was weiß ich was betreiben. Das wollen wir als öffentliche Hand und auch ich als Person in keinster Weise infrage stellen. Zu sagen, in der Form, es muss jedes Kind gleich viel bekommen, dann müsste man, wenn man sagt, Steuergelder zu verteilen, dann sagen wir gleich, wir nehmen die Steuergelder ein und verteilen sie, dividieren sie durch die 40.000 Leute und jeder soll mit dem Geld machen was er will. So kann man das nicht ganz sehen. Da muss man schon den Unterschied sehen, was hat die öffentliche Hand für eine Aufgabe. Wenn man das so weiterspinnen möchte und würde, dieselbe Debatte kann man nämlich mit dem öffentlichen Verkehr führen, dass ich sage, ich fahre ja nicht mit dem Autobus, und da werden 25 Mio. aus Steuermittel in den öffentlichen Verkehr hineingebuttert, ich fahre nicht mit dem Autobus, ich fahre ja mit einer Fahrgemeinschaft in die Arbeit. Ich möchte nämlich auch dasselbe Geld haben wie was da einer aus dem öffentlichen Verkehr bekommt. Wir sollen diese Debatte in dieser Form nicht führen. Wir haben, und das muss man schon betonen, die Kindergarteneinrichtungen, weil wir davon überzeugt sind, dass sie gute Arbeit leisten, da herinnen meistens einstimmig beschlossen, dass wir wirklich auch groß unterstützt haben. Das ist vom Wieserfeldplatz gesagt worden. Wir waren nie die, die gesagt haben das ist uns egal wenn einer nicht aufgepasst hat auf seine Kosten, dann soll er schauen wie er tut. Wir haben immer gesagt, da muss man helfen. Wir haben in den letzten 10, 11 Jahren über 11 Mio. Schilling für die Sanierung und Erneuerung in den Kindergärten, der privaten Kindergärten, auch hier beschlossen. Wir haben es eh nicht verschenkt, wir habe es beschlossen, weil wir gesagt haben die sind uns wichtig. Aber immer daraus abzuleiten das städtische Kindergartenkind kostet eine Summe X und das steht mir jetzt auch zu für meine Privaten. Also diese Debatte kann man in dieser Form nicht führen, weil dann können wir nämlich da als Gemeinderat den Löffel abgeben.

Zu dem Schreiben, was da kritisiert worden ist, an die Pfarre. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, also ich finde es schon sehr bedenklich. Nicht dass sich die Caritas, die Kreuzschwestern, die Kinderfreunde und wer immer Kindergärten betreibt, dass sich die wehren, dass die Forderungen stellen, dass die Wünsche haben, das ist alles legitim. Das stelle ich in keinster Weise infrage. Aber eines stelle ich schon infrage. Wenn sich bei der Messe, am Ende der Messe, bei der Kanzel oben der Pfarrer von Münchenholz hinstellt und ruft die Gläubigen auf zu unterschreiben, weil die Stadt die privaten Kindergärten sterben lassen will, also das finde ich äußerst bedenklich. So lassen wir auch mit uns nicht umgehen, auch wenn es der Pfarrer „Ferihumer“ ist. Also so kann das nicht sein. Das hat er aber getan. Er hat am Ende der Messe von der Kanzel herunter die Leute aufgerufen und ersucht Unterschriften zu leisten. Der Kollege Gabath, der ja Pfarrkirchenrat ist, ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

In der Stadtpfarre.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

... aber natürlich dadurch sehr enge Beziehungen zu Münchenholz hat, weiß, dass das tatsächlich so geschehen ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich weiß das auch, weil bei mir Leute waren.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wenn der Pfarrer von Münchenholz im Pfarrsaal oder irgendwo bei einer privaten Veranstaltung sagt, hallo unterstützt uns da, dann ist das legitim. Ich habe nur meine Bedenken und merke das äußerst kritisch an, wenn der Pfarrer das von der Kanzel herunter sagt. Da kehren wir zu Zeiten zurück, die wir nicht mehr haben wollen. Nicht uns da irgendwas vorwerfen, dass wir da auf einmal wieder staatliche Dinge wollen und Einrichtungen und nur staatliche Kindergärten.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Er hat es ja nicht in der Kirche gesagt, er hat es außerhalb gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein, in der Kirche hat er es gesagt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Eindeutig in der Kirche.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Die Unterschriftenliste ist nämlich auch in der Kirche gelegen. Wenn sie die Kirche in Münchenholz kennen, dann kennen sie es. Gehen sie einmal hinunter.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Neben der Sakristei, wo so ein kleines Eck hinein ist, wo Weihnachten das Heilige Licht zu holen ist, ist die Unterschriftenliste drinnen gewesen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Fast neben dem Beichtstuhl.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Also, von uns her auch ein klares Bekenntnis.

Zum Antrag zurück, wir erhöhen den Tarif äußerst moderat. 3 ½ % ist die Erhöhung. Auch das, was wir heute da beschließen, ist nur vorgezogen. Also wenn die Teuerungsrate 5 % übersteigt, dann wird erst erhöht. Aber dann natürlich auch mit den 5 % erhöht. Da kommt nichts Zusätzliches was wir machen. Wir haben nur gesagt, das Geld ist eng, jetzt machen wir die Erhöhung um 3 ½ %. Ich habe mich auch nicht hergestellt Frau Frech und habe gesagt, wir haben eine neue Öffnungszeiten, die Tagesstätte 1 ist was Supermodernes, was Neues. Das habe ich nicht gesagt, ich habe es auch nicht verkauft. Es ist richtig, dass wir eine bestehende Öffnungszeiten von 6.30 Uhr bis 18 Uhr, dass wir dort

eine Tarifänderung machen, dass wir diese Tagesstätte 1 um 10 % erhöhen. Dafür führen wir die Tagesstätte 2 ein. Jetzt hat nämlich niemand die Wahlmöglichkeit gehabt. Jetzt hat er nur die Tagesstätte 1 nehmen können und hat den Tarif bezahlt. Jetzt gibt es die Wahlmöglichkeit, dass einer sagt, ich will die Tagesstätte 1 nicht, mir genügt eh die Tagesstätte 2 und die kann er zum selben Tarif haben wie vorher die Tagesstätte 1 war plus die 3 ½ %. Also wir tun da nichts Unanständiges. Und wenn sie glauben, dass es lauter reiche Leute in Steyr gibt, dann täuschen sie sich. Es gibt nicht lauter reiche Leute. Das Einkommen in Steyr ist aufgrund der Großbetriebe sehr gut. Aber eines zeigt sich auch in den letzten Monaten, in den letzten zwei, drei Jahren. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die es allgemein gibt, nicht nur österreichweit sondern auch europaweit, die Arbeitslosenzahlen steigen ja dramatisch, wie wir tagtäglich aus der Presse hören, hat sich die Zahl der Nullzahler, also deren Familieneinkommen unter 872,-- Euro ist, was sie sich nicht vorstellen können, das mag schon sein, aber Tatsache ist, dass die Zahl von 100, ein bisschen über 100, die wir gehabt haben, das ist noch gar nicht so lange aus, auf 200 gestiegen ist. Wir haben 900 Kindergarten- und Hortkinder und von den 900 sind 200 Nullzahler, deren Familieneinkommen, nicht Einzeleinkommen, ist unter 872,-- Euro. Da glaube ich da haben wir als öffentliche Hand die Verpflichtung zu schauen, dass auch die Kinder in den Kindergarten gehen können und dass die auch betreut sind. Nicht, dass wir die irgendwo in die Wüste schicken. Das ist unsere Aufgabe.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nur wenn das so ist, dass die Familien sowieso weniger Einkommen haben, warum erhöhen wir dann um 10 %?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es ist mir in diesen 7 Jahren Frau Kollegin Frech, seit sie in diesem Hause herinnen sind, nur einmal gelungen, dass ich sie von irgendetwas überzeugt habe. Sonst ist mir das noch nie gelungen und ich habe auch die Hoffnung aufgegeben. Ich bemühe mich auch gar nicht mehr.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich bringe das nicht zusammen. Aber ich stelle fest, dass ich da eh meistens in bester Gesellschaft bin, dass es eh kaum jemanden gelingt.

Ich möchte zur Frau Kollegin Fanta noch sagen, wo sie sagt, wie geht das da wirtschaftlich weiter. Natürlicherweise ist es ein Problem. Das wollen wir überhaupt nicht verdrängen. Wir haben das auch im Kreise der Fraktionsvorsitzenden diskutiert, dass uns halt auch der Geburtenrückgang in den Kindergärten einholt. Wir werden in den Kindergärten auch eine dementsprechende Anspannung hineingeben. Ein ganz klares Bekenntnis was ich dazu abgebe, und das habe ich auch da gesagt, aufgrund dessen, dass wir jetzt bei den Kindern einen Rückgang haben, werden wir die Kindergärtnerinnen nicht hinausschmeißen. Das werden wir nicht tun, zu dem stehen wir. Wir werden aber schauen, und da nehme ich die Kollegin Großalber als gutes Beispiel, unsere Kindergärtnerinnen sind ja hochqualifizierte Damen, die ja vielfältig einsetzbar sind, und uns bemühen ...

Zwischenruf: Wieso?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Na ja, sie ist jetzt eine gute Standesbeamtin und war vorher Kindergärtnerin. Also, wir werden uns bemühen, und wir haben den Auftrag an die Fachabteilung gegeben, dass wir schauen, dass wir bei freiwerdenden Plätzen im Rathaus, im Magistrat, wo wir Leute brauchen mit einer dementsprechenden Qualifikation, dass wir aus dem Kreise der Kindergärtnerinnen Umschulungsmaßnahmen vornehmen und die Leute dort einsetzen. Wir stehen ja jetzt schon die längste Zeit auf der Bremse bei den Kindergärtnerinnen. Es werden natürliche Abgänge schon lange nicht mehr nachbesetzt. Also, es wird schon gespart. Es ist aber nicht ganz so einfach. Es betrifft dort Arbeitnehmerinnen die auch das Vertrauen in uns haben müssen. Sie sind als Kindergärtnerinnen aufgenommen worden und jetzt können wir sie nicht irgendwo in die Wüste schicken. Da werden wir auch dementsprechende Verantwortung übernehmen müssen. Wir müssen aber die Kosten in dem Bereich auch in den Griff bekommen. Das ist keine Frage und da werden wir uns bemühen. Das kann man nicht kurzfristig machen, das geht nicht von heute auf morgen, das geht mittelfristig. Ich bin davon auch überzeugt, dass wir das zusammenbringen werden.

Ich ersuche den hohen Gemeinderat dem Antrag, den ich für die Kollegin Mach vorgetragen habe, die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (SPÖ, ÖVP, FPÖ, GAL). Wer ist dagegen? 1 Gegenstimme (Bürgerforum Frech). Enthaltungen? Keine. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es gibt einen Antrag der Grünen und zwar bezieht sich dieser Antrag auf die Anhebung des Verpflegungskostengeldes für Zivildienstler. Den Antrag hat jeder bekommen. Soll ich ihn vorlesen? Ich frage deshalb, weil ich lese normalerweise eh nie einen Antrag vor, weil das ja nicht zeitökonomisch ist.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Es bekommt ja jeder die Unterlagen ins Haus geschickt, damit er sich vorbereiten kann. Es gibt aber dazu einen Abänderungsantrag. Der Abänderungsantrag ist von den Grünen und von unserer Fraktion. Er lautet:

7) Präs-208/04 Antrag der GAL-Gemeinderatsfraktion betreffend Zivildienstler und „angemessene Verpflegung“; notwendige Schritte zur Anhebung des Verpflegungsgeldes.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Zivildienstleistenden in den städtischen Einrichtungen haben ab 1. 8. 2004 an dienstfreien Tagen jenen Verpflegungskostenzuschuss zu erhalten, der auch den Zivildienstleistenden des Landes OÖ zugesprochen wird.

Im Voranschlag für das Jahr 2005 sind die dafür notwendigen Mittel vorzusehen.

Sämtliche von der Stadt Steyr subventionierten Institutionen, welche Zivildienstler beschäftigen, werden aufgefordert, dem Beispiel der Stadt Steyr zu folgen.

Das wäre der Abänderungsantrag, dass wir diesen Verpflegungskostenbetrag nur für jene Zivildienstler bezahlen, die in den städtischen Einrichtungen beschäftigt sind und dass wir den erhöhten Verpflegungskostenbetrag nur für außerhalb der Dienstzeiten bezahlen, weil ja innerhalb der Dienstzeiten die Zivildienstler, die ja ausschließlich im Altersheim beschäftigt sind, ja von unserer eigenen Küche, Altersheimküche, zu äußerst günstigen Tarifen Frühstück, Mittagessen und Abendessen einnehmen können.

Ich ersuche den Gemeinderat diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzte Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren, mir fehlt die Begründung, warum dieser Antrag heute hier in dieser Form beschlossen werden soll. Vor zwei Tagen war der Finanz- und Rechtsausschuss, wo an und für sich so etwas behandelt werden sollte. Es ist in keinem Ausschuss darüber beratschlagt worden. Es gibt keine genaueren Informationen dazu. Wir haben uns versucht ein bisschen schlau zu machen, wie schaut das generell aus, weil was man ja nicht machen sollte ist eigentlich wieder Sonderlösungen. Z. B. Zivildienstler in anderen Einrichtungen bekommen 8 Euro pro Tag Verpflegungsgeld. 11,60 haben wir mitgeteilt bekommen war es auf Landesebene. Warum mache ich Sonderlösungen und warum geht man nicht einmal auf eine einheitliche Geschichte? Alle Caritas-Zivildienstler oder auch Lebenshilfe usw. bekommen 8 Euro pro Tag. Warum machen wir jetzt für sieben oder acht Zivildienstler in Steyr wieder eine Sonderlösung.

Zwischenruf: 13.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Jetzt können wir sagen, na ja, die 13 fallen nicht ins Geld. Das ist überhaupt keine Frage. Wir haben auf der anderen Seite zwar gehört, sie werden bestens gepflegt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nur für die dienstfreien Tage.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ja bitte schön was ist mit den Bundesheersoldaten wenn die dienstfrei haben? Bekommen die dann auch 11,60?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, die bekommen es für jeden Tag.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Die bekommen es ja ausbezahlt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wie viel? Im Monat eine Pauschale von 30,60 Euro. Z. B. war das im April des heurigen Jahres der Fall. Der hat z. B. 8 dienstfreie Tage gehabt. Das sind nicht einmal 4 Euro pro Tag. Ich verstehe beim besten Willen nicht, warum man jetzt wieder Sonderlösungen macht Herr Bürgermeister. Warum sollen wir wieder gegenüber anderen Zivildienern in Steyr Sonderlösungen machen? Das sehe ich beim besten Willen nicht ein. Ich sehe es auch nicht ein, warum das da heute gemacht wird. Warum ist der Antrag nicht in einem Ausschuss, wo er auch hingehört?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wenn die Grünen einen Antrag stellen, dann haben wir ihn auch zu behandeln.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Normalerweise verweisen wir das zurück an einen Ausschuss.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, es ist ja erstaunlich, was sich so alles abspielt zwischen dem Land OÖ und der Statutarstadt Steyr. Da gibt es anscheinend Grenzen, da gehen bestimmte Informationen immer durch. Tatsache ist auf jeden Fall, dass auf Antrag der Grünen oder ein gemeinsamer Antrag der Grünen und der ÖVP im OÖ Landtag diese Erhöhung genehmigt worden ist und vor allen Dingen auch für alle Einrichtungen die im Land OÖ Zivildienern beschäftigen. Nämlich aus dem einen Grund, um auch endlich diese Regelung zumindest für das Land OÖ zu vereinheitlichen. Was an Gummiparagraphen so quasi von Bundesebene so kommt, ist ja alles andere als befriedigend. Auf der anderen Seite ist auch zu bemerken, und mithin auch die Stadt aufgefordert, sich hier um einen angemessenen Zuschuss zu bemühen. Herr Mayrhofer, ich möchte nicht wieder auf die Wurstsemeldebatte hinweisen, wo es ja eine sehr beschränkte Sicht über das gibt, was sozusagen angemessen ist. Nichtsdestotrotz, das Land OÖ hat es getan, Linz hat es getan und Steyr macht es zwar nicht im vollen Umfang, aber das ist ja immerhin schon ein Riesenschritt gegenüber der alten Situation.

Warum haben wir gesagt, warum wir das auch speziell für die dienstfreien Tage tun? Weil es eben wie gesagt nicht zumutbar ist, dass die Zivildienern in ihre Stätten dort zurückkehren, Samstag, Sonntag ect., ect., aber auf der anderen Seite die städtischen Einrichtungen Essensmöglichkeiten bieten, die, ich will jetzt einmal sagen, wenn ich die Möglichkeit habe zwischen 6 Menüs so zu wählen, ja qualitativ auch sehr hochwertig sind. Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass wir eine globalere Regelung treffen. Ich würde auch vorschlagen, dass wir dieser Abänderung einfach auch nachgehen und dann schauen, wie funktioniert das auch. Weil es gibt ja auch Zivildienern die nichts essen wollen oder zumindest eine andere Form von Essen vorziehen. Aber zumindest für den Gutteil ist gesorgt. Vor allen Dingen denke ich mir, tut auch die Stadt Steyr etwas was dringend notwendig ist, nämlich auch anerkennen und in einem Maße anerkennen der durchaus gut ist. Natürlich kann ich darüber philosophieren ob das Bundesheer jetzt mehr oder weniger bekommt, aber diese Debatte liegt uns ja fern, sehr fern. Wir sprechen ja heute über diesen Antrag. Warum er nicht im Finanz- und Rechtsausschuss oder sonst wo gekommen ist, das ist nicht unsere Geschichte. Sie sollen heute hier beurteilen, ob das was wir hier fordern auch für sie stimmt. Tun sie es bitte, weil ich glaube die Arbeit,

die die Zivildienstler hier leisten unverzichtbar ist und dass es auch dringend notwendig war, hier seitens der Stadt eine Zubeiße zu leisten. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Erwin bitte.

GEMEINDERAT MAG. ERWIN SCHUSTER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin nicht der Meinung vom Herrn StR Mayrhofer, dass es sich hier um eine Sonderregelung für die Stadt Steyr handelt, sondern es ist eine Angleichung an die Zivildienstleistenden beim Land OÖ. Nachdem einer meiner Söhne gerade seinen Zivildienst beim Landeskrankenhaus ableistet, ist es glaube ich nur recht, dass auch jene Zivildienstler die im Alten- und Pflegeheim arbeiten die gleichen Sätze und Ansätze bekommen. Also ich sehe da grundsätzlich den Weg zu einer Gleichbehandlung der eigentlich vielleicht schon früher hätte kommen sollen. Aber es ist gut wenn er jetzt kommt und daher werde ich, aber ich glaube auch wir, zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich kann nur ersuchen, dass wir da doch einen gemeinsamen Weg haben, weil da nicht irgendwo ein Privileg für eine Gruppe in der Stadt Steyr geschaffen wird, sondern, wie es der Kollege Schuster gesagt hat, kann man das nur unterstützen. Das Land hat uns das irgendwo vorgezeigt und das Land hat diesen Beschluss gefasst. Ich glaube, hier geht es nur um ein Nachziehen. Wir sind überzeugt, dass innerhalb einer bestimmten Zeit alle anderen Einrichtungen nachziehen werden. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? 3 Gegenstimmen (FPÖ). Stimmenthaltungen? 5 (ÖVP) Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich bitte noch um einen Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Einen Antrag habe ich noch in meinem Ressort, da geht es um die Anpassung der Tarife über die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus. Es ist ausführlich beschrieben und die Tarife liegen im Amtsbericht vor. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

8) GHJ2-26/04 Anpassung der Tarife über die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 2. April 2004 wird die in der Anlage beigeschlossene Tarifordnung für die Einhebung von Entgelten für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus genehmigt. (Beilage).

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Was mir besonders bei dieser Tarifordnung auffällt ist nicht nur, dass zum Teil in manchen Bereichen Erhöhungen sind um gut 10 %, 17 % und mehr. Der Fairness halber muss man dazu sagen, dass manche Tarife auch etwas geringer angesetzt worden sind als bisher. Was mich aber vor allem ein bisschen irritiert ist unter Punkt 2), da steht, dass sämtliche Einrichtungen von vorstehenden Gebühren befreit sind, wenn sie im Zusammenhang mit Veranstaltungen ausschließlich wohltätiger oder gemeinnütziger Art errichtet werden. Ebenso befreit sind Veranstaltungen, die der Brauchtumpflege dienen, sowie Weihnachts-, Oster-, Martinimärkte und Sportveranstaltungen. Da frage ich mich, was ist mit

Kulturveranstaltungen? Wenn Sportveranstaltungen davon ausgenommen sind, dann gehe ich eigentlich auch davon aus, dass man die Kultur nicht schlechter stellt als den Sport und dass auch Kulturveranstaltungen von diesen Gebühren ausgenommen sind. Ich würde sie bitten, das also auch hineinzunehmen, dass Kulturveranstaltungen ausgenommen sind in diesem Punkt 2), weil es ist nicht einzusehen, warum Weihnachts-, Oster-, Martinimärkte und Sportveranstaltungen ausgenommen sind aber nicht Kulturveranstaltungen. Wir bekennen uns dazu, dass wir eine Sportstadt sind und wir sollen uns auch dazu bekennen, dass wir eine Kulturstadt sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Also ich glaube, Frau Kollegin Frech, dass dieser Absatz so offen gehalten worden ist, dass man das jederzeit so handhaben kann, ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Lesen sie den Absatz genau. Sämtliche Einrichtungen sind von vorstehenden Gebühren befreit, wenn sie im Zusammenhang mit Veranstaltungen ausschließlich wohltätiger oder gemeinnütziger Art errichtet werden. Wenn es wohltätige Veranstaltungen oder Veranstaltungen gemeinnütziger Art dienen, dann sind sie von den Gebühren befreit. Wenn da ein Konzert ist wo einer einen Eintritt mit 300,- Schilling verlangt, dann wird er den Platz nicht gratis haben können. Wissen sie.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber unsere Sportveranstaltungen ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Bei Sportveranstaltungen im öffentliche Bereich geht es darum, ob da das Beach-Volleyball oder Street-Soccer, dass für diese Veranstaltungen keine Eintritte verlangt werden. Es gibt da keine Eintritte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Aber was ist, wenn einer eine Sportveranstaltung macht und trotzdem einen Eintritt verlangt?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nach der Tarifordnung ja.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Dann hat er nichts zu bezahlen, auch wenn er einen Eintritt verlangt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wissen sie eh, wie der Schelm denkt so ist er. Dieses Misstrauen, das tut ja oft weh. Ich bin schon misstrauisch, aber sie übertrumpfen mich um Häuser. Wir haben kein Problem, wenn wir da erweitern, bei der Kultur dazu, dass heute Veranstaltungen wo kein Eintritt verlangt wird frei sind.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Das ist nicht gewinnorientiert.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Was ist denn da nicht gewinnorientiert?

Diskussion verschiedener Mandatare

MD-STV. PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Bei Sportveranstaltungen sind wir davon ausgegangen, dass grundsätzlich kein Gewinn erzielt wird. Bei Kulturveranstaltungen ist es halt möglich. Ich denke nur an das Konzert von der Christl Stürm beispielsweise, wo ein Veranstalter auftritt, wo auch Eintritte kassiert werden.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Aber die Christl Stürmer fällt auch nicht in den Sportbereich, sie fällt halt in den Kulturbereich hinein. Ob es bei Kultur passt oder nicht passt, so ist das halt, sie reklamiert ja das auch für sich. Wir streiten da gar nicht darum vom Sportbereich her. Zum Sport gehört die Christl Stürmer nicht. Ändern wir den Punkt in der Form ab. Wenn diese Veranstaltungen öffentlich und unentgeltlich sind, dass kein Eintritt verlangt wird, dass die dann miteinbezogen sind. Wir hätten auf das was sie denken gar nicht gedacht. Wenn da ein Künstler auftritt und er macht das für die Allgemeinheit und verlangt nichts, dann haben wir überhaupt noch nie etwas verlangt.

Gerhard Alphasamer formuliere da etwas, dass das auch dem Gesetz, dem Recht und dem Statut entspricht.

MD-STV. PRÄSIDIALLDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Sämtliche Einrichtungen sind von vorstehenden Gebühren befreit, wenn sie im Zusammenhang mit Veranstaltungen ausschließlich wohltätiger oder gemeinnütziger Art errichtet werden. Ebenso sind Veranstaltungen die der Brauchtumpflege dienen sowie Weihnachts-, Oster- und Martinimärkte, weiters Sport- und Kulturveranstaltungen bei denen kein Eintritt verlangt wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Okay. Sind sie mit dieser Änderung einverstanden?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wir sind halt Praktiker. Es hat nämlich noch nie so eine Veranstaltung gegeben. Fußball gespielt wurde schon am Stadtplatz und im Juni beim Stadtfest laufen sie auch. Das war überhaupt keine Bösartigkeit von uns, dass wir die Kultur schon wieder irgendwo zurücksetzen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir stimmen jetzt über diesen Antrag ab mit dieser Änderung die gerade vom Dr. Alphasamer vorgebracht worden ist. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter und schlage vor, dass wir 20 Minuten Pause machen.

PAUSE VON 16.17 UHR BIS 16.55 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren wir setzen unsere GR-Sitzung fort. Ich bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Dietmar Spanring um seine Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Nach sehr gestreckten 20 Minuten beginnen wir wieder mit dem Gemeinderat. In meinem ersten Tagesordnungspunkt geht es um die Jahressubvention für das Kulturzentrum AKKU in der Höhe von 30.000,-- Euro, die eine entsprechende Deckung in der VA-Stelle findet. Ich ersuche um Freigabe dieses Betrages.

9) Fin-64/04 Kulturzentrum AKKU Steyr; Jahressubvention 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 8. März 2004 wird dem Kulturzentrum AKKU Steyr, vertreten durch den Obmann Prof. Helmut Schönleitner, 4400 Steyr, Färbergasse 5, eine Förderung für das Jahr 2004 in der Höhe von € 30.000,-- (EURO dreißigtausend) gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten – lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. – AKKU) und wird aus dieser freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Punkt geht es auch um eine Jahressubvention und zwar für den Kulturverein Röda in der Höhe von 40.000,-- Euro die auch entsprechend budgetiert ist. Ich ersuche in diesem Fall um die Freigabe dieses Betrages.

10) Fin-211/03 Kulturverein Röd@ Steyr; Jahressubvention 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 28. Februar 2004 wird dem Kulturverein Röda, vertreten durch den Geschäftsführer Mag. Peter Ederer, 4400 Steyr, Gaswerksgasse 2, eine Förderung für das Jahr 2004 in der Höhe von € 40.000,-- (EURO vierzigtausend) gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA-Stelle 1/300000/757000 (Kulturangelegenheiten – lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbschar. – Röda) und wird aus dieser freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung. Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Danke schön, einstimmige Annahme. Nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft den Club Chor Steyr der sein 20-jähriges Jubiläum feiert und dazu eine neue Chorkleidung anschafft und die wollen wir mit 1.000,-- Euro unterstützen. Ich ersuche um Freigabe dieser 1.000,-- Euro.

11) Fin-123/03 Club Chor Steyr; Förderung für die Erneuerung der Chorkleidung anlässlich des 20-jährigen Bestehens 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 20. April 2004 wird dem Verein „Club Chor Steyr“, vertreten durch die Obfrau Christiane Viol, 4400 Steyr, Haratzmüllerstraße 33, für die Erneuerung der Chorkleidung anlässlich des 20-jährigen Bestandsjubiläums im heurigen Jahr eine Förderung in Form einer Subvention in der Höhe von € 1.000,-- (i.W. Euro eintausend) zuerkannt und der erforderliche Betrag aus der VA-Stelle 322000/757000 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/300000/757000 – Kultur – lfd. Transferz. an private Organisationen ohne Erwerbschar.; Sonstige Subventionen – auf die VA-Stelle 1/322000/757000 – Kultur – Maßnahmen der Musikpflege; Sonstige Subventionen – bewilligt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Der nächste Tagesordnungspunkt ist die Tarifordnung der Volkshochschule der Stadt Steyr, die einer sehr moderaten Erhöhung oder Änderung zugeführt werden soll. Ich ersuche die neuen Tarife ab 1. 9. 2004, entsprechend dem Amtsbericht, zu beschließen.

12) VH-10/04 Tarifordnung der Volkshochschule der Stadt Steyr; Kursleiterhonorare und Kursgebühren.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI, FA für Erwachsenenbildung, Dienststelle Volkshochschule vom 31. 3. 2004 werden die Tarifordnung der Volkshochschule der Stadt Steyr, Kursleiterhonorare und Kursgebühren, sowie die Allgemeinen Bedingungen der Volkshochschule der Stadt Steyr entsprechend den im zitierten Amtsbericht unterbreiteten Vorschlägen mit Wirkung ab 1. 9. 2004 geändert.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt eine kurze Erklärung. Wir sollten uns nicht nur über die Tarifierung unterhalten, sondern auch wie wir es in Zukunft halten möchten. Diese Erwachsenenbildungseinrichtung hat keinen einzigen Stellplatz für alle Teilnehmer. Wir haben keinen einzigen Parkplatz für die Teilnehmer der Kurse und das sind tageweise über 100 an der Zahl. Auch die umliegenden Parkplätze sind absolut voll. Auch auf fußläufig erreichbaren öffentlichen Parkplätzen ist dieses Angebot nicht zu finden. Von der FA ist schon darauf hingewiesen worden. Es war auch im Budgetansatz drinnen ist aber ersatzlos gestrichen worden. Nur ersatzlos kann sich die öffentliche Hand von dieser Verpflichtung bitte schön nicht zurückziehen. Ich ersuche wirklich nachdrücklich, dass wir im Budget für 2005 einen Ansatz hineingeben. Es gibt ja auch eine Grünfläche direkt entlang der Krakowitzerstraße, dass man da wenigstens ein mögliche Anzahl von Stellplätzen schafft. Es ist dafür eine Schotterung und der Boden notwendig. Aber einfach zu sagen ich sehe die Probleme nicht oder dränge sie auf jemanden anderen, so kann es glaube ich auch nicht gehen. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Reithoffergründe, jede Menge Platz. Ist das zu weit weg?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Haben sie die schon?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, ich hab sie noch nicht, nur die Wohnungen gehören schon der Stadt.

Schlusswort bitte. Oder gibt es noch weitere Fragen?

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

Mit der heute zu beschließenden Tarifordnung werden wir zwar die Parkplätze nicht schaffen können, mit den Mehreinnahmen die wir da bekommen, aber ich bin vollkommen bei dir, Kollege Mayrhofer, und ersuche auch den hohen Gemeinderat beim Budget 2005, denn das Projekt, das ja wirklich im Budgetvoranschlag vorhanden war, aber dann herausgestrichen worden ist, vielleicht doch ins neue Budget 2005 hineinzubringen, dass wir diese Situation da draußen klären können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Okay, entschärfen können wir es mit Sicherheit, weil wir in der Nähe die Reithoffergründe haben. Es gibt aber aus meiner Sicht, ich habe dieses Ansuchen auch schon bekommen, dass es dort Probleme gibt, also, verstehen kann ich das nicht ganz, muss ich ehrlich sagen. Wenn ein Vorwärts-Match ist, haben wir immer Platz für 4.000 bis 5.000 Zuseher und deren Autos und da würde es nicht gehen, wo das Gericht nicht mehr besetzt ist, wo auf der BH so wenig Leute sind. Ich weiß nicht, sind bei der Wirtschaftskammer so viel zuwenig Parkplätze da?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Schauen sie sich das einmal vor Ort an. Es ist eine Zumutung, wie es sich dort abspielt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Weil jeder daneben stehen bleiben will. Den Vorwärts-Platz haben wir ja auch schon als Dauerparkplatz freigegeben. Also, an und für sich hätten wir genug Platz in unmittelbarer Nähe. Ich werde mir das noch einmal anschauen. Ich nehme das selbstverständlich ernst, dass es den Wunsch gibt, aber ich bin der Meinung, dass in unmittelbarer Nähe, und speziell dann, wenn Volkshochschulkurse stattfinden, dass dort ausreichend Platz vorhanden ist. So sehe ich das. Ich lasse mich gerne eines Besseren belehren.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Wir haben keinen einzigen Stellplatz.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, aber da sind doch die anderen nicht da. Da ist auf der BH niemand da, da ist auf dem Gericht

niemand da, am Vorwärtsplatz.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Da sind aber Kurse am Vormittag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wann?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Vormittag!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das stimmt, aber sonst ist die Argumentation für mich ein bisschen zu hinterfragen.
Gut, wir kommen jetzt trotzdem zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Wilhelm Hauser um seine Anträge.

BE: STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich darf sie mit drei Anträgen beglücken. Der erste Antrag ist gleich einmal ein Abänderungsantrag zum Organisationsstatut für die Unternehmungen Stadtwerke Steyr. Zur Erklärung hierzu, es hat einerseits einen Verwaltungsausschuss am 26. 4. 2004 gegeben, wo eine Fassung beschlossen wurde, die in der Prüfung dann als jene erkannt wurde, die eigentlich dem Entwurf dieser Verordnung vom 1. 7. 1999 geglichen hat und leider Gottes ein paar Passagen da nicht drinnen waren die in der bestehenden Verordnung vorhanden sind. Damit also einerseits diese Fehler ausgebessert werden, andererseits war ein Diskussionspunkt der Versorgungsbetriebeverbund, und es rechtlich als wichtig erscheint diesen Versorgungsbetriebeverbund auch namentlich wieder im Statut fixiert zu haben, weil es in den Gesetzen die es gibt sozusagen nicht eindeutig definiert ist, wie das genau ausschauen müsste und damit es eine Rechtsicherheit gibt in diesem Punkt, wir diesen Versorgungsbetriebeverbund wieder im Statut verankern wollen und andererseits es eine Entscheidung des Herrn Bürgermeisters gibt die erst nach diesem Verwaltungsausschuss erfolgt ist, dass es in der Zukunft nur mehr einen Direktor geben wird in den Stadtwerken Steyr nach der Pensionierung des Techn. Direktors Wolfgang Wein, ist es notwendig, hier diesen Abänderungsantrag einzubringen. Ich hoffe, sie haben dafür Verständnis.

Also es gibt hier in § 1 Abs. a) die Einfügung dieses Begriffes Versorgungsbetriebeverbund, dass es wieder heißt, der Versorgungsbetriebeverbund Gas-werk und Wasserwerk. Damit ist also die Diskussion die sozusagen im Verwaltungsausschuss auch dazu geführt hat, dass man selbst nicht ganz sicher war, wie es am vernünftigsten ist, ist hier wieder der ursprüngliche Zustand hergestellt. Das Nächste ist, dass im § 3 Abs. 2) drinnen steht, das andere gleicht alles immer dem ursprünglichen Antrag, die Direktion besteht aus einem techn. und einem kaufm. Direktor, es besteht Einzelvertretungsbefugnis. Das ist nicht mehr notwendig, dass das drinnen steht, wenn es nur mehr einen Direktor gibt. Damit man sozusagen das Statut an die Gegebenheiten anpasst, bringe ich eben diesen Antrag ein, das gleich mitzubehandeln und mitzustreichen.

Beim § 7 Abs. 2) waren noch die alten Datums drinnen von der vorhergehenden Konstituierung des Gemeinderates und somit sind hier lediglich die beiden Datums aktualisiert worden auf den 29. 10. 2003.

Im § 8 Abs.3) ist es so, dass hier die Aufgabengebiete des techn. und des kaufm. Direktors beschrieben waren. Da man das nicht mehr braucht, sind die ersatzlos zu streichen. Damit es natürlich zu keinem Desaster kommt, Richtung Vertretungsregelung, weil vorher dort fixiert war, dass sich die beiden Direktoren gegenseitig vertreten, ist es so, dass im Urlaubs- und Krankheitsfall für eine ständige Vertretung zu sorgen ist, im Statut aufgenommen.

Im § 8 Abs. 4) eben aufgrund dessen, dass mit einem Papier ursprünglich gearbeitet wurde hier wo der Abs. c) nicht aufgeschienen ist, ist dieser Absatz c): „Die zur Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft erforderlichen Maßnahmen; dies umfasst auch die Veräußerung beweglicher Sachen bis zu einem Wert von Euro 36.336,--.“ Das ist diese Wertgrenze, die genau vorher auch gewesen ist mit 500.000,-- Schilling bzw. in der Fassung dieses Statutes mit Rechtsgültigkeit vom 16. Mai 2002 drinnen steht, wieder aufgenommen genauso wie der Satz der irrtümlich sozusagen nicht mehr aufgeschienen bezüglich der Beschlussfassung über derartige Ausgaben die bis zu dieser Wertgrenze gehen, vom Verwaltungsausschuss umzusetzen sind bzw. die Beschlüsse die darüber sind vom Gemeinderat.

Ich ersuche um Diskussion dieses Abänderungsantrages bzw. Antrages zur Anpassung des Organisationsstatutes und um Abstimmung.

13) Stw-24/04 Änderung des Organisationsstatutes für die Unternehmung „Stadtwerke Steyr“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der diesem Abänderungsantrag beigefügten überarbeiteten Fassung eines Organisationsstatutes für die Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ wird zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zur Wort gemeldet hat sich die GR Frech. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, wertvolle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertvolle Gäste. Es ist schon etwas eigenartig, normalerweise gibt es Abänderungsanträge von politischer Seite her. Jetzt gibt es eigentlich einen Abänderungsantrag zum Antrag des Verwaltungsausschusses zu einer Tagesordnung die vor fünf Tagen zugegangen ist. Uns ist eigentlich bis zum heutigen Zeitpunkt, nämlich vor der Pause, nur vorgelegen, das was bei der GR-Tagesordnung vom 15. 4. dabei war. Dieses Statut wie es vorliegt, wo es auch noch einen kaufm. und einen techn. Direktor gibt, und das hätte heute so zur Abstimmung gelangen sollen. Jetzt erst, nach der Pause, habe ich plötzlich zwei verschiedene Verordnungen, Anpassung Organisationsstatut, das was der Kollege Hauser vorgelesen hat. Anscheinend hat sich das ergeben, dass da irgendwelche Statutenänderungen vonseiten der Stadtwerke vorgeschlagen sind, die rechtlich dann doch einer Prüfung durch das Haus nicht standgehalten haben und jetzt, mit heutigem Datum 6. Mai, sind da lauter einzelne Punkte die neu sind. Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, ...

Unverständlicher Zwischenruf von StR Wilhelm Hauser.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es ist schon gravierend Herr Kollege Hauser ob ich einen Direktor habe oder zwei. Es kann durchaus sein, dass es Sinn macht, dass ich in Zukunft nur mehr einen Direktor habe, aber dann sollte man darüber diskutieren und nicht so husch pfusch in einer GR-Sitzung da jetzt noch schnell ein paar Änderungen machen. Keiner hat wirklich Zeit gehabt sich das jetzt durchzulesen. Ich habe es jetzt erst z. B. nach der Pause bekommen. Deshalb, im Sinne eines Statutes, das dann auch wirklich jeder juristischen Prüfung standhält, würde ich sie ersuchen, aufgrund der Geschäftsordnung des Gemeinderates möchte ich den Antrag stellen, lt. § 8 Abs. 2) lit. h), Verweisung dieser Angelegenheit zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss, dass man sich das also hier diesbezüglich noch einmal ganz genau anschaut, weil ich kann jetzt nicht beurteilen, ob diese Änderungen, so wie sie jetzt da herinnen stehen, gerechtfertigt sind oder nicht. Ich hatte nicht einmal Zeit sie mir durchzulesen. Ich glaube nicht, dass es eine seriöse Beschlussfassung ist, wenn wir da jetzt, ohne dass wir uns das durchgelesen haben, ohne dass wir uns das im Detail angeschaut haben, auch wirklich dann eine sinnvolle Entscheidung treffen, noch dazu oder sehr ausführlich im Verwaltungsausschuss vorbereitet worden ist und trotzdem anscheinend diese Irrtümer passiert sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, es gibt jetzt den Antrag auf Zuweisung in den Verwaltungsausschuss. Diese Abänderung steht jetzt zur Diskussion. Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. SPÖ? StR Hauser bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kollegin Frech, ich möchte eines richtig stellen, es ist nicht so, dass so viele Punkte abgeändert werden. Die einzige Sache die wirklich abgeändert worden ist, ist sozusagen der techn. und der kaufm. Direktor. Das liegt in der Entscheidung des Bürgermeisters. Die anderen Sachen sind in der Verordnung, wenn sie es nachlesen, 2002 schon alle vorhanden. Das ist nichts anderes als wieder eine Aktualisierung, weil es im Entwurf nicht richtig drinnen war.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Warum stehen dann da 6 Abänderungsposten drauf?

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Weil sie nicht drinnen waren in dem was im Verwaltungsausschuss beschlossen worden ist. Es tut mir

Leid, ich habe eh schon gesagt, dass das ein Fehler war der passiert ist und der letztlich auch bei der Erstprüfung im Magistrat durchgerutscht ist, dass man mit einem Verordnungsentwurf operiert hatte der 1999 war und nicht die Fassung 2002 gehabt hat, die jetzt schon rechtsgültiges Statut ist. Wenn sie es nachlesen würden, darum hat man ihnen ja das Statut 2002 gegeben, und die Änderungen nebenbei hinzugeschrieben. Ich bin der Meinung, dass wir das heute abhandeln sollten, denn die Entscheidung ob es einen Direktor oder zwei Direktoren gibt, liegen in der Dienstbehördenführung und der Dienstbehördenleiter in diesem Sinne ist der Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
ÖVP? Herr Hack.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Presse, ich schließe mich dem Antrag der Frau Frech gleich einmal an, dass wir das an den Verwaltungsausschuss verweisen und dort darüber diskutieren, über die grundlegende Ausrichtung, sollen wir einen oder zwei Direktoren haben. Ich frage wirklich den Herrn Bürgermeister, wann und wo diskutieren wir darüber über so eine wichtige Entscheidung. Es ist nicht so, dass die Diskussion sehr einfach war, auch im letzten Verwaltungsausschuss, wo wir offensichtlich ja, aus welchen Gründen auch immer, fast falsche Unterlagen gehabt haben. Wir haben sehr heftig diskutiert und es hat von vielen unserer Kollegen, die da im Verwaltungsausschuss sind, Bedenken gegeben. Der Herr Dir. Zeilinger hat dann gesagt, was ich da geschrieben haben und was ich euch sage, das müsst ihr glauben. Ich meine, zu was ist ein Verwaltungsausschuss dann gut, wenn einem so etwas gesagt wird von dem zukünftigen, ich weiß nicht, ist er dann Generaldirektor oder was und dann stimmt alles wieder nicht und dann machen wir wieder Kommando retour und fügen wieder ein, dass es doch vielleicht ein Versorgungsbetriebeverbund ist und dass viele Dinge doch wichtig sind, dass sie gescheit ausgearbeitet werden und gescheit geprüft werden und gescheit hinterfragt werden. Dass dann wieder diverseste Änderungen kommen und Richtigstellungen und nein, das war eigentlich eh nicht so gemeint und das war falsch und das kann man rechtlich nicht ganz eindeutig sagen wo wir genau da hin gesprochen haben. Wie gesagt, dass wir dann um fünf Minuten nach 2 Uhr erfahren, dass es auf einmal nur mehr einen Direktor gibt, das ist schon ein starkes Stück nämlich auch in dem Umgang mit dem Verwaltungsausschuss. Zu was sitzen wir denn da drinnen? Zu was diskutieren wir diese wichtigen Dinge? Ich meine, es gibt ja da ganz tolle Dinge eigentlich. Es steht fünf Mal z. B. auch die Qualitätsmaßzahl. Es haben es bis jetzt zwei Direktoren nicht geschafft, Qualitätsmaßzahlen, die da großartig 5 Mal drinnen stehen, zu erarbeiten. Die stehen schon lange drinnen, das ist schon lange ein Thema. Bis jetzt haben es zwei Direktoren nicht geschafft, und jetzt soll es einer locker schaffen oder wie? Es gibt keine Kriterien, großspurig steht es drinnen. Ich meine ich weiß wirklich nicht wie das funktionieren soll, wie die Qualitätssicherheit des technischen Bereiches aufrechterhalten werden soll, wenn alleine so ein Blatt da schon ich weiß nicht welche Diskussionen auslöst und sich im Prinzip als falsch erweist. Also ich stelle dringend den Antrag auf die Zuweisung an den Verwaltungsausschuss.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Grüne? Herr Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, ich habe ja das Glück gehabt bei der letzten Kommunalausschusssitzung dabei sein zu dürfen in Vertretung meiner Kollegin Ute Fanta und wir haben ja sehr kontroversiell dort diskutiert und haben unsere Einsprüche dort eingebracht. Es ist ja auch erwähnt worden, dass man noch bitte vor dem Gemeinderat prüfen möge, ob denn alles rechtens ist. Nachdem ja der Herr Dir. Zeilinger gemeint hat, ja, natürlich, er glaubt aus seiner Sicht heraus, dass das, was er uns in der Ausschusssitzung vorgelegt hat passt, dass er das aber nichtsdestotrotz noch einmal im Haus prüfen lässt. Es ist geprüft worden. Die einzige Änderung die da jetzt stattfindet ist halt, dass man quasi dann hineinschreibt, dass die Direktion sozusagen die Vertretung für die Stadtwerke übernimmt, was ja nicht automatisch impliziert, dass es bloß einer sein darf oder eine, sondern es können auch durchaus zwei sein. Aber der Passus ist herausgestrichen worden, dass es halt einen techn. Direktor geben muss. Also, seitens der Grünen Steyr würde ich sagen, wir behirnen diese Veränderung im vollen Umfang und werden dem auch zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Freiheitliche? Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geschätzte Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, ich darf vorausschicken, dass ich ebenfalls heute hier bei meiner Wortmeldung beantragt hätte, und das auch jetzt nachhole, dass diese Materie von der Tagesordnung abgesetzt wird und im Verwaltungsausschuss zur neuerlichen Beratung übermittelt wird. Ich möchte das auch begründen. Es ist durchaus legitim und auch notwendig, dass man Statuten und auch Statuten der Stadtwerke, wenn es notwendig ist, auf den aktuellen Stand bringt. Das war ja auch der Grund, warum sich der Verwaltungsausschuss, so wie meine Vorredner es ja bereits gesagt haben, sehr intensiv mit dieser ursprünglichen Veränderung der Statute der Stadtwerke beschäftigt hat. Nicht nur ich, sondern auch der Kollege Oppl und der Kollege Hack, hat ja speziell nachgefragt, was denn eine Veränderung der Darstellung der Betriebe, nämlich die Veränderung insofern, dass man den zukünftigen Betriebsverbund wieder aufteilt in den Bereich Verkehr und Gaswerk, unter Umständen bedeuten könnte. Ich habe die Befürchtung dort gehegt, dass das gegenüber dem Finanzamt unter Umständen sehr massive negative Auswirkungen haben kann. Warum? Bekanntlich ist ja der Betriebsverbund vor einigen Jahren, noch unter der Zeit von Dr. Zimmermann, deswegen gegründet worden, und das war, man kann es ruhig sagen, eine glorreiche Idee, weil wir ganz legitim gegenüber dem Finanzamt die Möglichkeit hatten, und jetzt noch haben, diese beiden Betriebe in einer Bilanz darzustellen. D. h., auf der einen Seite haben wir den Verkehrsbetrieb mit Verlusten von 23 bis 25 Mio. Schilling, nach dem alten Geld, weil er eben, und das möchte ich schon auch sagen, entsprechende Leistungen der Bevölkerung bietet, das ist ja durchaus in Ordnung. Auf der anderen Seite hatten wir das Gaswerk mit entsprechenden Gewinnen, die ebenfalls über 20 Mio. bis zu 25 Mio. Schilling erbrachten. Diesen steuerlichen Vorteil, der sich immer zwischen 5 und 7 Mio. Schilling beziffert hat, konnten wir dem Verkehrsbetrieb zugute kommen lassen. Daher meine Bedenken, wenn jetzt schon die Stadtwerke selbst in ihrem Statut wiederum die beiden Betriebe trennen, dann kann doch die Gefahr bestehen, dass gegenüber dem Finanzamt diese bisherige Lösung einer gemeinsamen Bilanzvorlage nicht mehr möglich ist. Es wurde dann sehr ausführlich diskutiert darüber und es ist auch im Ausschuss so beschlossen worden, dass diese Sache noch rechtlich geprüft wird und dann entsprechend dem Gemeinderat der zuständige Referent Willi Hauser berichten wird. Ich habe also mit diesem Teil der Statutenänderung überhaupt keine Probleme, es ist auch so vereinbart worden, ich habe keine Probleme. Aber ich muss schon sagen, dass gerade die Frage der Nachbesetzung des techn. Direktors Ing. Wein auch die freiheitliche Fraktion immer bewegt hat, mich im Besonderen, und zwar deswegen, weil ich über Jahre hinweg das Betriebsgeschehen ja hautnah miterleben konnte, und eindeutig dort feststellen konnte, dass es durchaus zweckmäßig war, diese beiden Positionen zu besetzen. Das ist eine sehr umfangreiche Tätigkeit, das wird jeder der sich mit dieser Materie beschäftigt, feststellen können. Es hat sich immer, wie gesagt, als zweckmäßig erwiesen. Ich habe auch, ich erinnere mich gut daran, am Anfang dieses Jahres, ich weiß nicht, war es im Februar bei einer Ausschusssitzung, wiederum nachgefragt, da war zufällig der Herr Magistratsdirektor auch anwesend, wie denn das mit der Nachbesetzung sei. Er war damals noch der Meinung und ist davon ausgegangen, dass natürlich auch diese Position nachzubesetzen sei. Heute, meine Vorredner haben ebenfalls darauf hingewiesen, wird nun schon sehr überraschend eine neue Verordnung, eine sehr umfangreiche Verordnung, wobei es im Wesentlichen um die Veränderung geht, dass dieser Passus der Verantwortlichkeit der Direktion insofern abgeändert wurde, dass man nur mehr von einem Direktor spricht, also, der Kollege Hauser hat ja das bestätigt, dass es in Zukunft so sein soll, hat man glaube ich zu wenig ausführlich diskutiert. Herr Bürgermeister ich würde schon auch bitten, nicht nur im Interesse der Fairness, sondern auch im Interesse der Zweckmäßigkeit und der Wichtigkeit dieses Themas, doch zumindest den Verwaltungsausschuss damit nochmals zu befassen, denn der Verwaltungsausschuss ist ja, ohne dass ich die anderen Ausschüsse in irgendeiner Form degradieren möchte, aber der Verwaltungsausschuss der Stadtwerke hat doch eine besondere Kompetenz nämlich der hat zumindest die Kompetenz des Stadtsenates. Daher soll er dort entsprechend seiner Verantwortlichkeit auch mitentscheiden können. Denn es kann ja wirklich nicht so sein, dass, wie bei der letzten Sitzung die Nachfrage ob denn das negative Auswirkungen hat diese Darstellung der Betriebe, der Herr Dir. Zeilinger meint, na ja gut, wenn ich das so sage, dann muss das schon passen. Wieso fragt man denn überhaupt? Es hat dann auch eine entsprechende Diskussion gegeben, auch mit dem Kollegen StR Oppl. Ich glaube, dass man auch durchaus einmal darstellen könnte, dass es nicht so ist, dass der Verwaltungsausschuss gegenüber dem Herrn Dir. Zeilinger verantwortlich ist sondern der Herr Dir. Zeilinger gegenüber dem Verwaltungsausschuss. Das sollte auch einmal sehr eindeutig dargestellt werden. Herr Bürgermeister, ich würde dich bitten, vielleicht könnte man auch darüber einmal mit dem Herrn Zeilinger reden. Gerade aus diesen Überlegungen heraus halte ich es für absolut notwendig, im Interesse einer sinnvollen Weiterentwicklung der Stadtwerke, im Interesse der Mitarbeiter, diese Position eines techn. Direktors zu besetzen um eben nicht Gefahr zu laufen, dass da verschiedene Dinge, und das beweist ja wirklich diese heutige

Veränderung, also da gebe ich wirklich nicht dem Referenten die Schuld, keineswegs, sondern da liegt die Kompetenz bei der derzeitigen Direktion und daher gehört diese Sache klargestellt. Wie gesagt noch einmal, über ein so wichtiges Thema sollte schon der Verwaltungsausschuss mitentscheiden können.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Bürgerforum Frech, gibt es noch einen Wunsch?

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Zuweisung in den Verwaltungsausschuss. Wer für diese Zuweisung stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, FPÖ, Bürgerforum Frech. Wer ist dagegen? SPÖ, 2 Grüne (GR Apfelthaler, GR Kupfer). Stimmenthaltung? 1 Grüne (GR Fanta). Damit sind wir wieder beim normalen Antrag. Gibt es dazu Wortmeldungen? Gerhard.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, man kann es in Wirklichkeit sehr kurz machen indem doch letztendlich festgestellt worden ist, dass es keine großartige Statutenänderung gibt, sondern dass sich eigentlich die Veränderung aufgrund dessen ergibt, dass es nur mehr einen Direktor in den Stadtwerken geben soll. Da sind halt gewisse Anpassungen zu machen. Ich habe geglaubt, da wird ein Beifall sein. Es ist ja eine interessante Debatte, wenn man da einmal eine gewisse Anspannung im oberen Management des Rathauses hineinbringt und an sagt wir wollen in dieser Abteilung, in diesem Geschäftsbereich nicht mehr zwei Direktoren haben, sondern nur mehr einen Direktor und jetzt gibt es da ein Klagen und ein Wehwehchen. Das ist für mich überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Das ist so unlogisch bis dort hinaus. Das ist überhaupt keine Bösartigkeit gewesen. Die Debatte haben wir in letzter Zeit ja schon oft genug geführt, dass die wirtschaftliche Situation auch in der Stadt äußerst angespannt ist, dass wir beim Budget Schwierigkeiten haben, schon 2004, dass die Anspannung 2005/2006, wie wir heute in der Mittelfristplanung diskutiert und gesehen haben, vorhanden sein wird. Meistens kommt gerade die Personaldebatte aus dieser Seite, dass man sagt, bei Personalanspannungen, da muss ich ja fast zu dem Schluss kommen, ihr wollt immer die Straßenarbeiter einsparen und nicht einmal beim Management. Das muss ich fast unterstellen. Also, das ist schon interessant diese Haltung die da eingenommen wird. Ich glaube, dass man die Debatte nicht im Verwaltungsausschuss führen muss ob man in den Stadtwerken einen Direktor oder zwei Direktoren hat. Wir führen die Debatte im hohen Gemeinderat. Ihr könnt eh sagen wir wollen zwei Direktoren haben. Okay, das ist legitim. Gerade wenn es in den Kram hineinpasst wird es umgedreht und es wird gesagt, der hohe Gemeinderat müsste sich mit dem beschäftigen und befassen und das kann doch nicht in irgendeinem Ausschuss geschehen. Jetzt geschieht das im Gemeinderat, wo wir sagen es soll in den Stadtwerken nur ein Direktor sein. Ich glaube, dass diese Entscheidung gut ist, dass dort auch eine dementsprechende Anspannung gegeben ist und dass es auch ein deutliches Zeichen in Richtung aller Beschäftigten des Magistrates ist, wenn wir sagen, wir wollen niemanden aufnehmen, wir wollen bei den Kindergärtnerinnen sparen, wir müssen überall sparen und dass man dann halt auch in den obersten Bereiche einspart und nicht nachbesetzt. Wir schmeißen niemanden hinaus. Wir haben den Wein Wolfgang ...

Diskussion zwischen StR Hauser, GR Eichhübl und StR Mayrhofer

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das ist eine Darstellung, die ja überhaupt keine Gültigkeit hat. Die Stadtwerke sind im 100%igen Eigentum der Stadt. Und dann ist das keine Einsparung, wenn man dort statt zwei Direktoren nur mehr einen macht? Das ist ganz interessant, wie ihr das führt. Wer hat denn die Autobusse bezahlt, die wir jetzt gekauft haben? Die hat ja auch die Stadt bezahlt. Ich würde wirklich ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben und da auch diese Anspannung zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nächster Redner ist StR Oppl.

STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Herrn Bürgermeister, dass ich nicht unbedingt glücklich bin mit dieser Vorgangsweise wie es im Verwaltungsausschuss abgelaufen ist, ist glaube ich kein Geheimnis. Ich kann mich da nur meinen Vorrednern, was diesen Punkt betrifft, dem Kollegen Hack und dem Kollegen Eichhübl, anschließen. Auf der anderen Seite bin ich glücklich, dass, aufgrund unserer Einwände, es im Hause doch schlussendlich gelungen ist auf diese Ungereimtheiten aufmerksam zu machen. Ich habe mir das wirklich ganz genau angesehen und es ist

tatsächlich so wie es der Kollege Hauser gesagt hat, diese Passagen, wir haben eine Fassung vorgelegt bekommen, das auch eine Generation von der Fassung war, die jetzt gültig ist. Mit diesem Abänderungsantrag, mit diesen Punkten soll das jetzt wieder gleichgestellt werden. Es gibt wirklich einen gravierenden Punkt, das ist eben die Abänderung des Statutes von zwei Direktoren auf einen. Ich darf da erinnern an die GR-Sitzung vom 23. März 2000. Da haben wir nämlich das jetzt gültige Statut beschlossen, wo wir auch eine relativ lange Debatte durchgeführt haben. Lieber Herr Eichhübl, ich muss ihnen da in dem Punkt leider widersprechen und darf sie da zitieren, was sie damals in der GR-Sitzung in der Debatte gesagt haben. Auszugsweise natürlich, weil das war eine etwas längere Rede die sie damals gehalten haben. Sie sagen da unter anderem: „Die Direktion, so heißt es, in diesem § 3 besteht aus einem techn. und einem kaufm. Direktor. Hier darf ich eines in Erinnerung rufen, das soll sich nämlich in einigen Jahren ändern. Ich erinnere an die Bestellung des neuen kaufm. Direktors, wobei der Bürgermeister damals davon ausgegangen ist, dass nach einer Umstrukturierung und nach Pensionierung des bisherigen techn. Direktors Wein dann die Geschicke der Stadtwerke in die Hände eines Direktors in Zukunft gelegt werden soll.“ Wörtliches Zitat. Ich denke mir, es ist auch nicht relevant, ob wir jetzt einen kaufm. oder einen techn. Direktor haben, weil wir haben sicherlich in den Stadtwerken viele, viele Fachleute die auf dem technischen Sektor sicherlich genauso kompetent sind. Da ist es egal ob der jetzt Direktor ist oder ob er jetzt ein qualifizierter Mitarbeiter ist. Auch die Frau Kollegin Frech hat sich damals diesbezüglich in diese Richtung geäußert. Sie hat unter anderen auch das heute zitierte Zitat „der Berg kreist und gebirgt eine Maus“ gebraucht. Das ist offensichtlich ein Lieblingszitat von ihnen. Aber unter anderem haben sie auch gesagt: „Der weitere Punkt ist wieder die Angelegenheit, die Frage wurde überhaupt nicht diskutiert, brauchen wir zwei Direktoren? Ist es tatsächlich nötig einen kaufm. und einen techn. Direktor auch weiterhin vorzusehen? Das hat man einfach aus dem alten Statut übernommen.“ Der Bürgermeister, damals war es noch der Bürgermeister Leithenmayr, hat dann in seinem Schlusswort auf diese zwei Wortmeldungen insofern geantwortet, dass er gesagt hat: „Die zweite Frage, in dem Fall brauchen wir dort zwei Direktoren, möchte ich so beantworten, zur Zeit haben wir zwei Direktoren. Wir können wahrscheinlich schlecht unter dem Aspekt hineinschreiben, nämlich in das Statut, die Stadtwerke haben einen Direktor, dann müssen wir einen entfernen und das wollen wir natürlich nicht tun. Meine Vorstellung ist die, ich habe das auch schon öfters kund getan, dass uns dort auf längere Sicht ein Direktor genügen sollte.“ Also, ich denke mir, wir haben damals die Debatte im GR schon geführt und ich glaube auch, dass das ein vernünftiger Schritt ist. Ich ersuche euch unter diesem Aspekt auch bei der Abstimmung dementsprechend abzustimmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Nächster ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine geschätzten Damen und Herren, überraschend ist es auf jeden Fall, dass man über eine sehr weitreichende Entscheidung praktisch zwischen Tür und Angel informiert wird. Da ist es nicht, wie es normalerweise in den Gremien eigentlich geplant ist oder auch in der Wirtschaft üblich ist, dass man das, jetzt vergleiche ich einmal mit einem Aufsichtsrat, dass der Eigentümergebiet praktisch vor vollendete Tatsachen stellt, das ist absolut unüblich. Ich glaube, dass es nicht darum geht ob wir jetzt einen kaufm. oder einen techn. Direktor haben, sondern es geht darum, dass sich bei uns in den letzten Jahren der Eindruck eigentlich gefestigt hat, dass eine personelle Verstärkung in diesem Betrieb dringend notwendig ist. Wie wir den nennen, ob wir den jetzt techn. oder kaufm. Direktor nenne, das ist mir ehrlich gesagt ziemlich egal. Aber gerade die Vorkommnisse bei der letzten Verwaltungsausschusssitzung, haben sehr deutlich gezeigt, dass das Vertrauen derzeit vielleicht, wie drückt man das aus, nicht allzu hoch ist, und dass hier in der Qualität Handlungsbedarf ist. Es ist ja sogar ein bisschen diskutiert worden, dass das wahrscheinlich auch damit zusammenhängt, weil er derzeit halt jetzt alleine ist. Alle Gespräche die wir bisher auch mit ihnen gehabt haben Herr Bürgermeister, sind in die Richtung gegangen, dass wir einen sehr qualifizierten Mann brauchen um den Betrieb dort oben wirklich, ich spreche wortwörtlich, in den Griff bekommen. Darum finde ich es überraschend, dass wir heute praktisch damit konfrontiert werden, dass alles anders ist, dass sie jetzt auf einmal der Meinung sind es ist alles in Ordnung, wir haben keinen Handlungsbedarf, wir brauchen keine fachliche Verbesserung dort. Bei 164, ich glaube ungefähr so viele Mitarbeiter sind da oben jetzt, da bin ich schon der Meinung vom Kollegen Eichhübl, dass sich die das Geld wirklich selber verdienen müssen. Es ist ein ausgelagerter Betrieb. Hier vorzuschieben, weil es uns in der Stadt beim Budget jetzt so schlecht geht, jetzt müssen wir bei den Personalkosten dort oben einsparen und noch dazu wirklich ganz oben. Nachdem wir aber der Meinung sind ein Einsparungspotential ist dort oben da aber eher in den Abläufen, Herr Bürgermeister, da gibt es Einsparungspotential, dass muss sich nicht unbedingt 1:1 auf das Personal auswirken. Aber Verbesserungen in der Qualität, auch der Führung, sind dort dringend notwendig. Anscheinend gefallen sie sich derzeit in der Situation des

einsamen Entscheiders. Wir haben ja auch heute noch so einen Tagesordnungspunkt wo wir darüber diskutieren, dass sie sich über alle Gremien eigentlich hinwegsetzen, dass sie Ausschüsse und Meinungen von Ausschüssen, von Fachleuten komplett ignorieren. Auch hier ist es gefallen. Sie haben die Macht aufgrund der Meinung, sie können mit einfachem Handheben Entscheidungen herbeiführen. Ich bin sehr froh, dass sie wenigsten den Anstand haben, nicht wie es früher einmal hier in diesem Raum geheißen hat, Bürgermeister warum lässt du so lange diskutieren, stimmen wir ab, wir sind eh die Mehrheit, dass man wenigsten den Anschein erhält. Ich finde es eine Entwicklung die äußerst bedenklich ist. Ich glaube, dass es hier die falsche Entscheidung ist. Ich hätte mir gewünscht, dass wir ausführlich und in Ruhe darüber diskutieren können und dass das nicht jetzt in einem Gemeinderatssaal ohne Vorbereitung passiert. Das ist nicht der richtige Umgang, auch nicht der Umgang mit Kollegen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine weitere Wortmeldung? Frau Frech zum 2.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bin ihnen sehr dankbar Herr Kollege Oppl, dass sie zitiert haben aus einem früheren Protokoll, weil damit ganz klar ist, dass ich inhaltlich sehr wohl dafür bin, dass man über die Frage diskutiert ob es zwei Direktoren oder nur einen Direktor geben soll, dass es sicherlich sinnvoll ist im Sinne von Einsparungen nur einen Direktor zu haben. Das war aber auch nicht der Punkt warum ich diesen Antrag gestellt habe zur Geschäftsordnung, diesen Punkt abzusetzen. Der Punkt war, dass dieses Papier plus dieses Papier plus dieses Papier erst nach der Pause hergekommen ist. Ich habe eigentlich nicht die Möglichkeit, mir das ordentlich durchzulesen. Wenn man das aber tut, ich hatte ja gar nicht die Zeit und deshalb habe ich diesen Antrag gestellt, weil wer weiß, was ich da jetzt mitbeschließe. Ich möchte nicht was beschließen, was ich nicht gelesen habe. Jetzt habe ich mir die Zeit während der Debatte genommen und das durchgelesen und interessanterweise, das was sie uns jetzt nach der Pause vorgelegt haben, ist schon fehlerhaft. Ich habe gedacht, so, jetzt vergleiche ich diese zwei Verordnungen und dann steht in diesem Zweiseiten-Zettel nur die Abänderungen, die ja ganz harmlos sind laut Kollegen Hauser, steht gleich unter § 1 a) Einfügung des Begriffes Versorgungsbetriebeverbund – damit die Rechtssicherheit dieses Versorgungsverbundes aufrecht erhalten bleibt. Dann schaue ich mir die Verordnung an die heute beschlossen werden soll, schaue mir den § 1 an und frage mich dann, wo kommt jetzt dieser Begriff hinein. Der passt ja nirgends hinein.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Der ist ja drinnen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, da ist er gar nicht drinnen. Ich habe jetzt den Herrn Mag. Golda gefragt, es ist nicht der § 1 a), es ist der § 1, Abs. 2 lit. a). Ich lese einmal beim ersten Punkt drüber und komme wieder auf einen Fehler drauf. Darum denke ich mir ist es einfach sinnvoll, dass man sich solche Sachen wirklich anschaut und nicht husch-pfusch macht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, okay, es ist also hier der Zweier in der Klammer verloren gegangen. Man möge mir diesen Fehler verzeihen. Aber die Sache ist an und für sich richtig.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das ist eine Verordnung Herr Kollege Hauser.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Nein, das ist eine Beilage zum Amtsbericht und in der Verordnung steht es drinnen. Also sagen sie nicht, dass es nicht drinnen steht.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber das ist das, was wir beschließen.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Ja, sie beschließen die Verordnung und nicht die Beilage zum Amtsbericht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Und die ist falsch.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Was, die Verordnung ist falsch?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Beilage ist falsch, das haben wir gerade festgestellt.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Was denn? Die Klammerbegriffe?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das haben wir auf die Schnelle gesehen.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Dann zeigen sie mir, wo sie das im § 1 Abs. 1 auch finden.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Machen wir eine Sitzungsunterbrechung, damit wir das klären können.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Schauen sie, ich sage ihnen einmal in Wirklichkeit ...

Diskussion zwischen Vzbgm. Gerhard Bremm und StR Gunter Mayrhofer

STADTRAT WILHELM HAUSER:

In Wirklichkeit ist es hier so, dass wir mit der Organisationsstatutsveränderung eine Strukturveränderung durchführen wollen, und dass sie daraus eine Personaldiskussion machen. Das ist Fakt und so schaut es aus.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Da geht es schon um Personal.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Nein, da geht es nicht um ein Personal.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Doch, weil ich reduzieren von zwei auf eins, also ist es eine Personaldiskussion.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Nein, dann ist es keine Personaldiskussion. Eine Personaldiskussion wäre es dann, wenn ich einen entlassen müsste. So ist es eine Strukturanpassung dieses Statutes.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Das ist jetzt die gleiche Vorgangsweise wie der Herr Zeilinger sagt. „Wenn ich das sage, dann stimmt das!“

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Nein, das ist nicht wahr. Hier geht es in der Verordnung um eine Strukturanpassung und da wird von keinen Personen gesprochen.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Wenn ich jemanden wegrationalisiere, ist das dann keine Personaldiskussion?

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Sie sprechen doch immer von Personaleinsparungen im Magistrat.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Nein, es macht eh nichts. In Wirklichkeit ist es so, dass sie über das Personal diskutieren wollen im Verwaltungsausschuss und die Entscheidungskompetenz liegt hier letztlich beim Dienstbehördenleiter und das ist der Bürgermeister. So schaut es aus. Wir beschließen hier, ob die Direktion definitiv, und ausdrücklich steht drinnen „die Direktion“, angeführt sein muss mit einem technischen und einem kaufmännischen Direktor. Wir ändern sonst nichts, als wie dass wir diese Bezeichnung „technischer und kaufmännischer Direktor“ herausnehmen und es bleibt drinnen stehen „die Direktion“. Es steht nicht einmal dort, dass das nur einer sein muss. Also, nur damit wir einmal von der Sache reden, die hier wirklich umgesetzt werden soll. Aus diesen Gründen ersuche ich diesen Antrag zu beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, GAL. Wer ist dagegen? ÖVP. Wer enthält sich der Stimme? FPÖ und Bürgerforum Frech. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Im nächsten Antrag geht es um die Preisanpassung ab dem September 2004 im Stadtbad Steyr und zwar für den Bereich Hallenbad und Sauna. Hier ist es also so, dass es zu einer durchschnittlichen Anpassung im Hallenbad von 1,5 % kommt und bei der Sauna von 1,3 % und in der Zukunft es dann mit einer Indexanpassung ab dem Folgejahr 2005 weitergehen soll. Ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung zu diesem Antrag.

14) Stw-26/04 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Hallenbad und Sauna per September 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 14.04.2004 über die Preisanpassung für das Hallenbad und Sauna mit Wirksamkeitsbeginn 15.09.2004 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise ab dem genannten Zeitpunkt zugestimmt.
- 2) Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 14.04.2004 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ über die Preisanpassung für das Hallenbad und Sauna für die Folgejahre (ab 2005) wird wie folgt zugestimmt:

Die Preise für das Stadtbad Steyr (Hallenbad und Sauna) werden auf der Basis des Verbraucherpreisindex 2000 der Statistik Austria oder eines allenfalls an seine Stelle tretenden Indexes wertgesichert.

Die Höhe der Preise verändern sich ab 2005 in dem Ausmaß, in dem sich der genannte Index gegenüber der Ausgangsbasis verändert. Ausgangsbasis ist die für Dezember 2003 verlautbarte Indexzahl. Die Erhöhung erfolgt jeweils in dem Ausmaß, die der Veränderung des VPI 2000 entspricht, wobei als Vergleichswert der für Dezember des jeweiligen Vorjahres verlautbarte Wert herangezogen wird.

Die Erhöhung der Preise wird jeweils ab 15. September eines jeden Jahres wirksam.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Mein nächster Antrag befasst sich mit einer Wertanpassung ab dem Oktober 2004 für den Bereich städt. Kunsteisbahn, wo es ebenso ist, dass es hier um eine Preisanpassung geht, die zwar ein bisschen höher ausfällt, weil die letzten zwei Jahre nichts passiert ist, aber in der Zukunft ab dem

Folgejahr 2005 es auch hier zu einer indexgesteigerten Preisanpassung kommen soll. Ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung.

15) Stw-27/04 Städt. Kunsteisbahn (Eislaufplatz) Wertanpassung per Oktober 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

1) Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 15.04.2004 über die Preisanpassung für die städt. Kunsteisbahn mit Wirksamkeitsbeginn 1.10.2004 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt.

2) Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 15.04.2004 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ über die Preisanpassung für die städt. Kunsteisbahn (Eislaufplatz) für die Folgejahre (ab 2005) wird wie folgt zugestimmt:

Die Preise für die städt. Kunsteisbahn (Eislaufplatz) werden auf der Basis des Verbraucherpreisindex 2000 der Statistik Austria oder eines allenfalls an seine Stelle tretenden Indexes wertgesichert.

Die Höhe der Preise verändern sich ab 2005 in dem Ausmaß, in dem sich der genannte Index gegenüber der Ausgangsbasis verändert. Ausgangsbasis ist die für Dezember 2003 verlautbarte Indexzahl. Die Erhöhung erfolgt jeweils in dem Ausmaß, die der Veränderung des VPI 2000 entspricht, wobei als Vergleichswert der für Dezember des jeweiligen Vorjahres verlautbarte Wert herangezogen wird.

Die Erhöhung der Preise wird jeweils ab 1. Oktober eines jeden Jahres wirksam.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Gunter Mayrhofer um seine Anträge.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzter Gemeinderat, im ersten Antrag geht es um Kanalbauarbeiten und zwar um den Kanal Damberggasse in dem Bereich Mündung Johannesgasse. Hier wurde ausgeschrieben. Für den Ausbau weiterer Kanäle sind 34.864,60 exkl. MWSt. notwendig, praktisch vom Bereich Mitterhuemer bis hinunter zum schon gerichteten Vorbereich Merkur. Ich ersuche um Zustimmung.

16) BauT-20/03 Kanalisation Steyr 2004; BA 13; Kanalbauarbeiten NK Damberggasse; Vorbereitung Kanalisierung Damberggasse.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 17. März 2004 werden die Kanalbauarbeiten in der Damberggasse an die Fa. Straßen- und Pflasterbau, 4030 Linz, Kotzinastraße 4, vergeben.

Die erforderlichen Mittel für die Abwicklung des Bauvorhabens werden in Höhe von EUR 34.864,60 exkl. MWSt. bei der VSt. 5/851000/004000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 34.864,60 exkl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um die Teilaufhebung eines Bebauungsplanes und zwar ist das vis-a-vis des Taborlandes, das jetzige Feld, bezeichnet als Stadlmayrgründe, Änderung Nr. 4.1. Ich ersuche,

so wie von der FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung vorgesehen, um Teilaufhebung.

17) BauGru-16/03 Bebauungsplan Nr. 39 „Stadlmayrgründe“; Änderung Nr. 4.1 Teilaufhebung.

Antrag
des Bauausschusses
an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 39 „Stadlmayrgründe“ – Änderung Nr. 4.1 Teilaufhebung – entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 28. Oktober 2002 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 24. Februar 2004 beschließen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es liegt eine Wortmeldung vor und zwar der Herr GR Kupfer hat sich gemeldet. Bitte schön.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte es relativ kurz machen. Den Punkt haben wir ja glaube ich vor ein oder zwei Sitzungen schon einmal behandelt. Ich habe damals schon unsere Ablehnung bezüglich des Antrages und dieser Umwidmung kundgetan. Ich mache es nur zur Vollständigkeit auch jetzt wieder. Wir glauben, dass es nicht gescheit ist, dass dort umgewidmet wird. Wir finden es nicht gut, dass an den Peripherien unserer Stadt Einkaufszentren dieser Dimension entstehen. Die Frage die für mich bis heute unbeantwortet ist, ist jene, wer eigentlich der zukünftige Nutzer bzw. welche Geschäfte in diesem Projekt angesiedelt werden. Das wissen wir bis heute noch nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Mayrhofer, Beantwortung und Schluss-wort bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der Antrag wurde gestellt vom Eigentümer der Liegenschaft, von der Fam. Weindl. Zu prüfen von der FA und für uns ist, ob grundsätzlich das Grundstück geeignet ist für eine Umwidmung, ob es den Zielen der Stadtentwicklung und Stadtplanung entspricht. Nach Prüfung und auch Beschlussfassung im zuständigen Ausschuss ist es mit ja beantwortet worden, mit dem Hinweis, dass bei einer Bebauung darauf zu achten ist, dass die Verkehrsanbindung so ist mit Abbiegespur, Ampelphasen usw. und dass das auch mitfinanziert werden muss von einem zukünftigen Betreiber sodass für die öffentliche Hand dadurch kein Nachteil entsteht. Das ist gewährleistet und daher ersuche ich um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, 3 ÖVP, FPÖ. Ist jemand gegen diesen Antrag? 4 (3 Die Grünen, 1 Bürgerforum Frech). Stimmenthaltungen? 2 ÖVP (GR Wührleitner und GR Hack). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Antrag geht es um die Schönauerbrücke, im Amtsbericht bezeichnet als Randbalkenerneuerung. Zur Erklärung, hier geht es aber natürlich nicht nur um die Erneuerung des Randbalkens, sondern praktisch um die Sanierung des Brückenbauwerkes, hier vor allem um den Gehsteigbereich. Ich ersuche um Zustimmung für die notwendigen Mittel in der Höhe von EUR 302.920,-- inkl. MWSt. von der VA-Stelle Straßenbau Brückenerhaltung. Eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 4.100,-- ist notwendig. Ich ersuche um Zustimmung.

18) BauBrü-2/01 Schönauerbrücke; Randbalkenerneuerung 2. Teil.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 05.04.2004 wird der Vergabe der Randbalkenerneuerung 2. Teil und Auswechslung der Fahrbahnübergangskonstruktionen bei der Schönauerbrücke im Ausmaß von EUR 296.039,47 sowie der Auswechslung der Fahrbahnübergangskonstruktion bei der Direktionsbrücke im Wehrgraben in Höhe von EUR 6.873,45 an die Fa. Swietelsky, Linz, zugestimmt.

Die Aufbringung der erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von EUR 302.920,-- inkl. MWSt. erfolgt bei der vorgesehenen VSt. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen; Straßenbau Brückenerhaltung.“

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 4.100,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Der letzte Tagesordnungspunkt von meinen Anträgen ist die Grabungsordnung der Stadt Steyr. Hier wird festgelegt, zu welchen Bedingungen in welcher Art und Weise vorgegangen wird, wenn öffentliches Gut aufgedeckt wird. Hier sprechen wir vor allem von den Künetten. Wir wissen, dass der Zustand der Straße vor allem dadurch leidet, dass vermehrt über frisch asphaltierte Decken dann aufgedeckt, aufgeschnitten wird und bei diesen ganzen Ränderschnitten die entstehen sickert Wasser hinein und zerstört binnen weniger Jahre die Decke in einem Ausmaß, dass wir mit dem Sanieren fast nicht mehr zusammen kommen. Vor allem die Nachverfolgung d. h., dass wir kontrollieren ob die Firmen das ordnungsgemäß machen, ist äußerst schwierig und beschäftigt einen Mann fast zur Gänze. Auch, dass hier fast im Zick-Zack oft aufgeschnitten wird und wir dann im Nachhinein sanieren müssen ist nicht zielgerichtet. Darum wird vorgeschlagen, in der neuen Grabungsordnung, dass das Verschließen dieser Künetten von uns in Auftrag gegeben wird, von den Verursachern bezahlt wird und an den Magistrat überwiesen wird. Unsere FA für Tiefbau wird die ordnungsgemäße Wiederherstellung der Oberfläche in Auftrag geben und auch beaufsichtigen. Wir erwarten uns damit, mittel- und langfristig, eine Verbesserung des Straßenzustandes. Ich bin sehr froh, dass wir nach einer langen Beratungsphase und langer Vorbereitungszeit jetzt diese Verordnung vorliegen haben. Ich ersuche um Zustimmung.

19) Präs-166/04 Grabungsordnung der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 15.4.2004 wird die beiliegende „Grabungsordnung der Stadt Steyr“ beschlossen und tritt mit 1. Juni 2004 in Kraft. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn StR Oppl um seinen Punkt.

BE: STADTRAT WALTER OPPL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einem hier in diesem Gremium seltenen gestellten Anträge, geht es um die Jahressubvention des Kinderschutzzentrums Wigwam in der Höhe von 36.400,-- Euro. Erlauben sie mir vielleicht zwei Sätze zur Erklärung der Dringlichkeit hier kund zu tun. Das Wigwam hat fix damit gerechnet, dass sie bereits in der letzten GR-Sitzung diese Freigabe erhalten wird. Leider Gottes haben beim Subventionsansuchen einige wenige Unterlagen gefehlt, damit der Antrag rechtzeitig in den Stadtsenat und dann in den Gemeinderat weitergeleitet werden hätte können, damit wir das bereits beim letzten Mal beschließen hätten können. Die Frau Fakasch hat mich dann relativ verzweifelt angerufen, ihr wisst ja alle, das Wigwam ist ja finanziell immer an der obersten Grenze, und sie hat gesagt, wenn wir das erst im Mai beschließen, dann bekommen sie größere finanzielle Probleme. Daher habe ich mir erlaubt im Stadtsenat und nun hier den Antrag zu stellen, dass wir hier die Mittel wegen Dringlichkeit bereits freigeben. Ich hoffe in ihrem Sinne auch gehandelt zu haben, im Sinne des Wigwams, und ersuche sie um ihre Zustimmung.

20) Fin-204/02 Kinderschutzzentrum „Wigwam“; Subvention 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Jugendangelegenheiten vom 27. 2. 2004 wird dem

Trägerverein Kinderschutzzentrum „Wigwam“, 4400 Steyr, Promenade 8, zur Förderung der Vereinsaktivität für das Jahr 2004 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von EUR 36.400,00 (sechshundertvierundvierzigtausend) gewährt.

Die erforderlichen Mittel für diese Subvention werden bei der VSt. 1/43900/757000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Wortmeldung eigentlich dazu nützen, uns in Erinnerung zu rufen, wie wir vor einigen Jahren, und es war damals sehr stark die Initiative der Grünen, dass ein Kinderschutzzentrum in Steyr gegründet worden ist und wie die Diskussionen waren, ob es überhaupt notwendig ist, ein Kinderschutzzentrum in Steyr zu haben. Der Walter Oppl hat in seiner Rede gesagt, dass sie finanziell sehr knapp bemessen sind. Sie sind nicht nur finanziell sehr knapp an der Decke, sondern auch was das Leistbare, was sie schaffen können, ihre Arbeit im Kinderschutzzentrum zu schaffen, sprich mit dem Personal auszukommen. Wer sich mit den Kolleginnen aus dem Wigwam unterhält, wird erfahren, dass zum Teil Wartelisten über Monate geführt werden. Weil wir am Beginn dieser GR-Sitzung schon die Diskussion gehabt haben, Land und Stadt und Finanzierung, möchte ich auch bei diesem Punkt darauf hinweisen, dass wir beim Wigwam nach wie vor die Situation haben, dass das eine städtische Einrichtung ist die zwar vom Land mitfinanziert wird aber auch sehr wohl den Landregionen und den Umlandgemeinden zugute kommt und es nach wie vor keine Finanzierungen von den Sozialhilfeverbänden rundherum gibt. Die Arbeit die die machen ist sehr, sehr wichtig. Das ist uns in den letzten Jahren allen bewusst worden. Ich bin froh, dass wir das Kinderschutzzentrum haben. Ich bin aber ganz sicher, dass die Diskussion, speziell auch im kommenden Jahr was die Finanzierung und die höhere Finanzierung von der Stadt betrifft, ganz sicher kommen wird, weil der personelle Zustand im Kinderschutzzentrum ist äußerst kritisch und da werden wir uns was überlegen müssen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Schlusswort bitte.

STADTRAT WALTER OPPL:

Lieber Andreas Kupfer, dein Wort in Gottes Ohr. Ich bin voriges Jahr schon an dieser Stelle gestanden und habe eigentlich grundsätzlich auch dasselbe, was die Mitfinanzierung der Umlandgemeinden betrifft, hier schon kund getan. Wahrscheinlich wird es nur dann zu einer Lösung kommen, wenn es gelingt, so wie bei dem Modell der Frauenhäuser, das Finanzierungsmodell auch hier im Umlageverfahren durchzubringen. Du bist herzlichst eingeladen, machen wir gemeinsam eine Initiative beim Land drüben. Vielleicht gelingt es dann. Dann wäre nämlich nicht nur das Kinderschutzzentrum Wigwam viele Sorgen los, sondern sämtliche Kinderschutzzentren in Oberösterreich. Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Ist wer gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter und bitte als nächste Berichterstatterin die StR Ingrid Weixlberger um ihre Punkte.

BE: STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

In meinem ersten Antrag geht es um die Entsendung in den Jagdausschuss. Nach Rücksprache mit den entsprechenden GR-Fraktionen wurden folgende Personen vorgeschlagen: Vzbgm. Ing. Dietmar Spanring, GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner, GR Kurt Apfelthaler und als Ersatz: GR Dr. Michael Schodermayr, GR Dir. Engelbert Lengauer, GR Ute Fanta.

21) Agrar-10/04 Jagdausschuss; Entsendung von Mitgliedern der Gemeinde.

Der Gemeinderat möge beschließen:

In Entsprechung des im Amtsbericht des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom

27.02.2004 vorgenommenen Wahlvorschläges werden gem. § 16 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 4 des OÖ Jagdgesetzes vonseiten der Gemeindevertretung für die Dauer der laufenden Funktionsperiode nachstehende Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr als Mitglied und Ersatzmitglieder in den Jagdausschuss entsandt:

Mitglieder:

Vzbgm. Ing Dietmar Spangring
GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner
GR Kurt Apfelthaler

Ersatzmitglieder:

GR Dr. Michael Schodermayr
GR Dir. Engelbert Lengauer
GR Ute Fanta

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

In meinem zweiten Antrag geht es um die jährliche Subvention für den Tierschutzverein Zweigstelle Steyr für den laufenden Betrieb in der Höhe von EUR 18.200,00.

22) Fin-32/04 OÖ Tierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Subvention 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VIII – FA Veterinärwesen vom 11. Februar 2004 wird dem Landestierschutzverein und Verein für Naturschutz, Zweigstelle 4407 Steyr-Gleink, Neustifter Hauptstraße 11 für das Jahr 2004 eine einmalige, nicht rückzahlbare Subvention, zweckgebunden für den laufenden Betrieb des Tierheimes, in Höhe von EUR 18.200,00 gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 18.200,00 (achtzehntausendzweihundert) bei der VASSt. 1/581000/757000 freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Ich danke der Berichterstatterin.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag und ich gebe dazu den Vorsitz an meinen Kollegen ab.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um die Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verlesung erspare ich mir. Es hat am Anfang bei der heutigen GR-Sitzung, bei den Verhandlungsgegenständen, schon eine Verlesung dieses Dringlichkeitsantrages gegeben. Es geht hier um das AMS um diese Vorgangsweise die von mir gewählt wurde. Dieser Dringlichkeitsantrag steht nun zur Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Danke. Der Herr GR Kupfer hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss unserer heutigen GR-Sitzung ist das heute glaube ich der interessanteste und spannendste Punkt wenn man der medialen Berichterstattung und auch den Diskussionen in der Öffentlichkeit trauen darf. Wir diskutieren bei diesem Antrag über das Thema Stadtplanung und Architektur. Für die Politik und auch für den obersten Bauherren in der Gemeinde natürlich eines der wichtigsten Themen, weil in der Stadtplanung und in der Architektur behandelt man Projekte die auch umgesetzt werden, die dann sichtbar sind, 20, 30, 40 vielleicht 100 Jahre stehen und das Bild einer Stadt prägen. Es geht heute in dem Antrag um das Areal Bezirksbauernkammer Rudigier. Aber bevor ich mich speziell mit diesem Areal beschäftigen möchte

ich schon auch über die Rolle des Gestaltungsbeirates, den wir in Steyr haben, diskutieren bzw. einbringen und auch wie wir mit Stadtplanungsfragen in unserer Gemeinde umgehen. Es ist ja nicht nur derzeit zur Diskussion dieses Areals, sondern es gibt eine sehr heftige Diskussion im Wehrgraben, es gibt Diskussionen bereits seit dem Vorjahr was wir im Schiffmeisterareal bzw. Eyblbereich machen und auch in anderen Stadtteilen wo Projekte anstehen. Ich denke mir es ist spätestens seit der Diskussion im Wehrgraben, und da meine ich jetzt gar nicht so sehr die Diskussion die vor einigen Wochen stattgefunden hat, sondern die öffentliche Debatte über den Zubau der Fachhochschule und das Begehren der Bürger in Steyr bei Stadtplanungsfragen mitzureden, mitzugestalten, dass wir diesen Fragen in Zukunft viel genauer und näher kommen sollen. Wir haben ein Stadtentwicklungskonzept das wir voriges Jahr beschlossen haben und alle die im Stadtplanungsausschuss mitarbeiten und mitwirken, wissen ganz genau, dass das Stadtentwicklungskonzept eigentlich kein Instrument ist mit dem wir tatsächlich arbeiten können. Wir haben diese Diskussion schon mehrmals geführt. Wir sind auch glaube ich im Ausschuss schon mehrmals zur Einigung gekommen, dass wir andere Instrumente brauchen um Stadtplanung in Steyr zu betreiben. Das was wir derzeit haben ist das, dass einzelne Projekte vorliegen und wir dann über einzelne Projekte diskutieren und abstimmen, und dass wir aber oft die Sicht auf die Weite, ich sage einmal auch auf die Stadtteile, auf die näheren Umlandbeziehungen dabei vergessen. Damit wir dieser Problematik Herr werden, denke ich mir müssen wir uns neue Instrumente in der Stadtplanung einfallen lassen. Ein ganz wichtiges Instrument ist der Gestaltungsbeirat. Ich denke mir, es gibt nicht so viele Städte in Österreich die sich ein Gremium wie einen Gestaltungsbeirat leisten. Steyr macht das seit vielen Jahren. Es hat ein Auf und ein Ab gegeben bei den Beziehungen der Stadt mit dem Gestaltungsbeirat. Jene Architekten die seit einigen Jahren im Gestaltungsbeirat sind, sind keine unbekanntenen Architekten. Auch die, die vorher drinnen waren, waren keine unbekanntenen Architekten. Ich glaube, wir können uns sehr glücklich schätzen und wir können sehr stolz sein, auf jene Architekten, die derzeit auch im Gestaltungsbeirat sind und auch die Projekte die sie national und international umsetzen. Spricht man mit den Mitgliedern des Gestaltungsbeirates, dann sind sie eigentlich immer sehr unglücklich, dass sie sich mit Einzelprojekten beschäftigen müssen, in diesem Fall sogar eine Einreichplanung vorgesetzt bekommen, sozusagen schon einen Schritt weitergegangen worden ist und dass sie eigentlich bei grundlegenden Fragen, bei städtebaulichen Fragen, nicht eingebunden werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wo?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Z. B. bevor man, und das steht auch in dem Gutachten bzw. bei der Bewertung zum AMS-Projekt ist ganz klar festgehalten, das sich der Gestaltungsbeirat gewünscht hätte, dass man zuvor das ganze Areal mit einer städtebaulichen Analyse vollzieht. Sie hätten sich das auch im Gaswerkareal gewünscht. Ein guter und wichtiger Beitrag, den wir auch gemacht haben, den wir auch befolgt haben vom Gestaltungsbeirat, dass wir diesen Wettbewerb Schiffmeister gemacht haben. Ich denke mir das war ein ganz wichtiger Schritt und so könnte es ja auch in Zukunft gehen. Nur, dass wir internationale Architekten einladen, einen Ideen-Wettbewerb machen, uns damit auch großartig in den Medien präsentieren und dann aber im Folgejahr im Budget keine Mittel zur Weiterverfolgung budgetieren, das wirft ein sehr schlechtes Licht auf unsere Stadt und ist meines Erachtens wirklich die falsche Vorgangsweise. Wir hätten da wirklich die Möglichkeit gehabt, bei Schiffmeister, mit diesen guten Vorschlägen Vorplanungen zu machen und dann wären wir nicht jenen Umständen ausgesetzt, die wir jetzt wieder haben, dass einzelne Betreiber mit Projekten kommen und versuchen unabhängig von einer umfassenden Planung, die nicht nur das einzelne Grundstück betreffen, sondern das ganze Areal und die Beziehungen, speziell beim Schiffmeisterhaus ist ja das ganz wichtig, auch von der Ennsseite zur Stadt ect., dass das betrachtet wird.

Nun aber zum Projekt AMS. Der Bürgermeister hat uns vorigen Freitag über die Presse mitgeteilt, wie er sich die Vorgangsweise vorstellt. Er hat nicht den Bauausschuss oder den Planungsausschuss damit informiert, ich nehme einmal an, dass er den Baustadtrat auch nicht informiert hat, und hat eine Pressekonferenz gegeben wo er das Projekt, das dem Gestaltungsbeirat zweimal vorgelegt worden ist, wo er signalisiert hat, dass dieses Projekt umgesetzt wird. Liest man aber nun die Bewertung des Gestaltungsbeirates zu diesem Projekt und spricht man auch mit dem Gestaltungsbeirat über dieses Projekt und spricht man mit den Beamten dieses Hauses über diese Planung, dann sagen alle das steht alles gar nicht drinnen, was uns da vorgelegt worden ist. Der Vorsitzende des Gestaltungsbeirates der gemeint hat, das ist ja nicht einmal eine Nullachtfünfzehn-Planung. Diese Planung drückt der Bürgermeister mit einer Entscheidung nun durch. Von wo der Zeitdruck kommt, weiß ich nicht. Ich vermute, da gibt es massiven Druck von irgendwo, dass es so rasch gehen muss.

Was wir jetzt beim AMS haben, ist genau das, was wir eigentlich vermeiden wollen. Wir bekommen ein Projekt, wo andere Projekte auch in diesem Bereich schon in der Warteschleife stehen, wo wir keine Ahnung haben und keine Planung haben wie diese Projekte in Verbindung zueinander stehen. Es gibt die Idee des BFI vorne zu bauen. Es gibt seit einer Woche auch die Idee ein Grundstück hinter dem AMS zu bebauen und wir haben, und ich glaube das ist einer der wichtigsten Punkte neben diesen städtebaulichen Fragen, eine Verkehrslösung die nicht gelöst ist. Jetzt möchte ich auch vielleicht ein bisschen auf die Details des Gestaltungsbeirates eingehen, was er spezielle hier auch kritisiert hat. Er hat, und das ist ganz wichtig, mit dem Bürgermeister in der 40. Sitzung eigentlich ein Prozedere vorgeschlagen. Das war glaube ich vor zwei Monaten, wo der Gestaltungsbeirat mit dem Bürgermeister übereingekommen ist, einen Architekten zu beauftragen, der diese städtebauliche Analyse macht und wo die Parameter für eine zukünftige Bebauung festgelegt werden. Das hat der Bürgermeister nicht gemacht. Auch der Architekt der hingewiesen worden ist, dass diese Planung nicht durchgeht, hat diese Änderungen auch nicht gemacht. In der 41. Sitzung ist im Gestaltungsbeirat ein geringfügig abgeändertes Projekt vorgelegt worden. Die haben sich besonders gefrotzelt gefühlt und haben dieses Projekt sehr kritisiert. Nicht nur was dieses Prozedere betrifft das nicht eingehalten worden ist, sondern dass, und das ist ganz wichtig, diese Verkehrslösung nicht gelöst worden ist und dass es auch keine Planungen gibt wie man die Plätze vor und rund um das Gebäude gestaltet. Wer die Situation vor Ort kennt, und ich bitte alle Anwesenden einmal daran zu denken an diese Casino-Einfahrt, die auch in Zukunft die Ausfahrt sein wird, und wenn es nach den Plänen des AMS geht und so wie es sich der Bürgermeister derzeit vorstellt, dann werden wir einige Meter vor dieser Einfahrt in Richtung Kreuzung eine Einfahrt zu einer Tiefgarage haben. Eine Tiefgarage die dann bis zum AMS-Gebäude zurückreicht und vielleicht irgendwann mit einem neuen Projekt vom BFI vorne verbunden wird. Wir wissen, dass das AMS rund 50 Parkplätze plant, wir wissen nicht genau, wie viele das BFI plant, von dem hinteren Projekt wissen wir sowieso gar nichts, aber wir wissen alle ganz genau, dass die Situation bereits jetzt eine Katastrophe ist und wir machen jetzt eine zweite Einfahrt dazu und haben keine Verkehrslösung in diesem Bereich. Es gibt auch die Idee eine Verkehrslösung so darzustellen, dass unter der Straße durch eine Ausfahrt in die Zieglergasse, in den sogenannten Hundsgaben, kommt. Aber auch diese Ausfahrt, wer die kennt weiß ganz genau, dass das das Verkehrsgeschehen und die Abwicklung des Verkehrs in diesem Bereich nicht einfacher macht. Summa summarum möchte ich sagen, dieser Bereich, dieses Areal ist meines Erachtens, und da bin ich nicht alleine, für eine öffentliche Nutzung einfach nicht geeignet. Das sagen auch die Beamten im Haus, dass hier eine klassische Übernutzung eines Grundstückes vorherrscht, und dass man, ich weiß nicht warum, ganz schnell dieses AMS-Projekt durchdrücken will. Wir haben glaube ich vor einem Jahr, heute habe ich es mir angeschaut, am 13. Mai, eine GR-Sitzung gehabt, wo der Vzbgm. Bremm gesagt hat, damals haben wir die Franziskanergründe umgewidmet, wie wichtig das Projekt ist, wie gut vorbereitet und wie oft wir das schon diskutiert haben und dass wir jetzt endlich die Umwidmung machen, weil das AMS dort unbedingt zu bauen anfangen muss. Jetzt haben wir dort ein umgewidmetes Areal mit, wenn ihr euch erinnern könnt, öffentlichem Interesse ist es begründet worden, wir wissen jetzt nicht, was mit diesem Areal passiert. Das öffentliche Interesse ist dort scheinbar nicht mehr so gegeben. Auf einmal zaubert man die zweitbeste Geschichte hervor, dass man eben in den Rudigierpark, wer diesen Park kennt, der eine wunderschöne Grünfläche ist, dieses Gebäude hineinpflanzt. Wir sind alle keine Architekturkritiker. Der Bürgermeister hat von schöner Architektur gesprochen, aber bei der Architektur glaube ich schon, dass man den Gestaltungsbeirat in seinen Ausführungen folgen soll. Wenn der oberste Vorsitzende des Gestaltungsbeirates sagt das ist nicht einmal eine Nullachtfünfzehn-Architektur und das lässt der Bürgermeister jetzt durchgehen. Damit hört es ja nicht auf. Derselbe Architekt hat ja auch schon das Projekt dann davor, das BFI, am Brückenkopf geplant. Ich denke, die Stadt Steyr ist über Jahrhunderte sehr sensibel mit ihrer Stadt umgegangen. Wenn man unseren Stadtplatz betrachtet, haben unsere Vorgänger und Vorgängerinnen da sehr sensibel reagiert. Der Brückenkopf an dieser Stelle gehört meines Erachtens nach wie vor zu einer der wichtigsten und prominentesten Stellen und Plätze in unserer Stadt. Der ist wichtig und dominant. Bevor wir dort sehr rasch und sehr schnell eine zweit- oder drittbeste Lösung realisieren, sollten wir uns gründlich überlegen, welche Nutzung dort hinkommt und wie diese Nutzung ausschauen soll.

Wir haben bei ganz anderen Projekten, die nicht im Stadtzentrum geplant worden sind, ich sage jetzt einmal – auch wenn es kein gutes Beispiel ist – bei der Sporthalle einen Wettbewerb gehabt, wir haben bei den Knoglergründen einen Wettbewerb gehabt, aber ausgerechnet bei jenem Standort, der mitten in der Stadt ist, gibt es keinen Wettbewerb. Da macht sich die Stadt keine Gedanken und es ist der Stadt nicht wichtig, sondern da sagt man, da gibt es einen Betreiber und der Betreiber wird schon einen guten Architekten finden und mit dem Architekten setzen wir das um. Das ist eine sehr gefährliche Angelegenheit, weil das Bauwerk, das dort steht, das wird lange dort stehen, zumindest solange, wie wir alle politisch aktiv sind und es wird das Stadtbild stark mitprägen.

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebgm. Gerhard Bremm.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Die Bezirksbauernkammer ist kein architektonisches Juwel und ich denke mir, auf dieses Niveau müssen wir uns nicht anschließen, wie die Bezirksbauernkammer gemacht worden ist und es muss auch nicht das architektonische Niveau des jetzt bestehenden AMS sein, aber dass wir da direkt am Brückenkopf eine gute Architektur brauchen, ich hoffe, da sind wir uns alle einig.

Unverständlicher Zwischenruf von Bgm. Ing. David Forstenlechner

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das glaube ich eben nicht, und der Gestaltungsbeirat glaubt es auch nicht, darum mein ganz dringender Appell. Jetzt komme ich auch zum Ende meiner ersten Wortmeldung und möchte auch den Antrag, speziell jene Punkte, die wir als Antrag formuliert haben, noch einmal klar machen. Ich denke, das ist ein Antrag, dem man wirklich Folge leisten kann, weil es Punkte sind, die der Gestaltungsbeirat unterstützt und weil es Punkte sind, die auch die Beamten in der Stadtplanung, in der Bauabteilung unterstützen. Es müssen nur jene Maßnahmen getroffen werden, die vorgeschlagen worden sind. Das heißt:

- 1) Bevor man mit dem AMS in die Einreichplanung und in die Genehmigung geht, dort wirklich eine städtebauliche Planung zu machen, eine Analyse zu machen und zu schauen, wo macht es Sinn, Baukörper hinzustellen, wo macht es keinen Sinn und in welcher Dimension macht es Sinn.
- 2) Solange das nicht da ist, wird das Verfahren mit dem AMS ruhend gestellt.
- 3) Auch alle weiteren Planungsschritte werden in Zusammenarbeit mit dem Gestaltungsbeirat abgestimmt. Wir brauchen dort ein vernünftiges Verkehrskonzept, nicht ein paar Zeichnungen und ein paar Planungen. Wir brauchen dort einen Bebauungsplan und was wir dort ganz sicher brauchen, ist ein städtebaulicher Wettbewerb.

Wäre ich Mitglied des Gestaltungsbeirates, dann würde ich heftigst protestieren, wie der Bürgermeister mit ihnen und der Fachmeinung des Gestaltungsbeirates umgegangen ist und es würde mich wundern, wenn sie es nicht tun würden. Ich würde mir das ehrlich gesagt nicht so gefallen lassen. Das ist eine Vorgangsweise, die nicht nur gegenüber uns Gemeinderäten nicht fair ist, sie ist meines Erachtens grob fahrlässig, was die Zukunft unserer Stadt betrifft.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätzter Gemeinderat, verehrte Presse, die heute Gott sei Dank noch da ist. Weil ich glaube, das was sie heute hören, ist ein gewisser Hilfeschrei. Das ist in der Tragweite nicht etwas wie die Amtsberichte des heutigen Tages, die in gewissem Grad durchaus korrigierbar sind. Diese Entscheidung, die jetzt ansteht, oder die der Bürgermeister im Alleingang letzten Freitag verkündet hat, ist eine unwiderrufliche. Da bin ich schon beim Kollegen Kupfer, ich gehe sogar weiter, nicht nur während unserer politischen Tätigkeit wird uns das verfolgen, sondern sogar die jüngsten in diesem Kreise werden das noch in ihrer Pension sehen, was dort gemacht wird. Und es ist eine Einzelentscheidung, die da getroffen wurde, weil ich war in allen Phasen der Vorgespräche als Baureferent dabei. Wenn ich heute da das Wort ergreife, dann deswegen, weil ich möchte nicht, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, ich heiße dieses Bauvorhaben in der Art und Weise, auf diesem Platz, gut. Ich verurteile es entschieden, genauso wie alle Beamte, mit denen ich bisher darüber gesprochen habe. Nicht nur in Einzelgesprächen, sondern das war genauso wie sie sich im Bauausschuss zu Wort gemeldet haben, das war im Planungsausschuss der Fall, das war bei den Begehungen mit dem Gestaltungsbeirat der Fall. Keiner ist mit dieser Lösung zufrieden und glücklich und alle waren wir der Meinung, dieses Projekt kann nur dann gemacht werden, wenn Anpassungen akzeptiert werden. Das ist jetzt komplett umgestoßen worden. Die Teilnehmer des Gestaltungsbeirates haben klipp und klar gesagt, hier baut ihr das falsche Objekt am falschen Platz. Dieser Platz braucht eine Randverbauung und innen gehört ein Innenhof. Das heißt, diese Bäume, die jetzt dort sind, die müssen erhalten werden. Auch beim letzten Gestaltungsbeirat – und der Kollege Hauser war mit oben – hat der Kollege Domenik ganz klar gesagt, macht alles, damit diese Bäume dort erhalten werden, sie sind das Gesicht dieser Umgebung. Ein so ein unsensibler Umgang – wortwörtlich – mit einem Grundstück ist nicht verantwortbar. Weder die Verkehrslösung ist tatsächlich geklärt, hier verweist man auf die Zukunft und sagt, wenn dann noch irgendetwas auf das Grundstück hinkommt, dann verlangen wir eine Ausfahrt über die Zieglergasse. Noch einmal, der

Kollege Hauser war der einzige, der bei der letzten Besichtigung mit dabei war. Wir sind an einem ganz normalen Dienstag Vormittag um 09.30 Uhr dort oben gewesen. Vom Arbeiterverein war ein Parkwächter dort, der sich bemüht hat, ein bisschen eine Ordnung hineinzubringen. Er war heillos überfordert von den zu- und abfahrenden Autos, es war Chaos pur. Ich habe den Verantwortlichen für unsere Verkehrsplanung gefragt: „Was halten sie von dieser Situation, sind sie mit der glücklich?“ Er hat gesagt: „Nein, das ist eine Katastrophe.“ Dort bauen wir jetzt, ohne dass wir grundlegende Änderungen machen, zusätzlich eine Behörde hin, die einen Öffentlichkeitscharakter hat, wo es also nicht nur darum geht, dass ich in einer Tiefgarage 48 Stellplätze anbiete, wo wir alle heute schon wissen, dass das viel zu wenig ist. Der gesamte Besucherverkehr ist damit nicht darstellbar. Schauen sie einmal hin, was sich in der Früh auch beim AMS abspielt, das ist jene Zeit, wo dort das größte Verkehrsaufkommen ist, weil dort auch das Bundesschulzentrum ist. Wir wissen alle, dass das Bundesschulzentrum weiter ausgebaut werden soll. Das heißt, auch vom Gestaltungsbeirat, von unseren Beamten im Haus, massiv bekrittelt, dass die Verkehrssituation dort so nicht tragbar ist. Von der Kubatur her, auch auf das ist vom Gestaltungsbeirat eingegangen worden; die Kubatur, haben sie gesagt, ist für dieses Grundstück einfach zu groß. Ich brauche eine gestaltete Vorfläche. Man hat dann versucht, noch einen Kompromiss zu finden und hat gesagt, macht lieber noch ein Dachgeschoss darauf, aber geht von der Grundfläche zurück, damit man wenigstens ein bisschen ein Entree hat, wenn man sich diesem Objekt nähert. Damit nicht alles nur Parkfläche ist und einen Hofcharakter, aber einen betonierten Hofcharakter, bekommt. Das heißt, der Gestaltungsbeirat hat nicht einfach gesagt, aus – wollen wir nicht, sondern hat durchaus auch Anpassungsvorschläge gemacht und auch die Bauabteilung ist nach wie vor der Meinung, dass Anpassungen notwendig sind. In dieser Phase, wo man versucht hat, mit dem Architekten und auch den Betreibern Korrekturen hineinzubringen, kommt die Pressekonferenz des Herrn Bürgermeisters, der sagt, ich entscheide, dass das so gemacht wird. Entgegen aller Ratschläge, Ratschläge von allen Beamten, von allen Fachleuten, von allen Architekten. Da frage ich mich, ist das wirklich die Weitsicht, die wir von einem Bürgermeister erwarten, oder geht es hier rein um einen Standpunkt, weil ich irgendetwas versprochen habe, weil ich irgendjemanden etwas ermöglichen möchte. Ich glaube, dass die Entscheidung viel zu weitreichend ist, als dass man da jetzt auf das eigene Ego hören sollte. Ich warne ausdrücklich davor, dieses Objekt in der Art und Weise dort zu bauen und ich distanzieren mich ganz klar davon. Sie sind erste Bauinstanz, das ist klar, das Bauansuchen wird trotzdem normal abgehandelt und es wird auch eine Bauinstanz zweiter Instanz geben.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich kann mich eigentlich meinen Vorrednern nur vollinhaltlich anschließen, sowohl dem Andi Kupfer, wie auch dem Kollegen Mayrhofer. Sie sehen, ich habe auch diesen dringlichen Antrag selbstverständlich unterstützt, weil ich auch glaube, dass das für jeden Mandatar hier herinnen eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Alles andere, als das hier nicht zu beschließen, wäre wirklich gegen jegliche Sachpolitik und lässt sich nicht begründen. Ich möchte die Argumente von den einzelnen Vorrednern nicht noch einmal anführen, nur ich gehe davon aus, sie haben alle zu 100 % Recht. Es geht um Sachentscheidungen und wir als Politiker sind gewählt worden, um Sachentscheidungen zu machen. Wenn man Sachentscheidungen machen will, dann sollte man auf Fachkompetenzen hören. Wenn tatsächlich – und das lässt sich auch aus den Protokollen des Gestaltungsbeirates nachlesen – massive Bedenken da sind, dann ist es, denke ich mir, nicht Sinn und Zweck, wenn man sich dann einfach, nur aufgrund von Mehrheitsverhältnissen, über das hinwegsetzt und sagt, ich als Bürgermeister kann das jetzt durchziehen, weil ich eben die erste Instanz bin. Mein Appell; es liegt nicht an mir, ob dieser Dringlichkeitsantrag jetzt beschlossen wird, es liegt nicht am Kollegen Mayrhofer und nicht am Kollegen Kupfer, es liegt jetzt eigentlich nur an den einzelnen Mandataren der SPÖ, weil sie haben hier herinnen die Mehrheit. Ich würde mich sehr freuen, wenn sie diese Mehrheit dazu nutzen, dass man hier einen Zwischenpunkt machen kann und sagt, wir schauen uns das noch einmal an, wir versuchen eine bestmögliche Lösung zu erreichen, weil – wie es auch schon angesprochen worden ist – das ist nicht ein Bauwerk, das für ein paar Monate da steht, mit dem müssen die nächsten Generationen noch leben. Ich darf sie daran erinnern, jeder von uns – denke ich mir – hat irgendwo auch als Maxime, dass man aus Fehlern lernen soll und wenn man jetzt gerade in den Wehrgraben schaut, sind massive Fehler passiert, die man zum Teil leider nicht mehr rückgängig machen kann. Hier kann man noch etwas rückgängig machen, hier kann man einen Fehler, der gerade erst passiert ist, nicht noch einmal wiederholen. Ich würde wirklich an die Mitglieder der SPÖ-Fraktion appellieren, diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu geben und vielleicht auch, Herr Bürgermeister, von deiner Seite her einen Appell an deine Fraktion, weil ich gehe davon aus, dass

deine Fraktion mit dir geht und du bereit bist, hier eine Nachdenkpause einzulegen. Der Kollege Bremm hat heute schon einmal gesagt, er hat die Hoffnung aufgegeben, ich gebe die Hoffnung niemals auf und ich habe heute wirklich die Hoffnung, dass vielleicht die SPÖ-Fraktion, oder zumindest die Mehrheit in diesem Gemeinderat zu diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung gibt. Ich muss mich leider – das habe ich dem Herrn Bürgermeister zu Beginn der Sitzung schon mitgeteilt – entschuldigen lassen, ich sollte eigentlich schon längst weg sein, aber es war mir wichtig, hier noch einmal das Wort zu ergreifen und sie vielleicht ein bisschen dazu zu bewegen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Was nichts anderes heißt, als dass man versucht eine bestmögliche Lösung zu finden und daran müsste jeder von uns interessiert sein.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Wissen sie, die Mehrheit hat auch die Verantwortung, Entscheidungen zu treffen. Es kann nicht so sein, dass keine Entscheidungen getroffen werden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es soll eine sinnvolle Entscheidung getroffen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Das Sinnvolle zeigt sich immer erst im Nachhinein. Ich erinnere nur an die Debatte im Wehrgraben – der Kollege Kupfer hat es angeschnitten – wegen der Erweiterung der Fachhochschule. Dort haben die Fachleute entschieden, nicht der Bürgermeister hat entschieden, nicht die Politik hat entschieden, sondern die Experten haben entschieden. Für uns alle und für die „Wehrgraber“ dort unten, die alle – und auch ich, ich verstehe das zwar nicht so, ich bin ja kein Architekt - sagen, das ist eine Katastrophe, was dort gemacht worden ist. Das war aber die Entscheidung der Fachleute, das war ein Wettbewerb, über 100 Architekten haben sich an diesem Wettbewerb beteiligt. Es ist also nicht nur so, wenn die Mehrheit, oder der Bürgermeister in seiner Kompetenz Entscheidungen trifft; ich erinnere nur an die Rampe, Bahnhofsüberbauung, dort war auch der Gestaltungsbeirat einer anderen Meinung. Aber ich glaube, dass gerade dieses Projekt auch zeigt, dass auch wir in der Politik in der Lage sind, Entscheidungen zu treffen, die in Ordnung sind und die auch in der Bevölkerung akzeptiert werden können. Wir sind dazu da, auch Entscheidungen zu treffen. Der Gestaltungsbeirat ist wichtig, dafür haben wir uns auch entschieden, der hat einen Beratungscharakter und nicht einen Entscheidungscharakter. Also, diese Entscheidung wird uns sowieso niemand abnehmen können.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie können aber nicht den Rückschluss ziehen, dass irgendwann einmal die Experten falsch entschieden haben, dass automatisch in diesem Fall die Politik jetzt richtig entscheidet. Das wäre der falsche Umkehrschluss.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Aber umgekehrt auch nicht. Die letztgültige Entscheidung hat das Gremium zu fällen. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrten Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Die Genehmigung des AMS-Projektes durch den Herrn Bürgermeister ist ja wirklich mehr als schwer verständlich. Meine Vorredner haben ja schon sehr ausführlich Stellung bezogen und ich kann mich daher kurz fassen, möchte aber doch einige Punkte aus unserer Sicht herausgreifen und auch begründen, warum wir diesen Dringlichkeitsantrag ebenfalls unterzeichnet haben. Da leistet sich nämlich die Stadt Steyr – und in dem Fall passt die Argumentation – den Luxus eines Gestaltungsbeirates, obwohl das eine grundsätzlich gute Einrichtung ist, und beauftragt Architekten und Fachleute, die aus allen Teilen Österreichs kommen, damit, zu beurteilen, wenn es um Bauprojekte in sensiblen Bereichen unserer Stadt geht, ob eben diese Baulichkeiten dort auch dem Stadtbildcharakter und allen anderen entsprechenden Vorkehrungen – auch Verkehrsaufschließungsmaßnahmen – tatsächlich entsprechen, um eben dem politischen Entscheidungsträger eine Argumentationshilfe in die Hand zu geben. Es ist durchaus richtig, was der Kollege Bremm gesagt hat, dass der Gestaltungsbeirat einen Empfehlungscharakter hat und entscheiden muss die Politik. Das ist vollkommen richtig, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte hier schon eines sehr deutlich zum Ausdruck bringen, im Protokoll steht ja unter anderem drinnen, dass der Beirat die Auffassung vertritt – nach wie vor diese Auffassung vertritt, weil er sich ja mehrmals mit diesem Projekt beschäftigt hat – dass die eingereichte Objektplanung keine adäquate Lösung darstellt usw. Ich möchte jetzt gar nicht auf die einzelnen Worte noch eingehen. Er hat sich also mehrmals damit beschäftigt und ist nach wie vor der Meinung, dass das keine Lösung

darstellt, was die Baulichkeiten betrifft usw., aber darauf wurde ja bereits eingegangen. Er hat sich also in der Formulierung im Protokoll eigentlich sehr vornehm ausgedrückt und zurückgehalten. Ich war nämlich bei dem Tagesordnungspunkt 5) hier in diesen Räumlichkeiten anwesend, wo es um die Zusammenfassung der begutachteten Projekte gegangen ist.

GR Mag. Michaela Frech verlässt um 18.30 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Da habe ich auch – zu meinem Erstaunen – ganz massivere Worte gehört, die ich jetzt gar nicht alle wiederholen möchte. In den Grundzügen kann und will ich ihnen aber diese Äußerungen gar nicht vorenthalten. Da hat z. B. ein Herr dieses Beirates gemeint: „Man könnte eigentlich davon ausgehen, wenn man nach Steyr kommt und weiß, dass die Stadt Steyr im besonderen Maße auf ihre Bausubstanz zu schauen hat, dann rechnet man damit, dass man zumindest Einreichpläne, die in den Grundzügen stadtbildverträglich sind, vorfindet. Das ist aber nicht der Fall,“ - es wurde heute auch schon darauf hingewiesen – „das ist nicht einmal ein 0815-Projekt und so etwas baut man nicht einmal in der Peripherie.“ Diese Worte sind gefallen und vor allen Dingen, und das möchte ich auch hier sehr deutlich zum Ausdruck bringen, hat sich eigentlich der Gestaltungsbeirat hintergangen gefühlt, denn man hat schon sehr deutlich erkannt, dass dieser Tagesordnungspunkt an und für sich bereits abgehandelt ist und sich der Gestaltungsbeirat eigentlich mit einer Thematik beschäftigt hat, aufgrund der Neueinreichung dieses Bauplanes und der – ich sage es einmal sehr vorsichtig – vermutlichen Genehmigung des Herrn Bürgermeisters, sich also noch einmal pro forma damit beschäftigt hat.

Vizebgm. Ing. Dietmar Spanring verlässt um 18.33 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Gestaltungsbeirat hat sich eigentlich hintergangen gefühlt. Da komme ich noch einmal zurück zu den Worten, die ich vorher gebraucht habe, da leistet sich die Stadt Steyr den Luxus, hochbezahlte Fachleute nach Steyr zu holen, die eine Begutachtung abgeben sollen, über Projekte, die in Wahrheit schon entschieden sind. Das – das muss ich wirklich auch sehr deutlich sagen – ist wirklich keine Vorgehensweise, die dazu beiträgt, dass sich in Zukunft Leute überlegen, nach Steyr zu kommen und ihre Zeit dafür opfern – so endlich ist das auch ausgedrückt worden – wenn sowieso schon Entscheidungen getroffen worden sind. Da gäbe es andere und wichtigere Aufgaben. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, und es wurde auch bereits darauf hingewiesen, dass wir durchaus stolz darauf sein können, dass sich solche Fachleute mit der Verbauung in unserer historischen Stadt Steyr beschäftigen und eben entsprechende Stellungnahmen abgeben, die eben eine Entscheidung für den Politiker leichter machen. Es ist also tatsächlich so, dass hier offensichtlich einiges schief gelaufen ist. Es ist tatsächlich einiges schief gelaufen, vor allen Dingen die Vorgangsweise ist einfach nicht zu gutieren. Ich weiß schon, dass wir das als kleine Gemeinderatsfraktion nicht ändern werden können, aber ich erlaube mir trotzdem, darauf hinzuweisen, dass man sich in Zukunft überlegen sollte, wenn man tatsächlich all das vom Tisch wischt – und das ist all das, was der Gestaltungsbeirat in zwei Begutachtungsverfahren hier nicht als gut empfunden hat – ob man dann überhaupt diesen Beirat, der ja schlussendlich dem Steuerzahler hohe Kosten verursacht, aufrecht erhält. Das glaube ich, sollte man auch überlegen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Kollege Hackl bitte.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Kritik mancher politischen Fraktionen über den Neubau des AMS halte ich für gelinde gesagt übertrieben, denn entgegen der Argumentation hier – die Experten des Gestaltungsbeirates würden degradiert, ich glaube, so hast du es über die Zeitungen ausrichten lassen, lieber Andi Kupfer, - wurde vielmehr auf den Gestaltungsbeirat gehört und die Planung verändert und auch verbessert, ganz besonders auch im Bezug auf die Tiefgarageneinfahrt, das ist Faktum. Dass nicht allen Vorstellungen des Gestaltungsbeirates entsprochen wurde und werden konnte, stimmt natürlich, das ist überhaupt keine Frage. Hier muss man aber schon auch sehen, was verlangt wurde, nämlich vom Gestaltungsbeirat und in welchem Verhältnis diese Wünsche zur Realität stehen. Es ist doch wirklich nicht einzusehen, dass einem Bauwerber, der sich für ein Grundstück entscheidet, das die richtige Widmung hat, Kerngebiet, der dafür eine Architektenplanung vorlegt und beauftragt und dann dieses Projekt dem Gestaltungsbeirat vorlegt, dieser Gestaltungsbeirat dem Bauwerber bescheidet, er möge doch so gut sein und dieses Projekt auf das Nachbargrundstück bauen. Das ist doch völlig skurril und genauso ist

es hier passiert und damit hat eigentlich diese traurige und unendliche Geschichte begonnen. Da gibt der Gestaltungsbeirat dem Bauwerber den Hinweis, er soll auf ein fremdes Grundstück bauen, das kann doch nicht Aufgabe des Gestaltungsbeirates sein, das kann er sich wünschen und das kann er vorschlagen, aber es ist doch völlig realitätsfern. Wenn von den Grünen, von der ÖVP und von dir, lieber Baustadtrat Gunter, Zeter und Mordio geschrien wird, dann ist das unglaublich. Gerade du als Baustadtrat bist dafür verantwortlich, es ist eigentlich deine Verpflichtung, die Bauwerber in unserer Stadt zu unterstützen und ihren Projekten, soweit die Widmung stimmt und das ins Ensemble passt, zum Durchbruch zu verhelfen, das ist deine Verpflichtung, dafür bist du hier, denn die Experten des Gestaltungsbeirates, wenn die der Meinung sind, es wäre besser, die Kreuzschwestern würden weiterhin ihren Park dort belassen, und möglichst noch der Öffentlichkeit zugänglich machen, auf das bin ich gespannt, wie das geht, dann mag das aus Sicht der Experten ja richtig sein, die haben ja nichts zu verantworten, denen gehört ja der Grund nicht. Für einen Baustadtrat, aber auch für alle anderen, die hier Verantwortung tragen, ist diese Haltung meiner Meinung nach absolut unakzeptabel. Wir, die Politik, sind nämlich verpflichtet, uns an die rechtlichen Gegebenheiten zu halten und dort bauen zu lassen, wo die Widmung stimmt, dafür sind wir verantwortlich und Projekte vorgelegt werden, wo das hinpasst und stimmig sind und die mit der Nachbarschaft verträglich sind. Es war und ist daher absolut richtig, dass der Bürgermeister Forstenlechner hier für den Bauwerber entschieden hat, für die AMS, dass da grünes Licht gegeben wird für ein Projekt mit der Investitionshöhe von 4,4 Mio. Euro und dass hier endlich das AMS-Projekt verwirklicht wird und die Mitarbeiter, wie auch die Kunden des AMS, endlich ein adäquates und modernes neues Zuhause bekommen. Der Herr Vizebgm. Bremm hat es eh schon gesagt, da drüben, die Bahnhofsüberbauung, wenn sich damals der Gemeinderat an die Vorgaben oder an die Wünsche des Gestaltungsbeirates gehalten hätte, hätten wir sie heute noch nicht und würden rundherum fahren und die 150 Parkplätze hätten wir auch noch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Frau GR Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN UTE FANTA:

Werte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe noch eine Frage, die – glaube ich – nur sie beantworten können. Warum muss dieses wichtige und große Projekt an dieser umstrittenen Stelle, gegen so widrige Umstände, jetzt durchgezogen werden? Warum muss das jetzt sein, woher diese Dringlichkeit, warum muss das so schnell gehen? Das ist meine Frage an sie.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Herr GR, StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der lieber Kollege, Vizebgm. Bremm, hat heute Probleme mit den Bezeichnungen und das wird er hoffentlich noch lernen, weil das verpflichtend vorgeschrieben ist, da ist keine Wahlmöglichkeit, lieber Freund Gerhard. Der Kollege Hackl hat angesprochen, dass es meine Aufgabe als Baureferent ist, bauen zu lassen. Ja, und zwar so, wie es die Fachleute, auch die, die im Haus sind, als richtig empfinden. Der Unterschied zu allem, was hier gesprochen wurde und zu früheren Vorkommnissen ist, dass a) nicht eine Fraktion dagegen ist, sondern erstmalig die gesamte Opposition, alle vier anderen Fraktionen sind dagegen; b) die Fachleute bei uns im Haus haben durch die Bank gesagt, in dieser Art und Weise ist das Objekt dort nicht richtig. Ein jedes Grundstück trägt eine gewisse Kubatur. Das heißt, ich bin vollkommen bei dir, dass man auf einem gewidmeten Grundstück bauen kann, aber nicht alles, sondern in einer Kubatur und in einer Art und Weise, wie es vorgegeben wird und wie es machbar ist. Dazu fehlt mir, als Baustadtrat, und dazu bekenne ich mich, alleine das Wissen, ich habe eine andere Ausbildung, aber dazu bediene ich mich unserer Spezialisten im Haus und ergänzend dazu, jener des Gestaltungsbeirates. Wenn alle diese Gremien, alle diese Leute sagen, dass ist so nicht gut, dann bewundere ich den Mut eines Mannes, der das auch nicht gelernt hat, der aber für sich in Anspruch nimmt, die Weisheit anscheinend alleine zu haben und entscheiden zu können, ob das für die Stadtentwicklung und der Architektur das Richtige ist. Es ist nämlich falsch, dass man dem Bauwerber von Beginn an signalisiert hat, das ist es und möglich. Schon das erste Schreiben des Baudirektors war hinweisend, bauen kann man auf diesem Grundstück, aber da kommen viele Auflagen dazu. In allen Gesprächen, die sowohl mit dem Architekten, als auch mit dem Bauwerber von der Bauabteilung geführt wurden, ist darauf hingewiesen worden, dass dieses Bauwerk hier auf diesem Platz zu groß ist. Von Beginn weg, nur uneinsichtig war der Bauwerber, weil es ist ja nicht so, dass es das einzige Grundstück ist, das angeboten wurde. Laut Aussage des AMS – und du weißt, ich sitze selber in diesem Gremium – hat es 6 verschiedene Angebote gegeben.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Aber es gibt schon ein österreichisches Vergabegesetz, an das man sich halten muss.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Von diesen 6 Objekten wäre jedes machbar gewesen. Die Begründung vom AMS Wien war, dass ist das günstigste.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Aber das haben nicht wir beeinflusst.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein, aber es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, für die günstigste Bauweise zu sorgen, sondern gerade auf so einer exponierten Stelle haben wir die Verpflichtung und die Aufgabe, eine vernünftige Verbauung zu garantieren und um nichts anderes geht es hier. Hier geht es nicht darum, dass wir das Verbauen auf dieser Parzelle verhindern wollen, sondern wir sagen, es müssen die Auflagen erfüllt werden, es muss die Kubatur eingehalten werden und wir sollen jetzt die notwendigen Verkehrsmaßnahmen einhalten, z. B. die Ausfahrt in die Zieglergasse, dann kann man sich das vorstellen. Jetzt nur zur weiteren Vorgehensweise, weil der zuständige Referent in diesem Fall ist ja auch nicht der Bürgermeister; von den einzelnen Fachabteilungen muss jetzt die Beurteilung eingeholt werden. Alleine z. B. aus Ortsbildgründen ist entweder ein Ortsbildgutachten zu bringen, oder man kann auch die Aussagen des Gestaltungsbeirates heranziehen. Zieht man die nicht heran, weil die sind logischerweise ja negativ, dann muss bei uns im Haus ein positives Gutachten erfolgen. Das kann natürlich auch mit Weisung des Bürgermeisters verlangt werden, aber nur möchte ich schon darauf hinweisen, das kann dann nur gegen meinen Willen gemacht werden.

GEMEINDERAT GERALD HACKL:

Musst du eine Weisung geben, dass das negativ ist.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein, ich will nur eines gewährleisten, dass auch unsere Beamten hier weisungsfrei arbeiten können und das ist mit dem vorweggenommen, kaum mehr möglich. Wenn der Kollege Bremm sagt, das wird ja eh im Gremium entschieden, dann möchte ich wissen, in welchem Gremium, wenn am Freitag die Pressekonferenz war, wo die Entscheidung mitgeteilt wurde. Das ist alleine die Entscheidung des Bürgermeisters.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Herr StR Hauser bitte.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ich will mir überhaupt nicht anmaßen, dass ich jetzt weiß, ob das dort jetzt richtig oder falsch ist, ob das dort schön oder nicht so schön ist, ich möchte euch nur zwei Empfindungen wiedergeben, die ich so gehabt habe, in zwei unterschiedlichen Projekten, die in letzter Zeit diskutiert worden sind. Einerseits, wie der Herr StR Mayrhofer schon gesagt hat, war ich ja bis zum Ende der Diskussion bezüglich des AMS-Gebäudes hier im Gestaltungsbeirat dabei und habe also wahrgenommen, dass sich die drei Herren erstmals darüber irrsinnig geärgert haben, dass es um eine Einreichplanung geht und in Wirklichkeit zuerst einmal gar nicht mehr über das Projekt diskutieren wollten.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist auch eine Frechheit.

STADTRAT WILHELM HAUSER:

Ich sage nur, dass es so war. Daraufhin haben wir dann einen Lokalausweis gemacht, wir haben dort natürlich die Verkehrssituation gesehen, so wie es der Herr StR Mayrhofer gesagt hat, und man muss dort aber auch sagen, dass es in Wirklichkeit vorgesehen wäre, dass es eine Parkplatzorganisation gibt, die nicht nur der Arbeiterverein macht, sondern die auch die Bezirksbauernkammer machen müsste, die sie aber nicht macht. Dann ist dort diskutiert worden und siehe da, jeder von uns hat gesehen, dass er nur bis zum Zaun kann, und jeder von uns hat gesagt, die schönen Bäume. In Wirklichkeit ist dann, wie man weggegangen ist, darüber diskutiert worden – und das möchte ich euch wiedergeben – wie man denn den Bauwerber und Architekten dazu bewegen könnte, sozusagen in der Grundkubatur kleiner zu werden und nach oben zu bauen. Obwohl dreimal gesagt worden ist, dass der Nachbar nicht zustimmt, dass das in die Höhe geht, aber

das hat niemanden interessiert, man hat es wieder vorgeschlagen. Dass man in der Breite kleiner werden sollte und in die Höhe gehen sollte, weil dann wären drei Bäume zu retten. Nachdem ich dann gesehen habe, wie hier diskutiert wurde, mit dem Architekten Falkner und dem Vertreter des AMS, der also hier den Bauwerber vertreten hat ...

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:
Das war ein Vertreter von der Baufirma.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Für mich war er einer, der vom AMS mitgeschickt wurde, ob er jetzt dem AMS angehört hat oder nicht, so war es halt für mich wahrnehmbar. Es war halt einfach so, dass wie beide Herren gesagt haben, das geht nicht und der Herr Architekt Falkner sich zu fragen getraut hat, ob leicht das Projekt keinem gefällt, sagt der Herr Architekt DI Boris Podrecca darauf, das kann niemandem gefallen. Da sage ich, das ist eine subjektive Wahrnehmung, das ist seine Geschichte, weil es ihm nicht gefällt.

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn StR Gunter Mayrhofer

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Lassen sie mich einmal ausreden, Herr Stadtrat, ich möchte gleich die Verbindung schließen. Ich habe mich – unter anderem haben sie das auch gesehen, weil sie ja auch dort waren – zur Erstdiskussion Wehrgraben begeben. Siehe da, dort ist ein DI Dr. Helmut Reitter aus Innsbruck eingeladen gewesen, der zu der Diskussion Fachhochschulzubau Stellung nehmen sollte. Der hat das überhaupt nicht so gesehen, wie die ganzen anderen Leute vom Wehrgraben. Der hat nämlich gesagt, es muss sich neue Architektur mit altem verbinden können und die Leute sollen gefälligst warten, bis das fertig ist und sich das anschauen, wie das aussieht und war nicht derjenige, der gesagt hat, das gehört jetzt weggerissen. Wie der Herr Falkner dann gesagt hat, er wüsste ein paar Sachen, wie man das nachher verschönern könnte, hat er gesagt, der größte Fehler wäre, wenn jetzt ein anderer Architekt herkommt und etwas daran tun würde, weil dann würde es noch schlechter. Ich will jetzt nicht werten, ob das Fachhochschulgebäude schön ist oder nicht, weil ich glaube, auch das ist eine subjektive Wahrnehmung und ich mute mir auch nicht zu, zu sagen, das AMS-Gebäude ist gut oder schlecht, richtig oder falsch, schön oder „schiarch“. Ich sage nur eines, der Grund wird dort gekauft, der Bauwerber bringt dort ein Ansinnen ein, die rechtlichen Vorgegebenheiten sind so, dass er es dort bauen darf und ich muss euch ganz offen und ehrlich sagen, erzählt mir bitte einmal, wer bis jetzt dort in dem Park spazieren gehen konnte, außer er ist dort in die Schule gegangen.

GR Mag. Gerhard Klausberger verlässt um 18.50 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Kupfer, die zweite.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Leider die letzte, ich werde euch höchstwahrscheinlich nicht überzeugen können. Ich befürchte es, die Tragweite der Entscheidung ist von meinen Vorrednern schon dokumentiert worden. Ich kann mich noch erinnern, wie der Bürgermeister Bürgermeister geworden ist und wie so seine Anfangsworte waren, wie er sich politische Arbeit in Steyr vorstellt. Er hat das immer damit verglichen, wie er bei BMW gearbeitet hat. Du hast, ich kann mich erinnern, ich weiß nicht wie oft, das Wort Projektmanagement erwähnt. Projektmanagement, das gehört im Magistrat eingeführt und bei den Projekten gehört das eingeführt, wir müssen Projektmanagement machen. Da gebe ich dir völlig Recht, ich nehme einmal an, alle hier herinnen geben dir dabei Recht, aber was du, mit dieser Entscheidung bewirkt hast, ist alles andere wie Projektmanagement. Weil du fängst bei dem Projekt dort an, wo es eigentlich vorbei ist. Es sind nämlich sämtliche Vorfragen nicht geklärt und es hat nicht nur der Gestaltungsbeirat gesagt, über den kann man jetzt diskutieren und ich finde es unseriös zu sagen, vor sechs oder vor zehn Jahren hat der Gestaltungsbeirat das so gesehen und heute sehen sie es anders. Das sind ganz andere handelnde Personen. Man kann über jede einzelne Entscheidung diskutieren, aber dass führende Mitarbeiter dieses Hauses in der Bau- und Stadtplanungsabteilung es genauso sehen, dass es Journalisten so sehen, dass es sämtliche Oppositionsparteien so sehen, ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Welche Journalisten?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Welche Journalisten das so sehen, kann man aus der Medienberichterstattung der letzten Wochen erkennen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist ja vorgekaut.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist nicht vorgekaut, denn die Berichterstattung war äußerst seriös und genau, auch was die Stellungnahme des Gestaltungsbeirates betrifft. Die Stadt hat – und das ist das Problem bei der ganzen Geschichte – seine Hausaufgaben nicht gemacht. Es sind die Voraussetzungen für dieses Projekt nicht geschaffen worden. Man kann jetzt natürlich diskutieren, ist das der richtige Standort für dieses Gebäude, oder nicht, bzw. da gibt es einen, der ist Besitzer und er will das Bauwerk dort haben. Aber warum ist das so? Warum sagt das AMS, oder der Besitzer dieses Grundstückes, dort muss es gebaut werden? Weil wir unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben. Wir hätten sagen müssen, wo kann gebaut werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Früher, ja.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wir hätten einen Bebauungsplan machen müssen, wir hätten einen städtebaulichen Wettbewerb machen müssen und das haben wir nicht gemacht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Früher, ja, das stimmt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das heißt, wir haben dort oben keinen Bebauungsplan und wir pflanzen jetzt ein Gebäude – ich bin mir da sicher, auch der Gestaltungsbeirat ist sich da sicher – an einem völlig falschen Platz hin.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Du bist ein Super-Städteplaner.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich bin kein Städteplaner, ich nehme nur – genauso wie meine Kollegen – die Meinung der Experten auf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, das stimmt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das ist für mich so etwas von logisch und nachvollziehbar und ich verstehe eure Argumentation überhaupt nicht.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Gerald Hackl.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sorry, tut mir Leid. Es gibt ja ein Verkehrsgutachten für dieses Projekt. Dann schaut man sich dieses Verkehrsgutachten an.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Der Kollege Mayrhofer sagt, das ist ein Gefälligkeitsgutachten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es ist übrigens vom Gestaltungsbeirat positiv beurteilt worden.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wer hier herinnen hat sich dieses Verkehrsgutachten wirklich angeschaut und was da drinnen steht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich habe es mir angeschaut.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

In diesem Verkehrsgutachten ist keine Maßnahme, kein Vorschlag drinnen. Da drinnen ist eine Bestandsaufnahme, wie es derzeit ist und dass die Kreuzung derzeit bereits beinahe überlastet ist. Da ist aber nicht geplant, was noch dazu kommt, da ist nicht berücksichtigt worden, weil sie es noch gar nicht gewusst haben, wie viele Parkplätze bei der Parkgarage kommen. Das heißt, es gibt kein Verkehrskonzept, es gibt kein Verkehrsgutachten.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

In dem Verkehrsgutachten steht das nicht drinnen. Ich sage es nur, das ist Realität. Es hat mir noch kein einziger von euch sagen können, wie die Verkehrsabwicklung dort wirklich vernünftig abgehandelt werden soll. Ich sage nur, die Linksabbieger, herausfahrend Richtung Stadt. Ich sage nur, die Linksabbieger von Garsten kommend, dort hinein.

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebgm. Gerhard Bremm.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Der Verkehrsstadtrat sitzt da.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Jetzt schleimen alle dort mit deiner Wirtschaftskammer. Na, du hast da hingebaut und die ganzen Anrainer von dort draußen sind sauer. Da war eine ganze Delegation da und hat gesagt, eine Sauerei, dass das dort steht.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Gunter Mayrhofer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Darf ich weitermachen? Der Verkehrsstadtrat Oppl sitzt da bei uns. Wir haben im letzten Verkehrsausschuss darüber debattiert, wie wir für den Linksabbieger in der Rooseveltstraße eine Lösung herbeiführen, an einem Punkt, wo die Verkehrsbelastung sehr groß ist. Dass die Verkehrsbelastung bei dieser Kreuzung, Richtung Garsten, in der Zukunft keine abnehmende sein wird, ist auch klar. Wir haben dort das Reithoffergebiet, wir haben dort Bebauungen, demnächst wird dort ein Billa gebaut, das heißt es geht nicht nur in Richtung AMS oder Bezirksbauernkammer, sondern wir haben dort auf alle Fälle mit einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen zu rechnen. Wir werden uns noch anschauen, wenn wir dieses Gebiet so bebauen, wie es jetzt bebaut wird, dort wird es genau solche Verkehrsprobleme wie überall in Steyr geben. Sie werden uns wieder den Vogel zeigen, was denn die Politik in Steyr plant, bzw. was sie nicht plant. Der Willi Hauser war bei der Sitzung des Gestaltungsbeirates dabei und ich interpretiere die Haltung des Gestaltungsbeirates insofern, dass sie dann über Geschosshöhen diskutiert haben, weil sie schon gewusst haben, die Geschichte wird durchgedrückt und was kann man jetzt noch retten. Das ist das Problem, dass der Gestaltungsbeirat eigentlich immer zu einem Zeitpunkt geholt wird, wo es schon zu spät ist. Die Diskussion im Wehrgraben war meines Erachtens eine sehr interessante und der Kollege Hauser hat den Helmut Reitter zitiert. Der Helmut Reitter, ein Architekt aus Steyr, der im September in Venedig auch bei der Biennale teilnehmen wird, der dorthin geschickt worden ist, als österreichischer Architekt und der hat dort, meines Erachtens hast du völlig Recht, mit seiner Beurteilung was das Fachhochschulgebäude betrifft, da gebe ich ihm übrigens auch 100 % Recht in seiner Beurteilung. Das Problem beim Wettbewerb bei der Fachhochschule war das, nicht dass wir dort schlechte Architekten gehabt haben, nicht dass eine Jury vielleicht schlecht geurteilt hätte, es hat dort ein Raumprogramm gegeben, das die Architekten erfüllen mussten. Ein Raumprogramm, dass von der Stadt und auch von dir, als oberster Bauherr, nicht überprüft worden ist, ob das an diesem Standort überhaupt möglich ist. Dort ist genau das selbe passiert.

Unverständlicher Zwischenruf von Bgm. Ing. David Forstenlechner.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Da hat sich die Stadt auch keine Sorgen gemacht, bzw. hat sich nicht überlegt ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da hätte ich über die Fachleute hinweg entscheiden müssen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Nein, du hättest vorher ..

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist ja interessant.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Nein, du verstehst mich falsch. Du hättest vor diesem Wettbewerb sagen müssen, dort ist eine Kubatur und ein Raumprogramm von einer gewissen Dimension möglich und nicht mehr.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Und die Jury hätte das nicht sagen können?

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Die Jury hat 80 Projekte vorgelegt bekommen, ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, 6 Projekte hat sie vorgelegt bekommen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Okay, sie hat 6 Projekte vorgelegt bekommen, wo Architekten mit diesem Raumprogramm, das du nicht beurteilt hast ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich kann das gar nicht beurteilen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aber deine Mitarbeiter müssen das beurteilen können, was dort möglich ist oder nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Und der Architekt muss das beurteilen, ob das Gebäude dort hinpasst oder nicht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Dem Architekt bleibt nichts anderes übrig, als dass er das macht, was in den Wettbewerbsunterlagen drinnen steht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So ein Blödsinn, der hätte ja sagen können, dort passt keines hin.

Diskussion verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Der Architekt hätte sagen können, das kann ich dort nicht erfüllen, diese Aufgabe geht dort nicht. Das muss man erwarten können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So ein Blödsinn.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Dass ein Architekt bei einem Wettbewerb sagt, ich plane dort nicht und ich beteilige mich nicht an der Planung, so etwas habe ich überhaupt noch nicht gehört.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber die Jury hätte sagen können – und da sind alle dabei gesessen, da sind die vom Gestaltungsbeirat dabei gesessen, unsere Beamten sind alle dabei gesessen und jeder ist im „Winkler“ gesessen. Dann hat es noch eine Bauausschusssitzung gegeben, da haben wir auch alle präsentiert bekommen, wie hoch das wird. Ich habe keine einziges Wort gehört, ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein, nein, der Dr. Kaiser ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, der Dr. Kaiser hat vielleicht irgendetwas in der fünften Reihe hinten gesagt. Aber jetzt müsst ihr euch vorstellen, ich als Bürgermeister hätte dann die Fachleute überfahren müssen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Nein, nein, nicht überfahren, aber du hättest am Beginn der Planung die Voraussetzung dafür schaffen müssen und das ist nicht passiert.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich hätte wahrscheinlich das Raumprogramm erstellen müssen, da hört es sich doch auf.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

So, der Kollege Kupfer ist am Wort und will ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

... eigentlich zum Schluss kommen. Ich weiß nicht, ob es euch interessiert, aber die Ausführungen vom Architekten Reitter waren insofern sehr interessant, dass er nicht nur die Beurteilung der Fachhochschule abgegeben hat, sondern dass er auch einen Planungsprozess, wie er in Innsbruck durchgeführt worden ist, den er begleitet hat, vorgestellt hat, wo es um eine ähnliche Situation wie beim Gaswerkareal gegangen ist, aber wo es eigentlich auch um Situationen gegangen ist, die man auf alle Teile unserer Stadt übertragen könnte. Nämlich, dass man bevor man in die Objektplanung geht, sich vorher überlegt, was will man eigentlich im Umfeld haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das plant er ja alles.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Genau das ist hier nicht passiert.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bei dem Gebäude ist es nicht passiert.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Bei dem Gebäude ist es nicht passiert und wenn wir voriges Jahr beim Gaswerkareal, beim Studentenheim im Stadtplanungsausschuss nicht aufgeschrien hätten, dann hättet ihr das auch durchgezogen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Andi, wenn du wirklich so eine Städteplanung für den Bereich haben wolltest, dann hättest du es beim Bau des City-Points machen müssen, nicht jetzt, wo das in der zweiten Reihe hinten steht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Was ich jetzt gesagt habe, da gibt es Protokolle, habe ich beim City-Point genauso gesagt, wo es um die Dimension gegangen ist ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber nicht, wenn schon die Gebäude dort stehen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

So, der Kollege Payrleithner ist am Wort.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich glaube, dass es schon wichtig ist, dass sich der Gemeinderat bei der Weiterentwicklung der Stadt die Zeit nehmen sollte, ausführlich darüber zu diskutieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Da bin ich auch dafür.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Weil so ein bisschen der Eindruck entstanden ist, das sollte jetzt abgedreht werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein wirklich nicht.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. So ein bisschen schwebt jetzt der Hauch der Siebziger-Jahre über den Gemeinderatssaal, wo ein mit 2/3 Mehrheit ausgestatteter Bürgermeister in verblendetet Machtpotenz auch einmal geglaubt hat, in Steyr alles durchziehen zu können. Es erweckt ein bisschen so den Anschein an Zeiten, wo wir eigentlich geglaubt haben, dass wir sie überwunden haben. Anders ist das nicht erklärbar, dass man hier so eine Vorgangsweise wählt. Ich verstehe das eigentlich nicht ganz und weil es dazu passt und heute schon einmal angesprochen wurde, wir bekennen uns auch heute noch dazu, dass man damals auch auf die Fachmeinung hätte hören sollen, dieser Glaspalast dort drüben. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass man das damals hätte tun sollen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Welcher Glaspalast?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wie es heute auch angesprochen wurde. Man hat auch gegen die Meinung des Gestaltungsbeirates dieses Parkhaus dort drüben so errichtet, da hätte man auch länger darüber diskutieren sollen. Zum Wehrgraben, weil es gut dazu passt. Eines wird hier immer wieder vergessen, ich war ja ziemlich am Anfang der Diskussionen schon dabei, wie das mit dem FAZAT usw. dort unten war, man sollte auch hier einmal sagen, dass es dort unten nämlich auch ein anderes Projekt gegeben hat, das anders ausgeschaut hat, das in der Kubatur anders war und das durchaus verträglicher gewesen wäre. Diskussion verschiedener Mandatare.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Das ist aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen in der Versenkung verschwunden. Es hat sogar ein Modell dort unten gegeben, da kannst du deinen Vorgänger fragen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Kenne ich alles.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Der hat dann selber gefragt, warum das verschwunden ist und man hat dann mit komischen Ausflüchten in die EU, Ausschreibungsgründen usw., dieses Monstrum dort unten produziert.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wenn man schon darüber spricht, dass wir da herinnen – wie der Kollege Fraktionsobmann sagt – die Entscheidungen treffen, dann hättest du das dort unten wahrscheinlich verhindern können, wenn das wirklich damals schon ein Problem war. Das jetzige Projekt hättest du wahrscheinlich letzten Endes verhindern können.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Freilich hätte ich das verhindern können, so ungefähr über alle Experten hinweg.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

In meiner Anfangsphase, als ganz „Frischgangter“ da herinnen, hätte ich das entscheiden sollen. Ihr seid ja wirklich gut.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Dann hätten sie gesagt, der Bürgermeister Forstenlechner traut sich was.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, der traut sich gleich am Anfang was.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich möchte aber zum gegenständlichen Dringlichkeitsantrag abschließend noch etwas feststellen. Es

ist ja nicht immer leicht, sich der Argumentation der Frau Kollegin Frech anzuschließen, aber heute tue ich das einmal wirklich ausdrücklich. Es muss doch einmal möglich sein, in den 13 Jahren, seit ich jetzt da herinnen sitze, ist das ja leider noch nie passiert, dass die Mehrheitsfraktion einmal über ihren Schatten springt und sagt, jawohl, wir schauen uns das noch einmal an. So dringend kann ja die ganze Geschichte gar nicht sein, weil das AMS hat sich ja schon einmal für ein anderes Projekt, für ein anderes Grundstück in Steyr entschieden.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Das ist ja nicht wahr!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Da ist der ganze Gemeinderat an der Nase herumgeführt worden, weil es geheißen hat, mit dem Titel des öffentlichen Interesses müssen die Franziskanergründe umgewidmet werden. Nachher, wie das dann umgewidmet war, war überhaupt kein Interesse mehr da. Jetzt ist man dann auf ein anderes Grundstück ausgewichen, also so dringend und so wichtig kann das für das AMS nicht sein, weil sonst würde nicht diese Vorgehensweise gewählt werden und kein Mensch braucht diese, inzwischen leider, umgewidmeten Franziskanergründe. Es wäre besser gewesen, wenn ihr damals geschlossen dagegen gewesen wäret, weil eigentlich haben sie uns dort auch nur am Schmah gehalten. Zur Frau Frech, abschließend noch einmal, ich möchte wirklich an alle appellieren, ich glaube, dass wir das heute wirklich einmal tun sollten, sich das noch einmal durch den Kopf gehen lassen, diesen Dringlichkeitsantrag beschließen. Wie der Kollege Mayrhofer gesagt hat, niemand unterstützt die Überlegung, dass man in Steyr jetzt nichts mehr bauen darf, oder dass jetzt nichts mehr geschehen soll, aber ich glaube, dass diese Vorgangsweise für die Entwicklung der Stadt und für die Zukunft nicht gut ist und darum sollten wir uns diesem Antrag anschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Ich möchte nur einen Satz sagen. Der Bürgermeister hätte da im Wehrgraben verhindern müssen; also ich würde schon ersuchen, auch für zukünftige Debatten, dass wir die schon versachlichen. Der Bürgermeister hätte gar nichts verhindern können, weil er nicht zuständig ist. Die Beamten haben das auch beurteilt und einer kann nicht gegen alle anderen das verhindern. Es ist dort auch nicht die Stadt der Eigentümer, es ist auch nicht die Stadt der Errichter. Natürlich haben wir ein Interesse daran, aber ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Aber Eigentümer sind wir schon.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Selbstverständlich sind wir Eigentümer von dem Grundstück.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ja vom Grundstück, aber nicht vom Gebäude. Das jetzt so darzustellen, der Bürgermeister hätte das verhindern müssen, das ist eine unseriöse und eine unsachliche Darstellung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Hoher Gemeinderat. Vielleicht habe ich jetzt auch einmal die Chance, dass ich die Sicht der Dinge aus meiner Sicht einmal schildern kann. Ich habe mir das jetzt wirklich angehört und da sind Sachen dabei, da fehlen hin und wieder einmal die genauen Kenntnisse, wie es wirklich abgelaufen ist. Hin und wieder müsst ihr mir auch zugestehen – und das hätte ich euch heute vielleicht gebeten – dass ich im Laufe der 3 Jahre, wo ich jetzt im Planungsausschuss tätig bin und wo ich mit Architekten Erfahrungen sammeln konnte, dass ich da jetzt selbstverständlich die Erfahrung habe, oder zumindest jetzt ein besseres Urteilsvermögen habe, wenn es um solche Bauwerke geht. Weil wenn ich mich so zurück erinnere an die erste Aktion, - und das war genau diese Aktion mit dem Architektenwettbewerb im Wehrgraben – da war ich einigermaßen verwundert, wie so etwas abläuft. Ich gebe dir schon Recht, es hat ein Modell vom Herrn Falkner gegeben, das schon 10 Jahre in der Schublade gelegen ist und ich bin damals im Trägerverein der Fachhochschule gesessen und da ist gesagt worden, es werden in Oberösterreich 3 Fachhochschulgebäude gebaut und diese 3 Fachhochschulgebäude werden nach einheitlichen Vorgaben gebaut. Das heißt, nach EU-Richtlinien, die hat es damals schon gegeben, die sind ziemlich frisch und neu gewesen, und die haben

selbstverständlich das Modell vom Falkner gekannt. Die haben das von Haus aus verworfen, weil sie gesagt haben, das entspricht nicht der Vorgehensweise der Fachhochschule, dass man das einfach so macht. Daraufhin ist das ausgeschrieben worden.

GR Stephan Keiler verlässt um 19.13 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Daraufhin haben sich 93 Architekten von ganz Europa gemeldet und ich war damals als relativ neuer Vizebürgermeister in der Jury und ich habe mir das richtig anhören können, wie das funktioniert. Es waren neben mir 6 Architekten, ich der einzige Nichtarchitekt und ich habe denen das auch gleich gesagt, dass ich bei dieser Auswahl nichts dazu beitragen kann und ich möchte in 2 Stunden wieder kommen und da wollen wir das dann finalisieren. Da haben sie gesagt, in 2 Stunden, so schnell geht das nicht und da müssen sie sicher länger diskutieren. Ich bin nach 2 Stunden wieder gekommen und habe dann die 6 Architekten in einem Zustand vorgefunden, wo ich gesagt habe, na ja, ich hätte es mir eigentlich ganz anders vorgestellt. Es hat dann eine Dreier-Teilung gegeben, 2 junge wilde, 2, die schon eine Fachhochschule bzw. eine Schule dieser Größenordnung gebaut haben und 2 erfahrene Hochbauer, die schon viele Projekte gemacht haben. Bei den ersten 2 waren sie sich relativ schnell einig und der hat dann diesen Bewerb auch gewonnen. Bei den anderen 4 haben sie sich auf Mord und Brand gestritten, weil jeder natürlich auch seine Interessen durchsetzen wollte. Da ist ein Vertreter von der Architektenkammer drinnen gewesen, der gesagt hat, es darf nur ein Österreicher werden, andere haben gesagt, um Gottes Willen, es muss eine internationale Beteiligung geben usw. Auf alle Fälle, das ist gelaufen und es sind 6 ausgesucht worden und von diesen 6 hat jeder ein Angebot stellen können. Jeder hat dann diese Schule nach den Vorgaben des Raumprogrammes gezeichnet, das aber nicht irgendwer gemacht hat, sondern der Herr Jodelbauer gemeinsam mit dem für Oberösterreich bestellten Baumeister, der dieses Verfahren geleitet hat, das war ein gewisser Architekt Haas. Der hätte dann eigentlich schon sehen können, dass das Raumprogramm zu groß ist, ich habe das nie sehen können, das ist überhaupt keine Diskussion, und dieses Raumprogramm ist in diese Ausschreibung mit hineingegangen und dann sind die Vorschläge gekommen. Dann sind diese 6 Vorschläge da gewesen und dann haben wir aus den 6 das Beste aussuchen können. In dieser Jury ist unter anderem der Vorsitzende, der Herr Riepl, der hochgelobte Architekt Riepl, der Vertreter des Minimalismus, Kunst des Weglassens, gesessen. Der hat mit großer Autorität, es hat mich ja direkt schockiert, mit welcher Wortwahl er dort hin und wieder vorgegangen ist, also ich wäre als Architekt fürchterlich enttäuscht gewesen, wenn mir ein Kollege solche Schimpfwörter herübergelassen hätte, und der hat mit großer Autorität dieses Projekt durchgedrückt. Durchgedrückt ist jetzt vielleicht ein bisschen übertrieben, die haben dann alle zugestimmt, es war keiner da, der aufgezeigt hätte und gesagt hätte, nein das wollen wir nicht. Das war dann eine einhellige Meinung, ich glaube, das war dann eine 7:0 Entscheidung, wo gesagt worden ist, das ist das feingliedrigere Projekt und das wird genommen. Dann hat es sogar im Bauausschuss noch einmal eine Besprechung gegeben, die Sache war gelaufen. Wie ich dann dieses Gebäude jetzt gesehen habe und wie ich die Diskussionen dann miterlebt habe, habe ich auch gesagt, wenn ich am ersten Blick so hinschaue, schön ist es für mich jetzt auch noch nicht. Es kann für mich, so wie es der Architekt Reitter beschrieben hat, wenn es fertig ist, ganz anders ausschauen, es kann vielleicht wirklich ganz gut in das Ensemble hineinpassen. Das war jetzt nur einmal das Vorspiel, damit man ungefähr weiß, was ich heute für einen Zugang und Gefühle für Architekten habe und ich habe das dort wirklich 2 Tage lang erleben können, bei der Jurysitzung und auch schon vorher bei der Auswahl der 6 Architekten. Die nächsten Erlebnisse waren so die Resthofschule und dann ist das Thema Gestaltungsbeirat, wo ich zumindest zeitweise anwesend war, immer wieder auf mich zugekommen und dieses Projekt AMS ist dann im Jänner d. J. das erste Mal in den Gestaltungsbeirat gekommen, mehr oder weniger im Anhang wollten Falkner und AMS offensichtlich haben, dass es eine Vorbeurteilung dieses Projektes gibt. Bei dieser Vorbeurteilung haben die Architekten Podrecca, damals auch noch Beneder, Steinmayr und Lipp, diese 4 Architekten haben gesagt, dieses Projekt kommt überhaupt nicht in Frage, dort müssen die Bäume stehen bleiben. Das ist eine wunderschöne Parklandschaft und die sollen sich gefälligst vorne hinstellen. Da hat es natürlich die Riesenenttäuschung gegeben, das kann man sich vorstellen. Die haben dort ein Grundstück, wollten dort etwas hinbauen und auf einmal heißt es, das geht nicht. Beim zweiten Gestaltungsbeirat, wo ich dann dabei war, hat es dann schon das Projekt gegeben, in ähnlicher Form, wie es jetzt daliegt und da haben dann die Herrn Architekten gesagt, na ja, das ist eine so wichtige Position, eine so wichtige Eingangssituation in die Stadt, dass man dort unbedingt einen Wettbewerb mit 3 Architekten, mit 3 Städteplanern, Stadtgestaltern, machen muss und da war der Vorschlag dann da, dass man die selben 3 nimmt, die man da schon einmal gehabt hat. Diese 3 waren vorgeschlagen und ich bin dann, Gott sei Dank, kurz vor Schluss dieser Gestaltungsbeiratsitzung dazugekommen und habe gesagt, das kann es doch wohl nicht sein. Wir bauen dort ein Gebäude hin, nicht einmal in der vordersten

Lage, und die verlangen jetzt von mir, dass ich noch einmal 3 Architekten beschäftige, um teures Geld, dass sich die noch einmal zusammensetzen, noch einmal einen Vorschlag erarbeiten, Kostenpunkt ca. S 300.000,-- bis S 500.000,--, wenn man es ganz korrekt machen will. Die hätten das noch einmal bearbeiten soll und dann hätte erst die Planung mit Falkner beginnen können. Da wäre es aber gar nicht sicher gewesen, ob er es zur Ausführung überhaupt bekommen hätte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Aber ihr habt das BFI ja schon mitgeplant!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, überhaupt nicht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Geh' bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei dieser Sitzung habe ich wirklich wie ein Ölmann mit den 3 gesprochen. Ich habe mich hergesetzt und gesagt: Meine Herren, ich erwarte mir von euch fachliche Aussagen. Ich zahle für euch ja gutes Geld, dass ihr uns da berätet und ihr seid jetzt da und sagt, wir wollen noch einmal 3 Architekten beschäftigen. Wir haben uns dann nach wirklich vielen Gesprächen – und ich habe versucht auf den Podrecca einzureden, und ich war froh, dass der Bener dann auch auf meine Seite umgeschwenkt ist und dann vorgeschlagen hat, dass wir den Snozzi nehmen, nicht alle drei sondern einen. So sind wir dann auseinander gegangen und ich habe dann mit dem Baudirektor noch einmal ein Gespräch geführt und habe gesagt, also ich bin wirklich so enttäuscht, das kann es doch wohl nicht sein, dass die sich gegenseitig diese Geschäfte zuschanzen, oder zumindest wollen sie es. Auf alle Fälle sagt der Baudirektor, sie haben eh die Kapazität, den Bebauungsplan in diesem Bereich zu machen, wir brauchen den Snozzi nicht unbedingt und er spricht noch einmal mit dem Vorsitzenden, dass man diesen Snozzi nicht hernimmt, sondern dass das unsere Planer der Stadt Steyr machen. Daraufhin hat der Falkner natürlich das fertig geplant und ist auf die Wünsche, die es schon gegeben hat, was man alles ändern sollte, weitgehendst eingegangen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Freilich war das so.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Freilich war das so, ich war doch selber dabei. Dann war die letzte Gestaltungsbeiratsitzung – ich war nicht immer dabei, aber da war ich zu Beginn dabei. Eines sage ich ihnen, Herr Mayrhofer, ich glaube zu Beginn der Sitzung waren sie nicht dabei, aber ich habe mit denen gesprochen, ich habe mit beiden Parteien gesprochen und ich habe wirklich kein Interesse, ich bin mit niemanden verheiratet, weder mit der STRABAG, noch mit dem AMS, noch habe ich mit irgendjemanden ein Naheverhältnis, sondern ich wollte dieses Projekt wirklich einmal zu Ende führen, ich wollte ein positives Ergebnis herausholen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich habe dem Falkner und dem STRABAG Mann gesagt, bitte gehe auf die Vorschläge des Gestaltungsbeirates so gut es geht ein, das ist für uns ein wichtiges Projekt und das soll auch gemacht werden. Mit den 4 Architekten, da ist an diesem Tag ein neuer dazugekommen, habe ich auch gesprochen und habe gesagt, mir liegt etwas daran, dass wir heute zu einer Entscheidung kommen. Die haben das Projekt auch im Vorgespräch durchaus positiv beurteilt. Jetzt sage ich etwas, was ich aus meiner Erfahrung der letzten 3 Jahre auch mitbekommen habe, dass es nicht nur die sachliche Ebene gibt, sondern es gibt auch die emotionelle Ebene und die war bei dem Projekt aus meiner Sicht sehr entscheidend. Das heißt, der Falkner hat mit dem Podrecca überhaupt keinen Draht gehabt. Die haben sich gegenseitig behandelt, dass ich gesagt habe, das kann nur schief gehen. Ich bin dann aus dem Gespräch heraus, weil ich noch einen anderen Termin gehabt habe und

dann hat es dieses Zwiegespräch zwischen denen gegeben, wo es auch noch einmal Zugeständnisse gegeben hat. Ich muss dazu sagen, es hat zwischendrin mit STRABAG, mit Verein Arbeiterheim, mit Bauernkammer, mit unserer Bauabteilung, intensivste Gespräche gegeben. Froschauer, der die Verkehrslösung diskutiert hat, mit allen Leuten der Bauabteilung, wo man wirklich jedes Detail mit Redtenbacher durchdiskutiert hat, wo man gesagt hat, wie soll denn die Einfahrt gestaltet werden. Die wollten zuerst rauffahren und drüben wieder runter, da hat man jetzt die Unterführung hineingemacht, die Ausfahrtssituation wesentlich verbessert, das Management dieser Parkplatzsituation dort oben ist wesentlich verbessert worden. Es ist das Gebäude, das L hat zuerst eine Form gehabt mit rechts einer Nase, umgedreht worden, damit dort eine Hofsituation entstehen kann, wenn die vorderen Bereiche dann verbaut werden.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Gibt es jetzt doch?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Hofsituation gibt es.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Ist auch das Gebäude schon in Planung?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, diese Planung war eine Eigeninitiative vom Herrn Falkner, weil der Bebauungsplan ja dann so ausgegangen ist, dass die vorne nur eine ganz bestimmte Bebauung machen können, da hat er sofort zum planen angefangen, obwohl er von niemanden einen Auftrag hat. Das muss ich auch ganz klar dazusagen, dass er von niemanden einen Auftrag hat.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So ist es. Der hat das schon geplant und hat gesagt, ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Laut Aussage vor dem Gestaltungsbeirat wurde mündlich dem Herrn Architekten Falkner der Auftrag erteilt für das WIFI zu planen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Für das WIFI?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Aussage vom Herrn Architekten Falkner.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das ist Sache.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bitte, diese Information kenne ich nicht, das muss ich ganz klar dazu sagen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der Herr Hauser war dabei.

Unverständlicher Zwischenruf von StR Wilhelm Hauser.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Es hat geheißen, ein mündlicher Auftrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber Herr Mayrhofer, bitte bleiben wir bei der Sache.
STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das ist Sache.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Sache ist das, dass wir im Gestaltungsbeirat – und so wollte ich es auch nur verstanden wissen – nur über das AMS Gebäude reden, die anderen sind fiktive, mögliche in der Zukunft zu errichtende Gebäude, aber da gibt es keinen Auftrag, keinen Auftraggeber und gar nichts, da gibt es nur Grundbesitzer. Es gibt einen Bebauungsplan, wie hoch die bauen dürfen und auf Grund dieses letzten Gestaltungsbeirates hat es dann noch Empfehlungen gegeben, wo ich zum Herrn Falkner und STRABAG Vertreter gesagt habe, bitte wenn ihr noch irgendetwas verbessern könnt, dann macht das doch bitte, kommt denen entgegen. Dann hat es den Vorschlag gegeben, der heute schon einmal diskutiert worden ist, das Gebäude schmaler und dafür höher zu machen. Ich bin zwar kein Städteplaner, aber aus meiner Sicht wäre das eher nachteilig für die ganze Situation, weil auch wenn das vorne verbaut worden wäre, hätte das oben drüber geschaut und wir hätten im unteren Bereich trotzdem keine Bäume retten können. Das hat mir der Herr Redtenbacher bestätigt, der hat gesagt, wenn man das unten jetzt enger zusammenschiebt, dann schneiden sie trotzdem die Baumscheibe zur Hälfte ab und dann ist der Baum kaputt. So war die Aussage und das war letztendlich auch für mich die Entscheidung, wenn man da nichts mehr ändern kann, man ist den Vorstellungen des Gestaltungsbeirates weitgehend entgegengekommen und es sprechen wirklich nur mehr emotionelle und keine nichtfachlichen Themen dagegen, dann werde ich als Bürgermeister jetzt entscheiden, dass das gebaut wird. So ist das jetzt und ich sage, das steht irgendwann in der zweiten Reihe. Das ist ja ein wertvoller Grund und nicht irgendein Grund, der da im Kerngebiet steht. Ich habe noch zum Hackl Gerry gesagt, wenn der Grund dem Verein Arbeiterheim gehört, dann würde ich dort sofort ein Gebäude hinbauen, weil das kann normalerweise nur ein Geschäft sein. In vorderster Lage, in bester Nähe zum Stadtplatz, wunderbar. Zur Verkehrssituation noch einmal ganz kurz. Die Verkehrssituation ist von dem Herrn Fritsch beurteilt worden, der hat sich das angeschaut und der hat selbstverständlich gesagt, auch mit Froschauer abgestimmt, diese Kreuzung ist bereits jetzt zu 130 % aus bestimmten Richtungen überlastet. Die Situation mit dem AMS gibt aber keine Verschlechterung, sondern es ist halt nachher auch der gleiche Zustand wieder da. Es kommt nachher natürlich darauf an, dass man dort ein entsprechendes Parkmanagement macht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es geht ja um die Ein- und Ausfahrt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das Herausfahren ist in Zukunft so geregelt, dass es keinen Linksabbieger mehr gibt, wenn ein zweiter hinbaut. Ich kann nur jedem empfehlen, dort hinzubauen. Herr Mayrhofer, sie sind der Baustadtrat, reißen sie irgendjemanden auf, der sich dort hinstellt, suchen sie jemanden. Die Bauernkammer könnte dort ein wunderschönes Gebäude hinstellen, wo sich die Bauern z. B. den Bauernmarkt so gestalten könnten, dass man einen überdachten hätte, das wäre doch ein Traum gegenüber vom Citypoint.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die beim Citypoint müssen mit der finanziellen Situation eh gut gestellt sein, sie könnten dort sogar investieren. Das würde meiner Ansicht nach Sinn geben und auch mit Sicherheit ein gutes Geschäft sein.

So, das war jetzt meine Aussage zu dem Thema.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Du bist zum Städteplaner aufgestiegen!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, ich bin kein Städteplaner, nur habe ich jetzt mehr Gefühl für die ganze Situation gegenüber früher, das muss ich schon ganz ehrlich sagen.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Herr Mayrhofer, eines sage ich ihnen schon noch. Der Gestaltungsbeirat hat mit mir ein sehr gutes Gesprächsklima und Gesprächsverhältnis. Ich habe im Anschluss an diesen Gestaltungsbeirat auch mit dem Herrn Steinmayr diskutiert, nicht einmal, zwei- oder dreimal, und wir treffen uns demnächst auch wieder, weil es mir darum geht, dass dieser Gestaltungsbeirat für mich auch die hohe Wertigkeit

behält. Aber sie können nicht ständig mit Vorschlägen kommen, wo sie sagen, ganz egal wo wir jetzt ein Gebäude hinbauen, da müssen sofort wieder 3 Architekten mitbeschäftigt werden, das will ich nicht.

Diskussion verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zu ihrer Frage noch. Warum diese Dringlichkeit? Man muss jetzt ganz klar sagen; angenommen wir hätten jetzt gesagt, nein, so kann er nicht bauen, wir müssen noch einmal komplett umplanen, dann kann ich von hier weg jetzt sagen, dann wäre dieses Gebäude überhaupt nicht entstanden. Dann hätten wir uns das in den Wind schreiben können und diese Investition wäre für Steyr nicht getätigt worden.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir tun jetzt 2 Jahre herum, die müssen ja schon fast sagen, die Steyrer haben ja einen Vogel, die bringen zwei Jahre kein Gebäude her.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Vor einem Jahr haben wir ihm das Grundstück ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

So, das war das Schlusswort, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Dringlichkeitsantrag stimmt, den ersuche ich nicht, der möge ein Zeichen mit der Hand geben. 11, ÖVP, FPÖ, GAL. Wer ist dagegen? SPÖ. Stimmenthaltung? Keine. Dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir sind bei der „Aktuellen Stunde“. Gibt es von der SPÖ eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

ÖVP?

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

FPÖ?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir haben heute Verhandlungsgegenstände im Wert von Euro 999.120,-- beschlossen.

Die Sitzung ist hiermit geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 19.26 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor SR Dr. Gerhard Alphasamer
Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Ute Fanta
GR Mag. Erwin Schuster